

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



**Neue Strategie zum
Bevölkerungs-
schutz**

3-02



BUNDESVERWALTUNGSAMT
Zentralstelle für Zivilschutz





Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

während in Nordamerika seit Monaten immer wieder riesige Waldbrände wüten, verursachten schwere Unwetter quer durch die Bundesrepublik Überschwemmungen, Brände und Sturmschäden.

Am Abend des 10. Juli richtete ein Orkan mit Windgeschwindigkeiten von 150 km/h im Großraum Berlin schwerste Verwüstungen an. Sieben Menschen wurden durch umstürzende Bäume und herabfallende Äste erschlagen, weitere 23 Personen verletzt; allein in Berlin stürzten 1300 Bäume um. (s. Bericht auf Seite 27)

Obwohl die Häufung derart extremer Wettersituationen den für den Katastrophenschutz Verantwortlichen einiges Kopfzerbrechen bereitet hat, wurden alle Schäden innerhalb kurzer Zeit durch die eingesetzten Helfer behoben.

Mehr Kopfzerbrechen bereiten immer noch die Folgen der Terroranschläge in den USA sowie die nicht abwägbaren Gefahren, die durch den internationalen Terrorismus auch unser Land bedrohen.

In der Erkenntnis, dass der Schutz der Bürgerinnen und Bürger eine der vornehmsten Aufgaben des modernen Staates sei, hat am 6. Juni die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder einem Konzept „Für eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ zugestimmt. Angesichts der Ereignisse in den USA sei nach Ansicht der Innenministerkonferenz ein neues Denken bei der Gefahrenabwehr erforderlich. (s. Beitrag auf Seite 3)

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes war die Inbetriebnahme des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems deNIS im Internet (www.denis.bund.de).

Eine neue Strategie auf dem Gebiet des Bevölkerungsschutzes heißt für alle, die im Zivil- und Katastrophenschutz mitarbeiten, umzudenken, Neues zu diskutieren und weiter zu entwickeln. Der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Der eingetragene Kalender mit dem Seminarprogramm der AKNZ für 2003 möge Ihnen in den nächsten 16 Monaten eine wertvolle Hilfe sein.

Ihr Redaktionsteam

Menschen

Personalia aus Zivil- und Katastrophenschutz 2

Politik und Gesellschaft

Neue Strategie zum Bevölkerungsschutz 3
Beschluss der Innenministerkonferenz

Neue Struktur der ZfZ 6
Neubestimmung der Aufgaben

The Department of Homeland Security 7
Überblick über ein Regierungsprojekt des Präsidenten der USA

Fachkongress „Neuhausener Tage 2002“ 10
Die Terroranschläge in den USA – Konsequenzen für deutsche Behörden und Rettungskräfte

Rot und Blau in Schönefeld 14
Fahrzeugübergabe am Rande der Luftfahrtmesse in Berlin



INHALT 3-2002

Aus-und Weiterbildung

Programm der AKNZ

Nachtrag für das Jahr 2002

16

Krisenmanagement oder Katastrophenverwaltung

17

Störfall im Kernkraftwerk

Neue Befehlsstelle im Kreis Emsland in Betrieb

21

Übung im Siegauntunnel

Einsatzsystem Rhein-Sieg-Kreis getestet

25

Aus der Praxis

Sturmtief „Anita“ in Berlin

Sieben Menschen starben bei Unwetter

27

Flugzeugabsturz am Bodensee

Erfahrungsbericht des THW-Ortsbeauftragten für Überlingen

29

Technik und Wissenschaft

Trinkwasserversorgung ist sicher

32

Aus der Industrie

Aktuelle Produktinformationen

33

Mitteilungen der Fachinformationsstelle der ZfZ

34

Aus den Organisationen

Arbeiter-Samariter-Bund

38

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

40

Deutscher Feuerwehrverband

42

Deutsches Rotes Kreuz

44

Johanniter-Unfall-Hilfe

46

Malteser Hilfsdienst

47

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V

49

Technisches Hilfswerk

50

Rubriken

Rundblick

51

Für Sie gelesen

54

Kopfnuss

55

Termine

56

Zuletzt

57

Neuer Leiter der Zentralstelle für Zivilschutz

Seit 14.06.2002 hat die Zentralstelle für Zivilschutz einen neuen Leiter. Branddirektor Dipl.-Ing. Wolfgang Weber ist Nachfolger des Abteilungspräsidenten Dr. Wolfgang Brunkow, der die Leitung einer Projektgruppe zur Überprüfung der rechtlichen Grundlagen des Zivilschutzes übernommen hat.



Branddirektor Wolfgang Weber, seit 14.06.2002 Leiter der Zentralstelle für Zivilschutz.

Der zuletzt als Referent im Bundesinnenministerium tätige 50-jährige Branddirektor ist allerdings kein Unbekannter in Bad Godesberg. Von 1993 bis 1997 war er bereits als Grundsatzreferent Mitarbeiter im damaligen Bundesamt für Zivilschutz, anschließend bis 2001 Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der THW-Leitung.

Begonnen hat Branddirektor Weber seine Laufbahn im Zivil- und Katastrophenschutz bei der Feuerwehr: Nach Bundeswehr (12 Jahre) und Bergbaustudium an der RWTH Aachen war er Brandreferendar bei der Berufsfeuerwehr Köln und anschließend, bis zu seinem Wechsel zum BZS, Dozent für Führungsleh-

re an der Landesfeuerwehrschule Nordrhein-Westfalen (heute: Institut der Feuerwehr).

Weber hat die Zentralstelle in einer Phase übernommen, in der dem Zivilschutz aufgrund der Ereignisse des 11. September 2001 in Politik und Öffentlichkeit erhöhte Bedeutung beigemessen wird. Die daraus resultierende Neubestimmung der Aufgaben (s. Artikel S. 6) ist die erste große Aufgabe des neuen Leiters, nach dessen Vorstellungen die ZfZ künftig eine bedeutsame Rolle in einem national und international immer stärker vernetzten System der Zivilen Sicherheitsvorsorge spielen wird. Der Zusammenarbeit mit den Partnern in Bund, Ländern und Kommunen, in den Hilfsorganisationen, der EU und der NATO, misst er dabei besondere Bedeutung zu. (nps)

Neuer Generalsekretär des DRK

Der Präsidialrat des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) hat in seiner Sitzung in Hannover am 26.06.02 dem Beschluss des Präsidiums zugestimmt, Clemens Graf von Waldburg-Zeil zum neuen Generalsekretär zu berufen.

Der Wirtschaftswissenschaftler tritt sein Amt zum 1. Januar 2003 an und löst damit Dr. Jürgen Schilling ab, der dieses Amt ein Jahr lang als Generalsekretär ad interim geführt hat.

Graf von Waldburg-Zeil, gegenwärtig für die Katholische Kirche in leitender Position im Erzbistum Berlin tätig, ist 42 Jahre alt, verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Er ist der 5. Generalsekretär seit Neugründung des Deutschen Roten Kreuzes nach dem 2. Weltkrieg (DRK)

Wachwechsel bei der AGBF

Wachwechsel an der Spitze des Arbeitskreises Grundsatzfragen (AK G) der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF): Albrecht Broemme, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und Landesbranddirektor von Berlin, hat den Stab an Klaus Maurer weitergegeben. Der Leitende Branddirektor von Karlsruhe wird künftig den Arbeitskreis Grundsatzfragen der AGBF leiten. Broemme ist weiterhin Vorsitzender der AGBF Bund.

Auch Broemmes Stellvertreter, Branddirektor Ernst-Peter Döbbling (Ludwigshafen), stand für eine weitere Amtsperiode nicht zur Verfügung. Seine Funktion im AK G übernimmt Branddirektor Wolfgang Hülsebeck (Potsdam).

DFV-Präsident Gerald Schäuble gratulierte den neu gewählten Amtsinhabern und dankte den Vorgängern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Schäuble: „In der Amtszeit von Landesbranddirektor Broemme konnte die Zusammenarbeit der verschiedenen Interessengruppen im Feuerwehrwesen – dem DFV als Spitzenverband, in dem auch die Bundesgruppe Berufsfeuerwehr vertreten ist, der ABGF Bund, dem Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung (AFKzV) als Fachgremium der Innenministerkonferenz und der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdB) – weiter ausgebaut werden. Für seine Leistungen als Vorsitzender dieses zentralen Arbeitsgremiums danke ich Albrecht Broemme herzlich.“ (sö)

Neue Strategie zum Bevölkerungsschutz

Beschluss der Innenministerkonferenz

Das vorliegende Konzept „Für eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ wurde auf einer Sondersitzung des Arbeitskreises V am 25. März 2002 beschlossen und der Innenministerkonferenz vorgelegt mit der Bitte, das Konzept zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, bis zur Herbstsitzung des AK V Vorschläge zur Umsetzung vorzulegen.

Auf ihrer 170. Sitzung am 6. Juni 2002 stimmte die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder dem Konzept zu und beauftragte den AK V, Vorschläge zur Umsetzung vorzulegen.

1. Grundlagen

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren ist eine der vornehmsten Aufgaben des modernen Staates. Die bestehenden Vorhaltungen der Länder und des Bundes in den Bereichen Brandschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Technisches Hilfswerk, die bestehenden gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen der Länder im Bereich Katastrophenschutz und Sicherheitsrecht, die Regelungen zur Hilfeleistung der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes bei großen Schadenereignissen und vieles andere mehr gewährleisten in Deutschland ein funktionierendes Sys-

tem zur Bewältigung von Schadenereignissen nahezu aller bis zum 11. September 2001 bekannten Dimensionen. Dieses System bewährt sich täglich in einer Vielzahl von Einsätzen aller Art bis hin zur Bewältigung von Großschadenereignissen und Katastrophen.

Deutschland hat ein gegliedertes, zum großen Teil auf Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit beruhendes einheitliches Hilfeleistungssystem:

- In den Kommunen zur flächendeckenden Bekämpfung alltäglicher Gefahren unter Einschluss der überörtlichen nachbarlichen Hilfe. Rückgrat des örtlichen Hilfeleistungssystems sind die Feuerwehren und Rettungsdienste.
- Die Länder ergänzen oder unterstützen die örtlichen Einheiten bei der Abwehr regionaler und überregionaler Gefahren, gegebenenfalls durch Spezialeinheiten für den überörtlichen Einsatz.
- Der Bund sorgt für den Schutz der Bevölkerung vor kriegerischen Gefahren und ergänzt hierzu den Katastrophenschutz der Länder bzw. leistet Amtshilfe bei der Abwehr überregionaler und die gesamte Nation betreffender Gefahren.

2. Neues Denken bei der Gefahrenabwehr

Die Terrorangriffe auf die Vereinigten Staaten von Amerika haben, auch wenn Deutschland von ihnen nur indirekt betroffen war, die Verwundbarkeit einer hochtechnisierten Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts deutlich

gemacht und zu der Frage geführt, inwieweit die Parameter unseres zweigeteilten nationalen Notfallvorsorgesystems noch stimmen - hier der drohende militärische Angriff als Grundlage für die Zivilschutz-aufgabe des Bundes, dort die von Menschen verursachte oder auf natürlicher Ursache beruhende Katastrophe in der Zuständigkeit der Länder und Gemeinden. Auf diesem Hintergrund zeigt sich, dass der Vorsorge gegen terroristische Angriffe ein größeres Gewicht beigemessen werden muss, als das bisher geschehen ist. Es kann auch nicht außer Acht bleiben, dass sich die Wahrnehmung von natürlichen und technischen Gefahren angesichts der Häufung von Katastrophen weltweit verändert hat. Dies hat die Erkenntnis gefördert, dass ein Umdenken insbesondere bei der Organisation der nationalen bzw. großflächigen Gefahrenabwehr unumgänglich ist.

Die bestehenden Systeme müssen daher gemeinsam mit dem Ziel fortentwickelt werden, die Bewältigung von Schadenereignissen dieser Dimension zu verbessern.

3. Risikoanalyse

Ausgangspunkt für ein modernes Konzept zum Schutz der Gesellschaft vor Gefahren müssen Risikoanalysen sein. Sie sind bereits üblich bei der Organisation der örtlichen Gefahrenabwehr, müssen aber für großflächige, national bedeutende Gefahren- und Schadenlagen weiterentwickelt werden. Dazu zählen etwa:

- schwere ABC-Unfälle, Flächenbrände,

- Unwetter, Überschwemmungen, Erdbeben,
- Störungen lebensnotwendiger Infrastruktur,
- Massenansturm Betroffener, insbesondere Verletzte.

Als Auslöser für diese Lagen kommen in Betracht:

- militärische Konflikte,
- national oder international operierender Terrorismus, einschließlich Sabotage und Schwerstkriminalität,
- schwere Unglücksfälle,
- Naturereignisse,
- Epidemien.

4. Stufensystem für die Gefahrenabwehr sowie Risikokategorien und Versorgungsstufen

Als Planungshilfe für die Ermittlung der Gefährdungspotentiale steht der von der Schutzkommission beim Bun-

richtete mehrstufige Planungs-, Schutz- und Gefahrenabwehrkonzept insbesondere für die national bedeutsame Schadenlage weiter auszubauen. Ausgehend von der potentiellen Gefährdung und der Bevölkerungsdichte kommen Risikokategorien in Betracht, an denen die Versorgungsstufen ausgerichtet werden können.

Eckpunkte sind:

- normierter alltäglicher Schutz,
- standardisierter flächendeckender Grundschutz,
- erhöhter Schutz für gefährdete Regionen und Einrichtungen,
- Sonderschutz mit Hilfe von Spezialkräften (Task Forces) für von Bund und Ländern gemeinsam definierte besondere Gefahren.

Für den Bereich des Sonderschutzes bleibt zu prüfen, ob besondere Vorsorgemaßnah-

sorgung der Bevölkerung sind in Hinblick auf neue Bedrohungslagen anzupassen.

5. Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund

Um auf die neuartigen Gefahrenlagen situationsgerecht reagieren zu können, bedarf es einer stärkeren Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund unter Einbeziehung der Kommunen und der im Katastrophenschutz und Rettungswesen tätigen Organisationen. Dazu müssen die verfassungsrechtlichen Grundlagen der staatlichen Gefahrenabwehr nicht verändert werden; vielmehr kann das bestehende gegliederte System zur Anpassung an neue Herausforderungen fortentwickelt werden. Dabei ist der Ausgewogenheit zwischen den dezentralen Kompetenzen der Länder und ihren Organisationen auf Orts-

Mitglieder
des AK V
nach einer
Sitzung
in der AKNZ.

(Foto: Stein)



desminister des Innern entwickelte Schutzdatenatlas zur Verfügung, der Risikoanalysen und die Festlegung von Richtwerten für Gefahrenabwehr ermöglicht.

Zur Vorbereitung und Abwehr von außergewöhnlichen Gefahren- und Schadenlagen ist das an Schutzziele ausge-

men zur Bewältigung von Terroranschlägen mit biologischen und chemischen Kampfstoffen flächendeckend intensiviert werden können. Dazu gehören auch Bevorratung von Impfstoffen, Antidoten, Antibiotika, Sanitätsmaterialien, Schutzanzügen usw.; die erforderlichen Verfahren zur Ver-

ebene einerseits und den Bedürfnissen nach Koordination in Hinblick auf spezielle Schadenlagen andererseits besonders Rechnung zu tragen.

Es wird empfohlen, die Zusammenarbeit der Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Bundes und der Länder sowie deren Kooperation mit den

auf dem Gebiet der Notfallvorsorge und des Krisenmanagements ausgewiesenen Wissenschaftseinrichtungen zu verstärken.

Diese Zusammenarbeit sollte sich insbesondere beziehen auf

- die Weiterentwicklung der Strukturen im Katastrophenschutz, auch im europäischen Rahmen,
- die Erarbeitung von Risikoanalysen und Szenarien,
- die Entwicklung abgestimmter Konzepte und Regeln,
 - für Ausbildung und Führung,
 - gemeinsame Übungen sowie
 - die Ausstattung der im Katastrophenschutz tätigen Organisationen,
- die kontinuierliche Evaluierung des integrierten Gefahrenabwehrsystems.

Dabei kann die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz als Kompetenzzentrum und Integrationsstelle zwischen Bund und Ländern den geeigneten Rahmen für die notwendige bundesweite Abstimmung wichtiger Fragen der Notfallvorsorge und -bekämpfung bieten. Bei der Frage, inwieweit eine bundesweite Vereinheitlichung der Katastrophenschutzkonzeptionen nützlich und erforderlich ist, muss insbesondere den regionalen Gegebenheiten Rechnung getragen werden.

6. Zusammenarbeit der Behörden

Neben den für den Zivil- und Katastrophenschutz originär zuständigen Stellen sind andere Behörden in die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr involviert. Für die erfolgreiche Schadenbekämpfung ist ein effizientes Zusammenwirken aller betroffenen Stellen unerlässlich (horizontale und vertikale Zusammenarbeit). Diese Zusammenarbeit ist unter Federführung der Innenressorts zu überprüfen und zu verbessern.

Besonderes Gewicht liegt dabei auf der Prüfung, wie die Fähigkeit zu angemessenem Schutz unter Einschluss der medizinischen Versorgung bei einem Massenansturm von Betroffenen verbessert werden kann.

7. Koordinierung

Anknüpfungspunkt für situationsgerechte Kommunikation und Kooperation ist die für Gefahrenlagen von bundesweiter Bedeutung oder vergleichbarem Gewicht von Bund und Ländern gemeinsam errichtete Koordinierungsstelle, zu der die „Gemeinsame Melde- und Alarmzentrale“ sowie die Informationszentrale mit dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) gehören.

Das Kommunikationsnetz zwischen den Ländern und dem Bund muss gegen Eingriffe und Störungen gesichert sein.

8. Ausstattung und Rechtsnormen für den Katastrophenschutz

Die Ausstattung für Führung/Kommunikation, Brandschutz, ABC-Abwehr, Sanitätswesen, Betreuung, Technische Hilfe und Logistik muss besser als bisher auf das konkrete Gefahrenpotential zugeschnitten werden. Dabei müssen besondere Gefährdungslagen in Betracht gezogen werden, um Mittelverteilungen nach dem Gießkannenprinzip zu vermeiden. Dabei ist der Notwendigkeit ausreichenden Eigenschutzes der Einsatzkräfte Rechnung zu tragen.

Ein erster begrüßenswerter Ansatz zeigt sich bereits darin, dass der Bund nunmehr die Ausrüstung im Zivilschutz verstärkt vorantreibt. Es bleibt aber weiterhin vordringlich, Ausrüstung und Ausbildung im Zivil- und Katastrophenschutz zu verstärken und gegebenenfalls noch bestehende Defizite so schnell wie möglich auszugleichen.

Die dem derzeitigen Zivil- und Katastrophenschutz zugrundeliegenden Rechtsnormen sowie die geltenden Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze sind daraufhin zu überprüfen, ob sie die neuartigen Gefahrenlagen ausreichend berücksichtigen.

9. Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung

Der Fähigkeit der Bürger, sich und ihre Nachbarn vorbeugend und beim Eintritt von Gefahren zu schützen, ist wieder mehr Raum zu geben. Dazu gehört auch die Leistung Erster Hilfe. Hierfür sind auf moderner Technik beruhende, aufeinander abgestimmte Schulungsunterlagen und Schutzkonzepte zu entwickeln. Information und Ausbildung sind bereits in der Schule zu vermitteln.

10. Warnung der Bevölkerung

Für die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung bei Schadenlagen sollen moderne und zukunftsweisende Technologien eingesetzt werden. Die vom Bundesinnenminister entwickelte Warnung über Satelliten durch den Rundfunk ist zu einem zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten integrierten, den Katastrophenschutz einbeziehenden Warn-, Alarmierungs- und Informationssystem weiterzuentwickeln. Neben den öffentlich-rechtlichen sollen auch private Rundfunkbetreiber, Presseagenturen, Internet-Provider und Mobilfunkbetreiber an das satellitengestützte Warnsystem angeschlossen werden. Die Warnung insbesondere über Alarm-Funkuhren und über das PTY 31-Signal des UKW-Rundfunks wird ebenfalls angestrebt.

Neue Struktur der ZfZ

Neubestimmung der Aufgaben

von Wolfgang Weber, Leiter der ZfZ

Aufgrund der Ereignisse des 11.09.2001 wird dem Zivilschutz eine ungewohnte Bedeutung beigemessen. Übereinstimmung herrscht dabei in der Bewertung, dass künftig ein verändertes strategisches Denken und ein gemeinsames Gefahrenmanagement bei großflächigen Schadenslagen erforderlich sind. Das traditionell streng zweigeteilte deutsche Hilfeleistungssystem, in dem der Bund zuständig ist für die Abwehr kriegsbedingter Gefahren und die Länder für die Abwehr klassischer Alltagsgefahren, scheint für außergewöhnliche Ereignisse wie terroristische Anschläge keine angemessene Vorsorge treffen zu können. Im Sinne einer neuen Zivilen Sicherheitsstrategie werden daher übereinstimmend verbesserte Koordinierungsinstrumentarien und eine noch stärkere Integration der vorhandenen Einsatzpotenziale aller Verwaltungsebenen für erforderlich gehalten. Schwerpunkte dieser neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung sind u.a. eine stärkere Vernetzung der Informationssysteme, ein bedrohungsgerechter, abgestufter Zuschnitt der Gefahrenabwehr, intelligente Warnsysteme und eine verbesserte Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung.

Die ZfZ wird künftig eine bedeutsame Rolle in einem national und international immer stärker vernetzten System der Zivilen Sicherheitsvorsorge spielen. Hierfür wird sie in Zusammenarbeit mit ihren Partnern neue und leistungsfähige Instrumentarien zur Verfügung stellen.

Der Ausbau der Koordinierungsstelle für großflächige Gefährdungslagen, gleichzeitig Geschäftsstelle der interminis-

teriellen Koordinierungsgruppe, ist weit fortgeschritten.

In Vorbereitung ist die Einrichtung einer Gemeinsamen Melde- und Alarmzentrale (GMAZ) des Bundes und der Länder mit Sitz in Bonn-Bad Godesberg, die das für großflächige Schadenslagen besonders wichtige Informationsmanagement erheblich verbessern und den Bedarfsträgern in den Ländern, Kreisen und Kommunen die oft schwierige Lageführung erleichtern soll.

Das deutsche Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) mit der Kernaufgabe der übergreifenden, intelligenten Verknüpfung, Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen dockt konzeptionell an dieses GMAZ an. deNIS ist mit seiner ersten, primär bürgerorientierten Plattform bereits seit Mai 2002 unter www.denis.bund.de im Netz. Die zweite Ausbaustufe, ein leistungsfähiges Werkzeug für das Krisenmanagement von Bund, Ländern und Kommunen, wird noch im Herbst dieses Jahres im Rahmen eines Pilotversuchs erprobt werden.

Eine ganz besondere Bedeutung wird mit Blick auf die neue Bedrohungslage künftig der Warnung der Bevölkerung zukommen. Nach Ausbau und Inbetriebnahme der ersten Stufe des satellitengestützten Warnsystems des Bundes im Herbst 2001 werden über die bereits angeschlossenen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hinaus bis Herbst dieses Jahres auch über 40 private Radio-/Fernsehsender in das System einbezogen sein. Außer Schnelligkeit muss ein Warnsystem auch das Kriterium der Flächendeckung erfüllen. Deshalb sind zur Ergänzung des Satelliten-Warnsystems weitere

technische Entwicklungen projektiert oder schon in der Erprobung, so zum Beispiel ein Alarmfunkuhrsystem, die Warnung über Internet-Provider und die Nutzung des Mobilfunks für Warnzwecke.

Die neue Philosophie der Zusammenarbeit in der Gefahrenabwehr lässt sich ganz besonders deutlich an der erweiterten Rolle der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Ahrweiler ablesen. Sie wird konsequent zu einem Kompetenzzentrum für das Bundesländer-Krisenmanagement, zu einem Forum für den wissenschaftlichen Austausch und zu einer Begegnungsstätte für Experten aus dem In- und Ausland weiterentwickelt (s.a. Seite 17ff). Schwerpunkte der Akademietätigkeit werden künftig in den Bereichen ABC, Gesundheitsvorsorge sowie Selbsthilfe der Bevölkerung liegen. Außerdem wird sie flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren und ihr Programm auch kurzfristig der Bedarfslage anpassen.

Integration, Koordination und Dienstleistung in der Zivilen Sicherheitsvorsorge: Eine neue Begrifflichkeit wird künftig deutlich das Selbstverständnis und die Aufgabenwahrnehmung der Zentralstelle für Zivilschutz prägen. Ihre derzeit etwa 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den beiden Standorten Bad Godesberg und Ahrweiler wissen, dass die neue Rolle des Bundes innerhalb des gemeinsamen Gefahrenabwehrsystems auch für sie selbst eine Neupositionierung bedeutet. Sie werden sich engagiert dieser wichtigen Neubestimmung widmen.

The Department of Homeland Security

Überblick über ein Regierungsprojekt des Präsidenten der USA

von Dipl.-Pol. Wolfram Geier, ZfZ-AKNZ

Aufgaben und Struktur

Mit dem im Juni 2002 erschienenen Dokument „The Department of Homeland Security“ beschreibt US-Präsident George W. Bush das Regierungsvorhaben, ein eigenständiges, komplexes Bundes-sicherheitsministerium einzurichten. Eine solche, auch nur annähernd vergleichbare, Institution gibt es in den USA bislang nicht, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass die klassische nationale Zivile Verteidigung in den USA in der Vergangenheit in weiten Teilen nur rudimentär entwickelt war und regelmäßig angekündigte umfangreiche Budgetaufstockungen, u.a. unter den US-Präsidenten von Kennedy bis Reagan, nie realisiert wurden. Das Department of Homeland Security (im folgenden im Text mit DHS abgekürzt) soll bis zum 01.01.2003 arbeitsfähig sein und folgende Hauptaufgaben wahrnehmen:

- Prävention vor terroristischen Anschlägen in den USA,
- Reduzierung der Verletzlichkeit Amerikas gegenüber Terrorismus,
- Minimierung der Schäden und Wiederaufbau nach möglichen Angriffen.

Da in der Vergangenheit staatliche Sicherheitsaufgaben auf über 100 verschiedene Regierungsorganisationen verteilt waren und die defizitären Kommunikations- und Koope-

rationsstrukturen als das zentrale Problem identifiziert wurden, gilt die Reorganisation der Sicherheitsbehörden als vordringliche Aufgabe im Innern der USA.

Um diese Ziele zu erreichen werden Aufgaben von zahlreichen anderen Bundesbehörden zusammengefasst und in das neue Ministerium integriert.

Die erklärte politische und operative Aufgabe ist die Optimierung der Zusammenarbeit und die Koordination nationaler, bundesstaatlicher und lokaler öffentlicher und privater Sicherheitsaufgaben mit der genannten Zielsetzung.

Das DHS wird sich unter politischer Leitung des Ministers und seines Stellvertreters nach vollzogenem Aufbau in vier fachliche Hauptabteilungen und ein zentrales Verwaltungsmanagement gliedern:

- Grenzschutz und Transportsicherheit,
- Notfallvorsorge und Katastrophenschutz,
- ABC-Abwehr,
- Analyse und Schutz der Infrastruktur.

Von den einzelnen Aufgaben unterscheidet der Präsident in seinen Ausführungen zwischen klassischen Aufgaben des „Heimatschutzes und der Heimatsicherheit“ und Sicherheitsaufgaben, die kein klassischer Heimatschutz sind. Zu letzteren würden u.a. der SAR-Dienst der in das DHS integrierten US-Coast Guard, die Bekämpfung des Drogen-

schmuggels durch den US-Zoll sowie die Arbeit der Einwanderungsbehörden, aber auch bestimmte Dienstleistungen des für den Schutz des Präsidenten und der Bundesregierung verantwortlichen Secret Service gehören.

Abteilung für Grenzschutz und Transportsicherheit

Vorrangige Aufgabe dieser Abteilung wird der verstärkte, einheitlich koordinierte Schutz der US-Außengrenzen sowie zentraler internationaler Verkehrsknotenpunkte (z.B. internationale Flughäfen, Seehäfen, Wasserstraßen etc.) sein. Dabei werden bisher anderen Behörden unterstellte Einrichtungen, wie der US-Grenzschutz (Border Police) und die US-Coast Guard ebenso überführt wie die Einwanderungsbehörde oder Behörden des Veterinärdienstes.

Da die Coast Guard auch Aufgaben wie SAR-Dienst wahrnimmt, kommt es zu einer massiven Konzentration unterschiedlichster Sicherheitsdienstleistungen. Eine weitere zentrale Aufgabe in der Abteilung wird u.a. die Erarbeitung, Ausgabe und Kontrolle neuer Visa-Unterlagen für die Einreise und den Aufenthalt in den USA sein. Biometrische Kontrollmöglichkeiten sollen dabei genutzt werden. Die zuständige Unterabteilung (Immigration Services / Visa-Processing) soll eng mit Behörden anderer Staaten sowie den US-Botschaften in aller Welt kooperieren.

Abteilung für Notfallvorsorge und Katastrophenschutz

Diese Abteilung wird auf den bisherigen Aufgaben und Ergebnissen der Federal Emergency Management Agency (FEMA) aufbauen und deren Arbeit in enger Kooperation mit den anderen Abteilungen des DHS fortführen.

Die Organisation dieser Abteilung erfolgt in klassischer Struktur mit den Unterabteilungen:

Preparedness,
Mitigation,
Response,
Recovery.

Die Abteilung wird sich analog zur Arbeit der FEMA sowohl mit Naturkatastrophen und unfallbedingten Havarien als auch mit möglichen Schadenwirkungen durch Angriffe von außen, terroristischen Anschlägen oder Sabotage befassen und umfangreiche Vorbereitungen zur effizienten Bewältigung treffen. Schwerpunkte liegen auf den Bereichen möglicher ABC-Gefährdungen unterschiedlicher Genese und in der Erarbeitung und Umsetzung nationaler Abwehrpläne, die auch auf die bundesstaatliche und/oder lokale Ebene herunterzubrechen und anzuwenden sind.

Abteilung für ABC-Abwehr/ABC-Schutz

Zentrale Aufgabe dieser Abteilung soll neben der wissenschaftlich-technischen Forschung und Entwicklung die Erarbeitung und Umsetzung von Gefahrenabwehrplänen gegenüber den unterschiedlichsten ABC-Bedrohungen (CBRN) sein. Auch diese Abteilung wird sich mit Gefahrenlagen unterschiedlicher Genese befassen (z.B. Kernkraftwerkshavarie, Anschlagsszenarien, Strahlenunfälle).

Neben dem präventiven und auf Intervention abgestellten Schutz der potentiell betroffenen Menschen wird auch

dem Schutz der Umwelt, der natürlichen Ressourcen (z.B. Wasser) sowie dem Schutz der Landwirtschaft und ihrer Erzeugnisse (z.B. vor künstlich erzeugten Tierseuchen) hohe Priorität eingeräumt. Ein Schwerpunkt im B-Schutz soll in der Verbesserung der Detektionsmöglichkeiten liegen.

Abteilung für Analyse und Schutz der Infrastruktur

Hier wird es sich um die komplexeste Abteilung des neuen Ministeriums handeln. Die Schwerpunkte sollen auf umfassender Informationssammlung und Auswertung der Informationen über aktuelle sowie mittel- und längerfristige Gefährdungs- und Bedrohungslagen liegen. Um eine laufende und ständig a jour gehaltene umfassende Risikoeinschätzung treffen zu können, ist die Zusammenarbeit mit verschiedenen Diensten, u.a. des FBI sowie des Secret Service nötig und vorgesehen. Durch konzentrierte Informationsbeschaffung und Auswertung, denen die Ausarbeitung entsprechender Handlungspläne für die Bundesregierung (Präsident und Ressorts), aber auch anderer bundesstaatlicher und lokaler Institutionen folgen, bekommt die Abteilung auch die Funktion einer „Frühwarnzentrale“ mit koordinierender Wirkung. Diese Funktion kann nur erfüllt werden, wenn eine schnelle Analyse der erhaltenen Informationen zur schnellstmöglichen Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsanweisungen führt und so geplante Anschläge möglichst verhindert oder aber die Auswirkungen solcher Ereignisse durch entsprechende Aktivitäten, z.B. in Rückkopplung mit der Abteilung für Notfallvorsorge und Katastrophenschutz reduziert werden können.

Eine weitere zentrale Aufgabe wird in der Erarbeitung von Verletzlichkeitsanalysen der inländischen Infrastruktur liegen, deren Erkenntnisse zum

verbesserten Schutz der Infrastruktur dienen sollen. Ausdrücklich werden genannt:

- Ernährung / Nahrungsmittel,
- Wasser,
- Landwirtschaft,
- Gesundheitswesen und Notfalldienste,
- Energieversorgung (Strom, Kernkraft, Öl, Gas u.a.),
- Transport (Luftverkehr, Straßenverkehr, Schienenverkehr, Häfen und Wasserstraßen),
- Information und Telekommunikation,
- Banken- und Finanzwesen,
- Chemische Industrie,
- Postwesen,
- Verteidigungsrelevante Industrie,
- Nationale Denkmäler (Kulturgutschutz).

Besonderes Augenmerk liegt auf dem Sektor der Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur (Stichwort „Cyberterrorismus“). Auf diesem Gebiet soll auch eine enge Abstimmung und Kooperation mit dem Department of Defense erfolgen.

Horizontale und vertikale Kooperation und Koordination

Die horizontale Kooperation und Koordination auf Bundesebene wird durch die Einrichtung der Behörde selbst nachhaltig optimiert. Auf der Vertikalen soll dies durch die Ausarbeitung von effektiven Guidelines und Plänen erfolgen, die durch die Konzentration von Quantitäten und Qualitäten im DHS eine gute Realisierungschance erhält. Diese Guidelines, Pläne sowie Standards für Technik, Ausbildung, Vorsorgeplanung und Abwehrmanagement werden den Bundesstaaten und der lokalen Ebene zur Verfügung gestellt, die diese bei Beibehaltung ihrer eigenen, föderalen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nutzen können. Ausdrücklich bekennt sich der Präsident zu diesen föderalen Strukturen, die nun anstelle

zahlreicher unterschiedlicher und bislang nur unzureichend vernetzter Behörden eine einzige Behörde als Ansprechpartner und Servicestelle von Seiten der Bundesregierung angeboten bekommen (Dienstleistungsangebot des Bundes an die Bundesstaaten und an die lokale Ebene).

Kosten/Budget/Personal

Das DHS wird nach jetziger Planung über ein Budget von über 37 Milliarden US\$ verfügen und damit im Vergleich deutlich mehr Mittel umfassen, als z.B. der deutsche Verteidigungshaushalt.

Die Aufteilung der Mittel unter die Abteilungen sieht folgende Gewichtung vor:

- 23,8 Mrd. US\$ Abt. Grenzschutz und Transportsicherheit,
- 8,3 Mrd. US\$ Abt. Notfallvorsorge und Katastrophenschutz,
- 3,6 Mrd. US\$ Abt. ABC-Abwehr / ABC-Schutz,
- 0,3 Mrd. US\$ Abt. Analyse und Schutz der Infrastruktur.
- 1,2 Mrd. US\$ sind im Haushalt des DHS für bestimmte Aufgaben des Secret Service vorgesehen.

Der sehr hohe Haushaltsansatz wird u.a. damit begründet, dass durch die Einrichtung dieses neuen Ministeriums kostenträchtiges Nebeneinanderher sowie Redundanzen beseitigt würden. Budgets aus ehemals bzw. noch eigenständigen Einrichtungen fließen in den neuen Haushaltsansatz. Darüber hinaus sollen Umschichtungen im Bundeshaushalt aus den Ressorts erfolgen, die Aufgaben an das neue Ministerium abgeben.

Das DHS soll nach Vollzug insgesamt über 169.000 Mitarbeiter umfassen. Diese enorme Zahl kommt aber vor allem durch die Integration der Grenzschutz- und Einwanderungsbehörden und der US-Coast-Guard zustande (insgesamt: 156.000 Mitarbeiter). Ei-

nen weiteren größeren Einzelposten umfasst der Anteil des Secret Service mit über 6.000 Mitarbeitern. Auf die Abteilungen Notfallvorsorge und Katastrophenschutz, ABC-Abwehr/ABC-Schutz und Analyse und Schutz der Infrastruktur entfallen zusammen knapp 7.000 Mitarbeiter, wobei der Personalblock der FEMA mit über 5.000 Mitarbeitern den größten Einzelposten darstellt.

Umsetzung

Die Realisierung des neuen Ministeriums, das zum Jahresbeginn 2003 seine Arbeit aufnehmen soll, erfolgt in mehreren Zwischenschritten und unter Federführung des Präsidenten bzw. des White House Office of Homeland Security und der zugehörigen mittlerweile eingerichteten Koordinierungsstelle. Konkrete Einzelschritte zur Überführung einzelner Institutionen und Aufgabenkomplexe in das DHS sowie konkrete Maßnahmen zur Zusammenführung in einer arbeitsfähigen Obersten Behörde mit über 169.000 Mitarbeitern sind in den Überlegungen vom Juni 2002 nicht zu finden.

Kurzbewertung

Dem Papier des Präsidenten zur Einrichtung des DHS ist bei kritischer Lektüre zu entnehmen, dass die USA in der Organisation ihrer inländischen Gefahrenabwehr ähnliche Probleme identifiziert haben, wie dies im Zuge der konzeptionellen Überlegungen zur Neuausrichtung des Zivilschutzes auch in Deutschland nach dem 11.09.2001 geschehen ist. Die größten Defizite bei der Gefahrenvorsorge und dem Gefahrenmanagement scheinen in den USA, ebenso wie in Deutschland, in einer unterentwickelten horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit von Ressorts und Behörden zu liegen. Trotz föderaler Strukturen und bei Achtung der föderalen Aufgabenzuständigkeiten und Verantwortlich-

keiten durch die US-Regierung hat sich diese nun zu einem radikalen Schritt bei der Reorganisation der nationalen Zivilen Verteidigung entschieden, was nicht zuletzt auf die außergewöhnlich starke Position des Präsidenten in den USA zurückzuführen ist. Die Überlegungen des Präsidenten in dem hier besprochenen Dokument erscheinen zunächst primär politischer Natur zu sein. Inwieweit eine Behörde des beabsichtigten Ausmaßes bereits zum Jahreswechsel 2002/2003 tatsächlich arbeitsfähig ist und die erkannten Defizite beseitigt hat, muss realistisch und damit kritisch gesehen werden. Gleichwohl ist der Problemanalyse und dem Vorhaben, Parallelitäten, Redundanzen etc. abzubauen und Aktivitäten zu bündeln, um so zu einer vernetzten Kooperation sowie zu einer horizontalen und vertikalen Koordination zu gelangen, zuzustimmen.

Durchaus selbstbewusst kann jedoch festgestellt werden, dass zumindest die Problemanalyse auch in Deutschland schnell und zielgerichtet erfolgte und richtige Lösungsansätze zur Überwindung erkannter Probleme auch hierzulande entwickelt wurden und in Umsetzung begriffen sind (z.B. Koordinierungsgruppe/-stelle, deNIS, Planübung, AG Umsetzung des AK V). Mit dem Strategiepapier des AK V und des BMI sowie den anderen, seit dem 11.09.2001 erarbeiteten konzeptionellen Überlegungen existiert in der Bundesrepublik eine fundierte Grundlage zur Effektivierung der zivilen Sicherheitsvorsorge, ohne die Grundprinzipien der Aufgabenteilung im föderalen Bundesstaat anzutasten.

Fachkongress „Neuhausener Tage 2002“

Die Terroranschläge in den USA – Konsequenzen
für deutsche Behörden und Rettungskräfte

von Dieter Franke, ZfZ-AKNZ

Die Terroranschläge auf das Pentagon in Washington und das World Trade Center in New York am 11. September 2001 haben die USA und die Welt verändert. Das erdumspannende Entsetzen hat auch für Deutschland viele Fragen aufgeworfen, die der Fachkongress „Neuhausener Tage 2002“ beantworten wollte und sollte. Der Kongress, den über

scher Organisationen berichteten sehr offen vom 6. bis 8. Mai über ihre Erfahrungen bei der Krisenbewältigung. Natürlich hatte man in den USA mit allen denkbaren Naturkatastrophen und Großschadensereignissen gerechnet, nicht aber mit solchen Terroranschlägen. Umso mehr war es nach Darstellung der amerikanischen Referenten Gebot der Stunde,

Helfer war nicht gegeben. An der Einsatzstelle „World Trade Center“ kam natürlich der Verlust mehrerer Einsatzleiter auf der Seite der Feuerwehr ebenso wie auf der Seite der Polizei erschwerend hinzu. Dies wirkte sich nicht nur unter dem nüchternen Aspekt der Manpower negativ aus, mindestens ebenso gravierend war der damit verbundene psychologische Schlag.



v.r. Dewey Perks, Leiter Sondereinsatzgruppe, und Robert Dubè, beide Amt für Feuer-
schutz und Rettungswesen, Fairfax County, bei ihrem äußerst interessanten Vortrag über
die Einsatzabläufe im Pentagon.

Die amerikanischen Spezialisten fassten ihre Erfahrungen in folgenden Forderungen zusammen:

- Die Helfer und ihre Ausrüstung müssen beim Eintreffen erfasst werden.
- Die Einsatzstelle muss abgeriegelt werden, auch um Medien und Gaffer fernzuhalten. Beim Pentagon wurde dies u.a. von der Armee übernommen.
- Standardisierte Ausrüstung und einfach bedienbare Geräte erleichtern die Zusammenarbeit.
- Die medizinische und die psychologische Betreuung müssen sichergestellt werden. Die Einsatzleitung muss von Anfang an den Helfern gegenüber ihre Fürsorgepflicht wahrnehmen.
- Alle beteiligten Behörden und Organisationen müssen kooperieren, und zwar sowohl vor Ort als auch rückwärtig.
- Die regelmäßige Kontaktpflege zu anderen Organisationen bzw. deren Füh-

120 Teilnehmer aus Bundes- und Landesinnenministerien besuchten, wurde gemeinsam von der THW-Bundesschule Neuhausen und der Akademie für Krisenmanagement, Notfallvorsorge und Zivilschutz (AKNZ) veranstaltet.

Amerikanische Experten referierten

Hochrangige Mitarbeiter verschiedener US-amerikani-

die Zusammenarbeit der Kräfte vor Ort zu koordinieren. Eine einheitliche Führungsstruktur, die das Zusammenspiel aller Beteiligten erleichterte, war erst nach Stunden durchgesetzt. Bis dahin herrschten teils chaotische Zustände am Einsatzort „Pentagon“, insbesondere, weil unzählige Einheiten und sogar einzelne Fahrzeugbesatzungen unangemeldet und ungefragt in den Einsatz gingen. Die Kontrolle über die

rungskräften gehört zur Vorbereitung.

Gerade bei so großen Lagen besteht die Notwendigkeit, dass alle Entscheidungsträger mit dem gleichen Informationsstand operieren müssen. Im Fall Pentagon war es zudem ein glücklicher Umstand, dass ein wechselseitiges Vertrauen durch persönliche Bekanntschaft der Akteure gegeben war.

Schließlich hat sich gezeigt, dass die Einrichtung eines gemeinsamen Medienzentrums für alle Organisationen mit einem professionellen Sprecher sinnvoll ist. So lassen sich die Medien schnell und einheitlich informieren. Gleichzeitig werden Behinderungen bei der Einsatzarbeit und eine eventuelle Verwirrung bei der Bevölkerung durch unterschiedliche Verhaltenshinweise vermieden.

Der politische Berater für Katastrophen-Management, Larry W. Roeder aus Washington, warnte eindringlich davor, die Augen vor dem Terror zu verschließen. Er sagte: „Der Terror existiert, und weitere Anschläge werden folgen! Dies gilt auch für Deutschland!“

Lessons learned in sechs Arbeitsgruppen

Die für den zweiten Tag eingerichteten Workshops behielten diese Mahnung bei ihrer Arbeit im Bewusstsein.

Die Arbeitsgruppe „**Nationale und regionale Koordination**“ wurde von Dipl. Ing. Dietrich Löpke moderiert, dem Leiter der AKNZ. Er stellte die Frage nach übertragbaren US-Erfahrungen und Strukturen. Teilweise, so ergab die Diskussion, haben sich diese bereits in den Vorstellungen von Bund und Ländern über eine „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ niedergeschlagen, die von der Innenministerkonferenz beschlossen wurde. Ein nationales Informationsnetzwerk ist unumgänglich, ebenso eine enge vertikale und horizontale

Kooperation und Koordination, dazu eine Bundesinstitution für Notfall- und Katastrophen-Management wie es die FEMA (Federal Emergency Management Agency) - mitt-

senkommunikation, gemeinsame Übungen, Implementierung eines integrierten Gefahren- und Krisenmanagements, klare und logische Auftragsstrukturen und Befehlsketten

- Einheitliche Standards für Notfall- und Krisenmanagement,
- Einheitliche Planungsstandards,
- Gemeinsame Einsatzplanung aller an der Gefahrenabwehr beteiligter Behörden,
- Gemeinsame Einsatzleitung mit einem gesamtverantwortlichen Einsatzleiter,
- Nationales Informationsnetzwerk mit personellen und materiellen Ressourcen sowie einem Risikokataster,
- Einrichtung einer Bundesinstitution für Notfall- und Katastrophenmanagement,
- Mobile Task Forces zur Führungsunterstützung,
- Aufbau einer standardisierten Risiko- und Krisenkommunikation,
- Flächendeckendes Alarmierungs- und Warnsystem,
- Gemeinsame Übungen

Tab. 1: AG1 Nationale und regionale Koordinierung.

lerweile dem neuen US-Ministerium „Department of Homeland Security“ einverleibt – in den USA verkörpert. Ferner sollten, so das Ergebnis der Arbeitsgruppe, mobile Führungs-

sowie der Ausbau des Warnsystems und Schließung der „Warnlücken“. Wie bei den Amerikanern wurde auf umfangreiche psycho-soziale Betreuung der Einsatzkräfte und

- Sicherstellen des gegenseitigen Kennenlernens im Vorfeld,
- Organisationsübergreifende Ausbildung mit standardisierten Inhalten,
- Permanente Fortschreibung von Risiko-/Gefahrenanalysen,
- Gemeinsame Einsatzplanungen,
- Kontrolle der psychische und physischen Vorbereitung ,
- Sicherstellung der medizinischen und psychischen Betreuung im Einsatz,
- Globales Netzwerk zum Ressourcenmanagement,
- Stärkung der operativ-taktischen Komponente,
- Einheitliche Kennzeichnung von Führungs- und Funktionspersonal,
- Gemeinsame Standards in der Führungsorganisation
- Erweiterung des „Führungssystems“ um die Rubrik „Führungsverhalten“

Tab. 2: AG2 Einsatzleitung vor Ort.

unterstützungsteams und Task Forces vorgehalten werden.

Verbesserungen für Deutschland könnten bilden die Einführung standardisierter Planungsverfahren im Bereich des Katastrophen- und Krisenmanagements, Aufbau einer verbindlichen und standardisierten Risiko- und Kri-

gegebenenfalls auch deren Angehörigen gesteigerter Wert gelegt.

Die „**Einsatzleitung vor Ort**“ beschäftigte eine weitere Arbeitsgruppe, moderiert von Thomas Mitschke, Referatsleiter Führungs- und Einsatzgrundsätze in der THW-Lei-



Die Gruppe wollte die persönliche Kontakte im Vorfeld von Einsätzen sicherstellen. Daraus resultiert die Notwendigkeit organisationsübergreifender Ausbildung

reich stattgefunden, jedoch ist zu befürchten, dass durch die Einsparungen im Gesundheitswesen die stationäre Versorgung einer plötzlichen Vielzahl von Verletzten nicht mehr

ist eine Datensammlung über Risikoobjekte anzulegen. Gemeinsame Fortbildung und Übungen sind ebenso erforderlich wie der Austausch von Verbindungspersonal und Fachberatern. Auch in dieser Gruppe wurde die Notwendigkeit des persönlichen Kennenlernens auf allen Führungsebenen herausgestellt. Besonders betonte die Arbeitsgruppe die Entwicklung eines „Joint Command“ nach amerikanischem Muster zwischen Polizei einerseits und Feuerwehr/Katastrophenschutz andererseits.

- Etablierung eines integrierten Notfallmanagements aus Feuerwehr, Rettungsdienst, Gesundheitsverwaltung und Polizei,
- Gemeinsame Einsatzleitung auf allen Ebenen,
- Gemeinsame Übungen,
- Landesweite und länderübergreifende Bedarfsplanung für Betten, Fahrzeuge und Arzneimittel,
- Nationales Ressourcenmanagement (nicht nur für Brand-, Infektions- und Intensivbetten),
- Ausbau der Kompetenzzentren,
- Medizinische Task Forces für nukleare, biologische und chemische Notfälle
- Verankerung der verpflichtenden Vorhaltung von stationären Reservekapazitäten in den Landeskrankenhausgesetzen

Tab. 3: AG3 Management eines Massenfalls von Verletzten.

und abgestimmter Ausbildungsinhalte. Weiter wurde eine gemeinsame Einsatzplanung, auch für globale Ereignisse, gefordert. Dazu ein engerer Austausch mit der polizeilichen Führungsstruktur und mehr Eigenverantwortlichkeit im Bereich der taktisch-operativen Komponente. Ergänzend sah die Arbeitsgruppe die Erforderlichkeit einer Qualifizierung der Krisenstäbe in den Katastrophenschutzbehörden in Bezug auf strategische Entscheidungsprozesse sowie eine gezielte Vorbereitung auf das zeitkritische Arbeiten bei Bedrohungslagen. Allgemein müsse mehr getan werden in Hinblick auf Stressmanagement und Training.

Der dritte Workshop behandelte das „**Management eines Massenfalls von Verletzten**“. Geleitet wurde er von Dr. med. Andreas Manger, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, und Beate Coellen, AKNZ. Es zeigte sich, dass in einer solchen Situation grundlegend umgedacht werden muss in Form eines integrierten Notfallmanagements, in dem sich alle Kräfte besser als bisher verzahnen. Zwar haben in den letzten Jahren intensive Überlegungen im Einsatzbe-

gesichert ist. Abhilfe kann hier nur eine länderweite nationale Koordinierungsstelle für die Definitivversorgung schaffen, also eine Betteninformationszentrale.

- Informationsaustausch mit allen an der Gefahrenabwehr Beteiligten,
- Gegenseitige Hospitation,
- Gemeinsame Fortbildung, gemeinsame Übungen,
- Erfahrungsaustausch nach Einsätzen,
- Austausch von Verbindungspersonal im Einsatz,
- Abstimmung der Führungsphilosophie (Führung vor Ort, Führung von hinten),
- Aufklärung über automatisch vorzunehmende Maßnahmen (sog. Kernaufgaben),
- Einheitliche Standards für die Erstellung von Listen potentiell gefährdeter Objekte und von Objekten mit besonderer Gefahr nach außen

Tab. 4: AG4 Polizei- und Sicherheitsaspekte.

„**Polizei und Sicherheitsaspekte**“ hieß der Schwerpunkt in einer weiteren Arbeitsgruppe unter der Leitung von Polizeioberst Klaus Rüschemschmidt, Polizeipräsidium Köln. Diskutiert wurden Probleme der Absperrung und Sicherung des Schadensortes gegen Gefahren von außen. Die Einsatzkräfte sollen geschützt und Folgeanschläge verhindert werden. Zur Vorbereitung gemeinsamer Einsätze

der Gemeinden und Kreise angesiedelt. Ein nationaler Bedarf an Task-Forces war unbestritten, wie auch einheitliche Ausbildungsrichtlinien für sie. Eine schnell und unbürokratische Mobilisierung der Teams, die sich auf informelle Netzwerke stützen können sollten, ist zwingend. Neue Bedrohungsszenarien erfordern Grundwissen und Sensibilität der operativen nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in wich-

- Aufbau von Task Forces auf der Grundlage eines bundesweiten Risikokatasters,
- Erarbeitung einheitlicher Ausbildungsrichtlinien,
- Zentrale Datenerfassung personeller und materieller Ressourcen,
- Ausbau der persönlichen Kontakte durch Informationsaustausch, Übungen, Hospitation,
- Standardisierung der Gefahrenabwehrplanung,
- Fortbildung im Hinblick auf neue Gefahren und Selbstschutz,
- Überarbeitung der Schutzausrüstung hinsichtlich Eigenschutz und Ergonomie,
- Strikte Zugangsregelungen zu großen Einsatzstellen,
- Planungen für eine umfassende Betreuung bei belastenden oder Langzeiteinsätzen einschließlich Familienbetreuung

Tab. 5: AG5 Rettung - Bergung - Brandbekämpfung.

tigen Sicherheitsfragen. Dazu gehört auch eine Neubewertung der derzeitigen persönlichen Schutzausrüstung. Die Erfahrungen beim Pentagon-Einsatz verweisen auf notwendige Zugangskontrollen zur Einsatzstelle mit der Ausgabe von ID-Cards vor Ort.

Die sich mit „**Öffentlichkeitsarbeit**“ befassende Gruppe unter der Regie der Journalistin Antje Deistler zeigte ein mangelndes Service-Bewusstsein einerseits und oft fehlende Qualifikation der Öffentlichkeitsarbeiter andererseits auf. Häufig wird den Medienvertretern mit Angst, Vorbehalten oder Misstrauen begegnet. Idealerweise findet eine Vernetzung der Behörden und

Organisationen statt, die sich in einer gemeinsamen Info-

- Ausbildung von Pressesprechern,
- Schulung von Führungskräften,
- Kontaktpflege zu Medienvertretern im Alltag,
- Regelmäßige Pressearbeit, Einladung zu Übungen und Ausbildungsveranstaltungen,
- Vernetzung der Behörden und Organisationen,
- Konzentrierung auf eine zentrale Presse- oder Infostelle,
- Pressekonferenz so schnell wie möglich, so oft wie nötig,
- Befragung von Fachleuten ermöglichen,
- Gelegenheit für die Besichtigung der Einsatzstelle realisieren,
- Medienvertreter als Partner akzeptieren

Tab. 6: AG Öffentlichkeitsarbeit.

Stelle bzw. einem gemeinsamen Pressestab widerspiegelt. Bereits in der Vorbereitung

sind regelmäßige Kontaktpflege, Aus- und Fortbildung der Pressesprecher und Schulung der Führungskräfte im Umgang mit Medienvertretern notwendig. Dies wird sich in einer kompetenten Gestaltung und Durchführung von Pressekonferenzen niederschlagen und zu einem konstruktiven Umgang miteinander führen.

Bilanz nach zwei Tagen

Fasst man die Vorträge und die Ergebnisse der Workshops zusammen, so ergibt sich als Erkenntnis der Veranstaltung die vorrangige Notwendigkeit einheitlicher organisationsunabhängiger Standards, verstärkter gemeinsamer Übungen und

des gegenseitigen Kennenlernens der Führungs-, aber auch der Einsatzkräfte. Dies führt zu einer effektiveren übergreifenden Einsatzleitung, was sich sowohl in Bezug auf die Abarbeitung der Lage als auch auf die Fürsorge gegenüber den Einsatzkräften positiv auswirkt.

Letztendlich sind diese Forderungen für Insider nicht neu, sie finden aber durch die Ereignisse des letzten Herbstes ihre nachdrückliche Bestätigung.



Pressekonferenz; v. r.: Schulleiter Hans Jürgen Kuhn, Präsident Dr. Georg Thiel, Ministerialdirektor Klaus Hennig Rosen BMI, Moderatorin Antje Deistler, Leiter der AKNZ Dietrich Lüpke, Leiter Sondereinsatzgruppe - Amt für Feuerschutz-Fairfax County Dewey Perks und, Leiter Sondereinsatzgruppe-Amt für Feuerschutz, Miami Dade, Ruben D. Almager.

(Fotos: THW)



Rot und Blau in Schönefeld

Fahrzeugübergabe am Rande der Luftfahrtmesse in Berlin

Von Paul Claes

18 neue Einsatzfahrzeuge sind schon ein eindrucksvolles Bild. So standen sie, rot und blau lackiert, auf dem Gelände

finden. Daneben stellt der Bund dem THW-Länderverband Berlin/Brandenburg/Sachsen-Anhalt acht neue

Enge Zusammenarbeit im integrierten Hilfeleistungssystem

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (r.) dankt Innenminister Schily für die Bereitstellung der neuen Fahrzeuge.



Minister Schily erklärte bei der Übergabe: „Die ABC-Erkundungsfahrzeuge sind spezifisch zur Erkundung, Messung, Erfassung und Meldung radiologischer, chemischer und biologischer Stoffe ausgestattet. Mit der Auslieferung dieser Fahrzeuge an alle Bundesländer steht erstmals in Deutschland ein flächendeckendes System an ABC-Erkundungsfahrzeugen zur Verfügung. Bereits im letzten Jahr habe ich Fahrzeuge an die Länder Berlin und Brandenburg übergeben. Die Bundesregierung nimmt ihre Verantwortung im Zivil- und Katastrophenschutz sehr ernst und führt ihre Anstrengungen bei der materiellen Unterstützung der Länder kontinuierlich fort.

der Flughafenfeuerwehr Berlin-Schönefeld zur Übergabe bereit. Die Wahl fiel auf Schönefeld, weil zeitgleich auf dem südlichen Teil des Flughafens die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) stattfand. Die Präsentation zahlreicher Rettungshubschrauber auf der ILA bildete dabei den Bezug zwischen beiden Veranstaltungen.

Mannschaftstransportwagen (MTW) zur Verfügung.

Bundesinnenminister Otto Schily übernahm es, die Fahrzeuge an den Berliner Innensenator Ehrhart Körting und an den brandenburgischen Innenminister Jörg Schönbohm zu übergeben. Berlin erhielt vier, Brandenburg sechs neue ABC-Erkundungsfahrzeuge (ABC-ErkKw), die als Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr Verwendung



Innenminister Schily im Kreis von Helfern des Technischen Hilfswerks.

Die gleichzeitige Übergabe der Fahrzeuge an die Länder und an das THW steht für die enge

weil 51 dieser Fahrzeuge ausgeliefert. Aus dem "Anti-Terror-Paket" werden darüber hinaus

Hans Rahmann, ehrenamtliches Vorstandsmitglied von Mayday, nicht nur symbolische, sondern auch praktische Unterstützung: "Mit der Übernahme der Schirmherrschaft wird die enge Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und der Stiftung Mayday dokumentiert."

Die Stiftung wurde 1994 in Frankfurt am Main von Piloten für Piloten ins Leben gerufen. Sie unterstützt in Not geratene Luftfahrer und deren Angehörige – materiell und ideell, unabhängig von der Unfallursache, der Schuldfrage und der versicherungsrechtlichen Klärung. Vorrangiges Ziel der national wie international unterstützten Stiftung ist jedoch die Hilfe zur Selbsthilfe.

Mittlerweile ist die Stiftung der Motor zur Einrichtung einer CISM-Organisation geworden. Als CISM (Critical Incident Stress Management) werden alle vorbeugenden und begleitenden Maßnahmen bezeichnet, die Piloten bei der Verarbeitung von Stress-Symptomen nach stark belastenden Situationen unterstützen. Ehrenamtliche, geschulte Teams haben allein im Jahr 2001 in 50 Fällen Krisen-Betreuung durchgeführt.

Bei seinem anschließenden Rundgang über das Ausstellungsgelände besuchte Minister Schily neben mehreren Ständen der Industrie auch den Ausstellungsstand des Bundesgrenzschutzes.



Das Interesse der Medien an der Fahrzeugübergabe ist groß.

Zusammenarbeit im integrierten Hilfeleistungssystem in Deutschland."

Die den Feuerwehren übergebenen Fahrzeuge gehören zu den 340 Fahrzeugen, die der Bund den Ländern im Rahmen seiner Zuständigkeit für den Zivilschutz dieses Jahr zur Verfügung stellt. Für Beschaffung und Unterhaltung der Fahrzeuge werden über 40 Millionen Euro aufgewendet. Außerdem investiert der Bund über das "Anti-Terror-Paket" in diesem Jahr weitere neun Millionen Euro in die Beschaffung zusätzlicher 27 ABC-Erkundungsfahrzeuge und 175 Krankentransportwagen.

Das für den Einsatz der ABC-Erkundungsfahrzeuge erforderliche Personal wird von den Lehrkräften der Landesfeuerweherschulen ausgebildet. Deren spezielle Unterweisung wiederum erfolgt an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesverwaltungsamtes in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Die Mannschaftstransportwagen des THW sind Führungsfahrzeuge. Der MTW wird im Technischen Zug des THW als Personen-, Materialtransport- oder als Einsatzleitfahrzeug eingesetzt. Seit August 2000 wurden für die THW-Ortsverbände bundes-

insbesondere für die Bereiche Ortung und Bergung weitere Fahrzeuge beschafft.

Schirmherrschaft übernommen

Schon einmal vor Ort, ließ es sich der Minister nicht nehmen, auch der ILA eine Visite abzustatten. Bei seinem Besuch übernahm Schily am Stand der Lufthansa offiziell



Die Schirmherrschaft über die Stiftung Mayday ist für den Minister eine „gerne übernommene Aufgabe“. (Fotos: Claes)

die Schirmherrschaft über die Stiftung Mayday.

Die Schirmherrschaft bedeutet für die Stiftung laut

Heute schon geklickt?

www.denis.bund.de

deNIS

Deutsches Notfallvorsorge-Informationssystem

Übung im Siegauentunnel

Einsatzsystem Rhein-Sieg-Kreis getestet

von Nikolaus Stein

Nun ist es also so weit! Am 25. Juli eröffnete die Deutsche Bahn AG die neugebaute ICE-Hochgeschwindigkeitstrasse Köln-Rhein/Main mit Prominenz auf und zahlreichen Festivitäten an der Strecke; am 1. August begann der, zunächst noch eingeschränkte, Pendelverkehr zwischen Köln und Frankfurt.

Die Technik des ICE 3 und das neue Gleisbett ermöglichen Geschwindigkeiten von ca. 300 km/h. Benötigt werden für die 177 km lange Strecke lediglich 58 Minuten. Dabei durchfährt der Zug 30 Tunnel von insgesamt 47 km Länge.

Angesichts dieser Vorgaben stellte sich natürlich schon vor Baubeginn die Frage nach der Sicherheit, besonders in den Tunneln, die durch katastrophale Unfälle in Alpentunneln in der jüngeren Vergangenheit noch an Brisanz gewonnen hat.

Bundesländer, Eisenbahn-Bundesamt, Vertreter der Feuerwehren und Deutsche Bahn AG haben ein gemeinsames Sicherheitskonzept erarbeitet, das im Wesentlichen aus vier Stufen besteht:

1. Präventivmaßnahmen wie Begegnungsverbote in Tunneln zwischen Reise- und Güterzügen oder vorgeschriebene Verwendung besonders schwer entflammbarer bzw. nicht brennbarer Materialien zum Bau von Reisezugwaggons.
2. Ereignismindernde Maßnahmen wie Notbremsüberbrückung (ermöglicht dem Lokführer, die Wirkung einer Notbremsung aufzuhe-

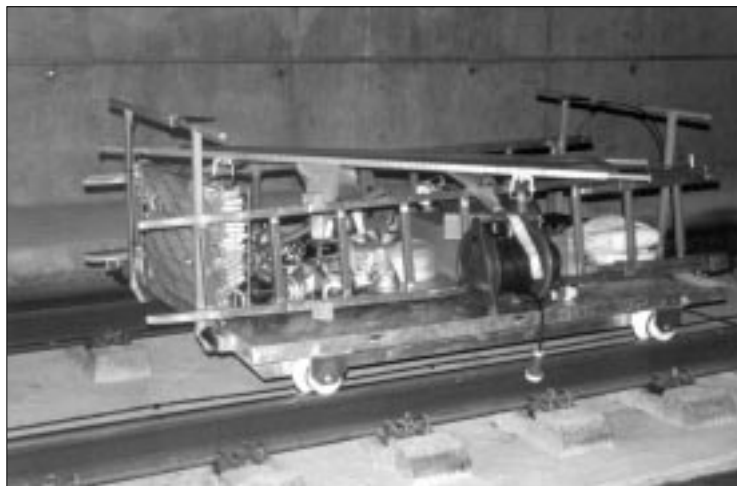
ben, damit der Zug möglichst nicht im Innern eines Tunnels stoppt), Ausrüstung der Waggons mit Feuerlöschern und entsprechende Schulung der Zugbegleiter.

3. Möglichkeit zur Selbstrettung wird durch bauliche Maßnahmen wie Notbeleuchtung, Fluchtwegkennzeichnung, Notausstiege und maximale Fluchtweglänge von 500m unterstützt.
4. Unterstützung der Rettungskräfte durch Vorrichtungen zur Löschwasserversorgung, Bereitstellung von Rollpalet-

zeitatemschutzgeräte bereitgestellt.

Im Vorfeld der Inbetriebnahme wurden in verschiedenen Tunneln Übungen durchgeführt, so in Idstein (s. **Bevölkerungsschutz** 1/2002), im Fernthal-Tunnel im Landkreis Neuwied und, am 24.05.2002, im 2503 m langen Siegauentunnel zwischen Siegburg und St. Augustin.

Bereits während der Bauphase hatten die Feuerwehren entlang der Strecke einen Arbeitskreis gebildet, der das „Ein-



Die Rollpaletten mit der Ausrüstung müssen mit Muskelkraft bewegt werden.

ten, Anlage von Zufahrten und Rettungsplätzen an den Tunnelportalen und Notausstiegen, Materialaufzüge in Notausstiegen, Funk- und Energieversorgung im Tunnel sowie automatische Abschaltung und Erdung der Oberleitung. Ergänzend werden den in Frage kommenden Feuerwehren Lang-

satzsystem Rhein-Sieg-Kreis“ erarbeitet hatte.

Die daraus resultierende Handlungsanweisung für Einsätze in Tunnelbereichen enthält auf 32 Seiten alle wesentlichen Hinweise zu Alarmierungsverfahren, allgemeinen und speziellen Gefahrenquellen, personeller und materieller Ausstattung, einsatztak-

Aus- und Weiterbildung

tischen Maßnahmen und technischen Einbauten in und an den Bahnanlagen, ergänzt durch Betriebs- bzw. Bedienungsanleitungen. Fotografien

20 Personen erleiden Rauchgasvergiftungen und müssen von der Feuerwehr mit Fluchthauben in Sicherheit gebracht werden.

(der erste Rettungstrupp war in weniger als 20 Minuten am Einsatzort), die Zusammenarbeit mit Hilfsdiensten und THW funktioniert weitgehend reibungslos.

Als Problem entpuppte sich das Öffnen der Türen; sinnvollerweise sollte dies bei Eintreffen der Feuerwehr schon durch das Zugpersonal erfolgt sein.



Das System der Selbstrettung ist funktionsfähig, die Alarmierung erfolgte umgehend und die Einrichtung eines Notlazarettes am vorgesehenen Rettungsplatz erwies sich als unproblematisch.

Allerdings wurden auch Schwächen und Mängel aufgezeigt.

Bereits von den vorausgegangenen Übungen bekannt war die Kritik an den ausklappbaren Notleitern, die für Feuerwehrleute mit ihrer Ausrüstung kaum passierbar sind. Ebenfalls als unzulänglich werden die Steckleitern empfunden, über die der Zugang von der linken Zugseite bzw. der Abtransport der schwerer Verletzten zu den Rollpaletten erfolgt. Leider nur mit beträchtlichem Kraft- und Zeitaufwand lassen sich die Rollpaletten selbst handhaben.

Die anwesenden Vertreter der Deutschen Bahn AG nahmen, nicht zum ersten Male, die Kritik an der Ausstattung

und schematische Darstellungen erleichtern das Verständnis und die Orientierung.

Dieses Einsatzsystem und das oben beschriebene Konzept galt es nun an folgendem Szenario zu testen und, nicht zuletzt, einzuüben:

Ein ICE mit ca. 300 Fahrgästen fährt aus nördlicher Richtung in den Tunnel. Es entsteht ein Brand in einem vorderen Abteil und der Zug bleibt zwischen den beiden Notausstiegen im Tunnel stehen.

Das Zugbegleitpersonal informiert die Fahrgäste, benachrichtigt die Notfalleitstelle und leitet erste Löschversuche ein.

Das Feuer entwickelt sich innerhalb von 15 Minuten zu einem Vollbrand eines Abteiles. Durch die herrschende Wetterlage zieht der Rauch in Richtung Süden ab. Das Zugpersonal veranlaßt die Räumung des ICE, wobei sich ca. 270 Personen selbst retten können.

Weitere 10 Personen werden schwer verletzt und müssen liegend gerettet werden.



Der Rettungsplatz an einem der Notausstiege war zügig einsatzbereit. (Fotos: Claes)

In einer Pressekonferenz direkt im Anschluß an die Übung äußerten sich die Verantwortlichen insgesamt zufrieden mit dem Verlauf.

Das von den Feuerwehren erarbeitete Einsatzsystem Rhein-Sieg-Kreis ist tragfähig

der Züge und der Anlage zur Kenntnis und versprochen, nicht zum ersten Male, Abhilfe. Die druckluftbetriebene Rollpalette allerdings wird ein Wunschtraum der Feuerwehren bleiben.

Programm der AKNZ

Nachtrag für das Jahr 2002

Vorbemerkung

Im Zuge der Umstrukturierungen im Zivil- und Katastrophenschutz, die auf ein national und international vernetztes System der Zivilen Sicherheitsvorsorge abzielen, kommen nicht zuletzt auch der Akademie für Krisenmanagement, Notfallvorsorge und Zivilschutz in Bad Neuenahr-

Ahrweiler (AKNZ) erweiterte Aufgaben zu (siehe dazu auch den folgenden Beitrag).

Den neuen Anforderungen hat die Akademie umgehend Rechnung getragen und ihr aktuelles Jahresprogramm durch weitere Seminare und Veranstaltungen ergänzt.

Der Nachtrag des Jahresprogrammes 2002 ist ausschließlich über Internet zu erhalten.

Aufgrund der Kurzfristigkeit wird auf eine Versendung auf postalischem Wege verzichtet.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AKNZ stehen für weitere Auskünfte zur Verfügung und freuen sich auf Ihre Teilnahme an den Veranstaltungen.

Telefon: 02641/381 220

Fax: 02641/ 381 218

lehrgangsbuero@bva.bund.de

	VA-Zeit	Meldeschluss	Veranstaltung
39. Woche 39-9	27.09. - 28.09.02		Internationaler Kongress zum 11. September 2001 — Strategien für Feuerwehr, Rettungsdienst und Gesundheitswesen
41. Woche 41-6 41-7	07.10. - 11.10. 07.10. - 11.10.	12.08.02	Zusammenwirken der Einheiten im Katastrophenschutz Zivil-militärische Zusammenarbeit im In- und Ausland
42. Woche 42-10	14.10. - 18.10.	19.08.02	Koordination auf der administrativ-organisatorischen Ebene des Katastrophenschutzes 3
44. Woche 44-9	28.10. - 30.10.	02.09.02	Messtechniken in der Kommunikationstechnik (KatS)
45. Woche 45-11 45-13 45-14 45-15	05.11. - 07.11. 05.11. - 07.11. 04.11. - 08.11. 04.11. - 05.11.	09.09.02	Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung (Workshop) Notfallplanung und Zivilschutz. Seminar für Regierungspräsidenten und Landräte des Freistaates Sachsen Mobile Führungsunterstützungskomponente Internationaler Meinungsaustausch mit UN, EU und NATO zur Ausbildung für die humanitäre Hilfe bei internationalen Katastrophen
47. Woche 47-10 47-11	18.11. - 22.11. 21.11. - 22.11.	23.09.02	Zivil-militärische Zusammenarbeit im Ausland ABC-Gefährdung/-Vorsorge für zivile und militärische Führungskräfte aus Deutschland, Österreich und Schweiz
48. Woche 48-9 48-10	25.11. - 26.11. 27.11. - 29.11.	30.09.02	ÖPNV in der Krise Schutzraumverwaltung
50. Woche 50-8	09.12. - 13.12.	14.10.02	Zivil-militärische Zusammenarbeit im Inland
51. Woche 51-4	17.12. - 19.12.02	21.10.02	Risiken und Bedrohungsformen

Krisenmanagement oder Katastrophenverwaltung

von Dieter Franke, ZfZ-AKNZ

„Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren ist eine der vornehmsten Aufgaben des modernen Staates.“ Mit dieser Grundsatzaussage beginnt ein Beschluss des Arbeitskreises V der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder vom März 2002. Er stellt zugleich eine Leitlinie für alle dar, die mit Bevölkerungsschutz, egal in welchem Zusammenhang, befasst sind.

lung der Führungsgremien und Verantwortungsträger im System der zivilen Sicherheitsvorsorge, die an dieser Stelle näher betrachtet werden soll.

Neues Bewusstsein – neue Begriffe

Der hier gebrauchte Begriff der zivilen Sicherheitsvorsorge ist neu im Kontext des Bevölkerungsschutzes. Er deutet hin auf ein gewandeltes Verständnis, angepasst an die veränder-

lizei bzw. Katastrophenschutz zu gewährleisten. Der erweiterte Sicherheitsbegriff findet seine Bestätigung in einer Entscheidung des Bundesverfas-



sungsgerichts, in dem die Sicherheit als Staatszweck betont wird. „Die Sicherheit des Staates als verfasster Friedens- und Ordnungsmacht und die von ihm zu gewährleistende Sicherheit seiner Bevölkerung sind Verfassungswerte, die mit anderen im gleichen Rang stehen und unverzichtbar sind, weil die Institution Staat von ihnen die eigentliche und letzte Rechtfertigung herleitet.“ (BVerfG E 49, 24 (56)).

Differenzierungen wie innere und äußere Sicherheit oder private und öffentliche Sicherheit werden schwierig und teils sinnlos, wenn wir uns heute realistische Bedrohungen der Sicherheit vergegenwärtigen. Bedrohungen, die zwar durch die Attentate des 11. September 2001 in den Vordergrund gerückt sind, aber letztendlich dem aufmerksamen Beobachter seit langem nicht entgangen sein dürften.

Internationale Kriminalität, organisiert im Stile multinationaler Konzerne, terroristische Vereinigungen, kriminell, religiös-fundamentalistisch oder gar staatsunterstützt, beides kombiniert mit der Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder des Wissens um



Das weltumspannende Band des Katastrophenschutzes – das markante Wahrzeichen der AKNZ in Bad Neuenahr-Ahrweiler. (Foto, auch Detailfotos: Schmitter)

Die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler (AKNZ), die seit Juni 2002 den Zusatz „Krisenmanagement“ im Namen trägt, nimmt diese Aussage ernst. Und sie setzt diese innerhalb ihres neuen Auftrages um, ganz im Bewusstsein ihrer Namensweiterung. Dazu gehört insbesondere die Schu-

ten Formen von Bedrohungen und Risiken einerseits sowie die weiterentwickelten Strukturen im Bereich der Verwaltungen und Hilfeleistungspotenzialen andererseits. Sicherheit ist heute umfassender zu sehen, als dies in der Vergangenheit vielfach geschah. Sie bezieht sich nicht nur auf die körperliche Unversehrtheit, und sie ist nicht nur durch Po-

Aus- und Weiterbildung

deren Technik, aber auch politisch oder ökologisch ausgelöste Migrationsbewegungen stellen Themen in der heutigen Sicherheitsdiskussion dar.

In diesem Zusammenhang ist auch das bisherige duale System der staatlichen Gefahrenabwehr zu hinterfragen. Es bedarf der Erweiterung im Umfang ebenso wie der Neudefinition bezüglich der inneren

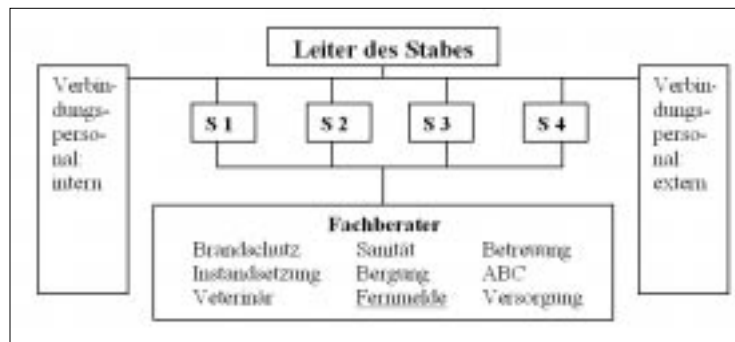
gen Stab HVB weitgehend obsolet gemacht.

Die Besetzung der Seminare für Führungsgremien auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörden unterstrich den Wandel. Statt des einsatzerfahrenen Zugführers des Sanitätszuges, der, nachdem er in dieser Funktion von einem Jüngeren abgelöst worden war, in den Stab aufrückte, kamen

heute sind nicht mehr in Deckung zu bringen. Vor allem sind – und dies nicht erst seit dem 11. September des letzten Jahres – neben den herkömmlichen Katastrophen außergewöhnliche Schadensereignisse und Krisen (MKS, BSE, Anthrax-Anschläge) die Probleme, die bewältigt werden müssen.

Neue Vorschrift – neue Folgen

Die Feuerwehr-Dienstvorschrift 100 „Führung und Leitung im Einsatz – Führungssystem“ berücksichtigt diese Entwicklung. Sie wurde in Erkenntnis der weiterhin bestehenden Notwendigkeit einer einheitlichen Basis nach dem Wegfall der Katastrophenschutz-Dienstvorschrift 100 „Führung und Einsatz“ geschaffen und wird inzwischen auch als organisationsunabhängige Dienstvorschrift von der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz publiziert. Im Punkt 3.2.4.3 finden wir „Bei weiträumigen und länger andauernden Großschadensereignissen oder in Katastrophenfällen wird die unmittelbare Leitung durch die politisch-gesamtverantwortliche Instanz nötig.“ Ferner wird in der Aufbauorganisation weiter



Stab HVB alter Art (in Anlehnung an die Kats-Dienstvorschrift 100).

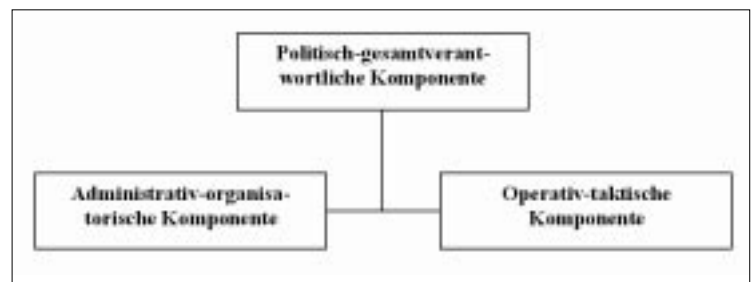
Strukturen. Dazu ist es horizontal wie vertikal zu einem funktionsfähigen komplexen Hilfeleistungssystem zu verzahnen. So umfassend verstanden findet dann die Bezeichnung zivile Sicherheitsvorsorge ihre Berechtigung.

Neue Aufgaben – neue Organisation

Für die AKNZ stellte sich angesichts dieser Überlegungen u.a. die Frage, welche Konsequenzen sich für die Aufbau- und die Ablauforganisation im Führungssystem ergeben. Bereits seit Anfang der 90er Jahre hatten sich die Ausbildungsinhalte für die schadensnahe bzw. die rückwärtige Ebene schrittweise weiterentwickelt von den nach den Bränden in der Lüneburger Heide konzipierten Modellen.

Nahezu flächendeckend sind seitdem Leitstellen entstanden. Und sie wachsen kontinuierlich mit der fortschreitenden Entwicklung der modernen Kommunikationstechnik mit. Gemeinsam mit den potenteren wie auch kompetenteren mobilen Einsatzleitungen haben sie den bisher-

der Leitende Notarzt oder ein Vertreter des Gesundheitsamtes. Statt des ehemaligen Zugführers Bergungsdienst nahm ein Mitarbeiter des Bauamtes im Stab Platz. Auch wenn das Gremium sich unverändert für die Bewältigung von Großschadenslagen, die unverändert im allgemeinen Sprachgebrauch Katastrophe heißen, verstand, stellte sich doch die Frage, nach welchen Kriterien



Grundstruktur der Führungsorganisation gemäß FwDV 100.

(Grafiken: Franke)

die Besetzung der Plätze S 1 bis S 4 erfolgen sollte. Wer also sollte aus diesem Personenkreis im Sinne der Aufgabe für Personal, Lage, Einsatz und Versorgung verantwortlich zeichnen? Das Verständnis vom Stab HVB aus den 70er Jahren und die Realität von

differenziert in zwei nebeneinander stehende Komponenten.

Die FwDV 100 betont, dass die administrativ-organisatorische Komponente eine nach Landesrecht festgelegte Verwaltungseinheit ist. In ihr arbeiten demnach alle zur Bewältigung der vorliegenden Schadenlage

benötigten beziehungsweise zuständigen Ämter der eigenen Verwaltung, anderer Behörden und Personen mit. Aufgabe dieser Komponente ist es, unter den zeitkritischen Bedingungen eines Einsatzes umfassende Entscheidungen schnell, ausgewogen und unter Beach-



tung aller notwendigen Gesichtspunkte, insbesondere der geltenden Rechtsvorschriften zu treffen. Ganz eindeutig handelt es sich dabei ausschließlich um verwaltungsspezifische Aufgaben, für die aufgrund rechtlicher Vorgaben, finanzieller oder politischer Bedingungen die operativ-taktische Einsatzkomponente nicht zuständig sein kann.

Während die FwDV 100 ihren Blick auf Einsätze zur Schadensbewältigung spezifiziert, versucht die AKNZ, den erweiterten Sicherheitsbegriff zu integrieren. Die allgemeinen wie die Fachverwaltungen erfüllen heute ihre originären Aufgaben. Sie haben sich darüber hinaus auf außergewöhnliche Situationen vorzubereiten, die sie mit den Strukturen und Mitteln einer Verwaltung zu bewältigen haben. Niemand kann erwarten, dass sich eine administrative Einrichtung durch Umlegen eines Hebels in ein operativ-taktisches Organ transformieren lässt und dabei zudem das operativ-taktische Handeln besser beherrscht als die ansonsten diese Aufgabe erledigenden Stellen, also z.B. die TEL.

Taktische Zeichen und Nachrichtenvordrucke sind nicht das alltägliche Handwerkszeug eines Verwaltungsmitarbeiters, ebenso wenig das einer Verwaltungsmitarbeit-

erin. Üblicherweise operieren beide mit Richtlinien, Verwaltungsvorschriften und Ausführungshinweisen. Ihr Handeln wird, abhängig von ihrer Position in der Hierarchie, neben diesen rechtlichen Vorgaben auch solche von allgemeiner oder kommunaler politischer Natur berücksichtigen müssen. Zudem wäre es sinnvoll und ökonomisch, besondere Aufbauorganisationen, die zur Beschleunigung des Handelns in Ausnahmesituationen erforderlich sind, möglichst multifunktional zu nutzen.

Daher zielen die neuen Seminare der AKNZ auch, aber eben nicht nur, auf Schadensereignisse katastrophentypischen Ausmaßes ab. Sie haben eher Szenarien im Blick, die aus terroristischen Bedrohungen, aus der Gefahr zum Beispiel touristisch importierter Infektionskrankheiten oder aus einem Kollaps infrastruktureller Einrichtungen resultieren können. In all diesen Situationen ist federführend die zuständige Ordnungsinstanz

Ein solches Querschnittsgremium stellt keine revolutionäre Neuerung dar. Letztendlich finden sich diese Gedanken schon in diversen Aufsätzen unter den Stichworten SAE (Stab für außergewöhnliche Ereignisse), SBE (Stab für besondere Ereignisse) oder auch Stab Besondere Lagen. Wesentlich ist die gedankliche Befreiung von der Katastrophenschranke.

Neuer Stab – neues Personal

Betrachtet man die Anforderungen, die an diesen Krisenstab gestellt werden, dann lassen sich für verschiedene Situationen gleiche Paradigmen finden:

- Dieses Gremium wird nicht permanent tagen müssen. Seine Aufgabe, über Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung beraten zu müssen, impliziert, dass der Entscheidung meist längere Umsetzungsphasen folgen.
- Das Gremium muss kurzfristig arbeitsfähig sein. Das



Wagenburg einer örtlichen Einsatzleitung, rückwärtig unterstützt durch die Leitstelle.
(Foto: Franke)

gefordert. Sie muss, genau in dem Sinne, wie es die oben zitierte FwDV 100 fordert, das Handeln aller Beteiligten koordinieren, administrativ-organisatorisch tätig werden und ggf. auch politisch bestimmte Grundsatzentscheidungen treffen.

bedingt, dass organisatorische Voraussetzungen zur Informationsaufnahme, zu ihrer Beratung und zur Entscheidungsübermittlung jederzeit gegeben sein müssen.

- Die Ergebnisse sind stets von besonderer Bedeutung.

Aus- und Weiterbildung

Sie erfordern daher zur Nachvollziehbarkeit, aber auch zur rechtlichen Absicherung eine ausführliche Dokumentation.

- Da die politische Verantwortung letztendlich unteilbar

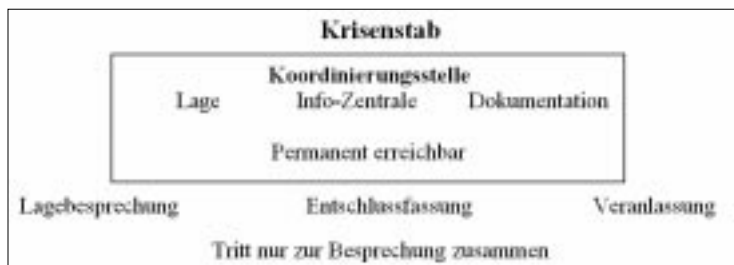
volviert, jedoch ist die Wahrscheinlichkeit so groß, dass sie zum Kern gehören sollten. Ebenso stehen auf der Liste der regelmäßigen Mitglieder die Leiter bzw. entscheidungsbefugten Vertreter seitens der

abhängigkeit von der operativen Ebene zu gewährleisten. Hingegen erscheint es durchaus machbar, die Aufgabe dem Sachgebiet Bevölkerungsschutz/Katastrophenschutz zuzuordnen, dessen Mitarbeiter aufgrund von Erfahrung und Ausbildung hierfür prädestiniert sein sollten.

Damit ergibt sich ein Bild, wie wir es auf der Bundesebene bereits kennen. Die Interministerielle Bund-Länder-Koordinierungsgruppe verfügt über eine, in diesem Falle sogar hauptamtlich besetzte Koordinierungsstelle als Geschäftsstelle, die beim Bundesverwaltungsamt -Zentralstelle für Zivilschutz- angesiedelt ist.

Neues Ziel

Die AKNZ setzt mit diesem neuen Seminar ein Zeichen. Der Anspruch des Bürgers auf



ist, muss der Leiter der Behörde (Oberbürgermeister, Landrat, Regierungspräsident) die wesentlichen Entscheidungen selbst treffen.

- Die Umsetzung der Entscheidungen erfolgt über die verschiedenen beteiligten Ämter, Dienststellen und Einrichtungen. Der Krisenstab ist für die Rechtmäßigkeit der Entscheidung, die umsetzende Stelle für deren Durchführung verantwortlich.
- Die Mitglieder des Krisenstabes benötigen keine Kenntnisse des operativ-taktischen Bereichs. Soweit in Ausnahmefällen solche jedoch zur Beurteilung der Möglichkeiten erforderlich sind, greift man wie in allen anderen Fällen auf das Instrument der Beratung zurück.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich verschiedene Konsequenzen.

Die erste führt zu einer Liste permanenter bzw. situativer Mitglieder des Krisenstabes. Die Leitung kann nur liegen in den Händen des Landrats/Oberbürgermeisters oder seines Vertreters. Ereignis unabhängig sind die Bereiche Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Gesundheitsverwaltung, Soziales, Umwelt, Brandschutz/Katastrophenschutz und Polizei zu beteiligen. Zwar sind sie nicht in jedem Fall in-

Bereiche Straßenverkehr, ÖPNV, Energieversorgung und Telekommunikation, wobei es sich zumindest teilweise um externe Stellen handelt. Nicht vergessen werden darf als unabdingbar festes Mitglied das Aufgabenfeld Presse/Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung.

Als zweite Konsequenz dieser Überlegungen ergibt sich die Erfordernis, dem Krisenstab eine Koordinierungsstelle zuzuordnen. Jede Administration verfügt über vier Bereiche mit ordnungsbehördlichen Kompetenzen. Dies sind die Gesundheitsverwaltung, die Veterinärverwaltung, der Bereich Brandschutz/Katastrophenschutz und schließlich das Ordnungsamt im eigentlichen Sinne. Üblicherweise wachsen Problemfälle lange beim zuständigen Aufgabenträger heran, bevor sie nach oben oder in die Breite weitergereicht werden. Es ist daher Aufgabe der Koordinierungsstelle, permanent erreichbar zu sein, Informationen aus diesen Bereichen zu sammeln, der Hausleitung frühzeitig Hinweise auf Kumulierungen zu geben und auch für Querinformationen zu sorgen. Dazu hat sie die Arbeitsbereitschaft des Krisenstabes zu sichern und bei einer Alarmierung die Dokumentation auch in den Zeiten zu übernehmen, in denen der Stab nicht tagt. Sinnvoll erscheint es, diese Koordinierungsstelle nicht mit der Leitstelle zu koppeln, um die Un-



eine alle Lebensbereiche umfassende zivile Sicherheitsvorsorge wird nicht nur akzeptiert, vielmehr fließt er ein in ein Gesamtkonzept aller Verwaltungen und Verwaltungsebenen auf der Grundlage eines erweiterten Sicherheitsbegriffs, ohne dass deren Organisationshoheit beschnitten wird. Soweit sich operativ-taktische Maßnahmen anschließen, ergänzt die FwDV 100 dieses Konzept.

Der Beitrag wird mit einer Vorstellung der neuen Seminare für Krisenstäbe fortgesetzt.

Störfall im Kernkraftwerk

Neue Befehlsstelle im Kreis Emsland in Betrieb

von Dieter Franke, ZfZ-AKNZ

„Im Kernkraftwerk Emsland (KKE) bei Lingen ist es am Mittwoch gegen 15:30 Uhr zu einer Störung im Reaktorbereich gekommen. In der Folge wurde eine Druckerhöhung innerhalb des Reaktorsicherheitsbehälters verzeichnet. Zwar wird derzeit eine Abgabe von Radioaktivität an die Umwelt von den Experten für die nächsten 96 Stunden ausgeschlossen, längerfristige Prognosen sind jedoch noch nicht möglich.“

So nüchtern klang die Ausgangslage zu einer Übung in

on der notwendigen Maßnahmen erforderte.

Die Vorlaufphase

Der Übungsverlauf lässt sich kurz skizzieren. Unmittelbar nach Eintritt des Störfalles setzte der Betreiber die vorgeschriebenen Meldungen u.a. an das Niedersächsische Umweltministerium, die Polizeiinspektion und die Kreisverwaltung ab. Hier entschied der Landrat nach Rücksprache mit seinem Ordnungsamt, den Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) einzuberufen.

sicherstellt und jederzeit zum vom Landesgesetz vorgeschriebenen Stab der KatS-Behörde aufwachen kann. Um eventuelle Nachfragen zu den eintreffenden Daten des Kraftwerks direkt beantwortet zu bekommen, ist festgelegt, dass ein fachkundiger Vertreter des Betreibers zum SAE hinzutritt.

Der Landkreis Emsland, flächenmäßig mit über 2.880 km² immerhin der zweitgrößte Kreis in der Bundesrepublik Deutschland, informierte u.a. sowohl die Bezirksregierung und das Niedersächsische Innenministerium über seine Maßnahmen als auch die ggf.

Erwarteter zeitlicher Ablauf

Nach Einspielung 1

Einspielzeit	Maßnahme	Entscheidungszeitpunkt	Ist	Auftragserteilung im Stab	Informationszeitpunkt	Ist	Maßnahmenende
08:30	Unterrichtung Ereignis (Nachbarn, Behörden)	08:40			08:45	8:44	08:55
08:30	Katastrophenalarm	09:00		09:01		8:57	16:30
08:30	Information Katastrophenalarm	09:05			09:10		09:25
08:30	Feststellung des Katastrophenfalles	09:05			09:10	8:52	16:30
08:30	Information Feststellung Katastrophenfall	09:10			09:15	8:52	09:30
X 08:30	Unterrichtung der Bevölkerung	09:10			09:15		09:30
X 08:30	Vorl. Festlegung des betroffenen Gebietes	09:10		09:15			09:20
X 08:30	Information über betroffenes Gebiet	09:20			09:25		09:40
X 08:30	Evakuierung der Zentralzone	09:15		09:20		9:21	12:05
X 08:30	Schutz evakuierter Gebiete	09:20		09:25			16:30
X 08:30	Sperrung der Zentralzone	09:20		09:25			10:15
X 08:30	Verkehrslenkung	09:25		09:30			10:15
X 08:30	Information über Evakuierung	09:30			09:40	9:31	09:50
X 08:30	Ausgabe Iod Tabletten (Info Bereitstellung)	09:35		09:40			12:15
08:30	Empfehlung Ausgabe Iod Tabletten	09:35			09:45		09:50
08:30	Einsatz der Messdienste	09:40		09:45			09:50
08:30	Einsatz der Messdienste der Nachbarn	09:40			09:45		09:50

Verlaufsplan mit ersten Kontrollzeiten.

der Kreisverwaltung Meppen. Dahinter jedoch verbarg sich ein umfangreiches Szenarium, das von allen Beteiligten intensive Beratung und Koordinati-

Dabei handelt es sich um einen Rumpfstab, der für den Bedarfsfall die sofortige Reaktionsfähigkeit der zuständigen Katastrophenschutzbehörde

betroffenen benachbarten Kreise in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Nicht vergessen wurde auch die niederländische Regio Twente.

Aus- und Weiterbildung

Mit Spannung wurden über die nächsten Tage die innerhalb des Kraftwerks eingeleiteten Maßnahmen verfolgt. Allerdings zeigten sich keine gravierenden Änderungen der Messwerte. So sah man sich am Donnerstag veranlasst, die Bevölkerung ausführlich über die Situation zu informieren und Verhaltenshinweise zu geben. Inzwischen hatten Experten des TÜV und des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (NLÖ) den SAE verstärkt. Auch die Mess- und Auswertzentrale war arbeitsbereit. Hier war u.a. Verbindungspersonal des Deutschen Wetterdienstes vertreten. Im Laufe des Freitags wurden der SAE schließlich zum KatS-Stab hochgefahren, Alarmbereitschaft für die Hilfs- und Messdienste angeordnet, Vorbereitungen für Verkehrslenkungsmaßnahmen getroffen und Informationstelefone geschaltet und besetzt.

Die heiße Phase

Als schließlich stark bewölkt und zeitweise mit

dioaktiven Wasserdampf den Druck im Reaktorbereich so weit abzusenken, dass die erforderlichen Reparaturarbeiten durchführbar würden. Mit dieser Ankündigung begann gegen 08:00 Uhr die heiße Phase der Übung, die sich über acht Stunden erstrecken sollte.

Hierzu versammelten sich in den neu eingerichteten Führungsräumen des Landkreises rund 40 Personen für die erste Schicht. Eines der Übungsziele war die Übergabe der Arbeit an die zweite Schicht, die in gleicher Anzahl um die Mittagszeit ihren Dienst aufnahm. Wer Stabsarbeit auf der Ebene der unteren Katastrophenschutzbehörde kennt, wird angesichts der Zahl 40 wahrscheinlich erst einmal stutzen. Zu berücksichtigen sind hier allerdings die umfangreichen Planungen und umzusetzenden Maßnahmen, die das Beratungs- und Steuerungsinstrument „Stab“ mit dem Landrat als Leiter an der Spitze zu koordinieren hat. Neben den klassischen Stabsfunktionen nebst jeweiligem Unterstützungspersonal zähl-

deren Ämtern des eigenen Hauses. Evakuierung fordert zum Beispiel auch Eingriffe in die Ver- und Entsorgung, im landwirtschaftlichen Bereich und insbesondere auch im Schienen- und Straßenverkehr. Zu einigen dieser Aufgabenfelder genügt der gesicherte telefonische Kontakt, zu anderen ist die Koordination durch den Austausch von Mitarbeitern zu gewährleisten, eine Erfahrung, die so auch während des Oder-Hochwassers gemacht wurde.

Während in der Messzentrale aktuelle Wetterdaten ausgewertet wurden, um Prognosen für die Ausbreitung der zu erwartenden Wolke kontaminierter Dampfes zu erarbeiten, wurden bei den Mitarbeitern aus dem Bereich Verkehr in einem benachbarten Besprechungszimmer die notwendigen Sperrungen und Umleitungen festgelegt. Die Einstellung des Schienenverkehrs erfordert für die laufenden Verbindungen entweder die Verlagerung auf andere Streckenabschnitte oder einen Ersatzverkehr. Darüber wurde gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG bzw. dem Betreiber des ÖPNV entschieden. Im Straßenverkehr sind eventuelle Pendler zu berücksichtigen, die zurückkehren, um dann gemeinsam mit ihrer Familie der Evakuierungsaufforderung zu folgen. Ein weiterer Besprechungsraum dient der individuellen Beantwortung von telefonischen Anfragen. Um dies gewährleisten zu können, sind in jeder Schicht u.a. auch Mitarbeiter aus der Gesundheits- und der Veterinärverwaltung anwesend. Schließlich muss der teils landwirtschaftlich geprägten Struktur des Kreises Rechnung getragen werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit

Eng angebunden ist das Bürgertelefon an den S5-Bereich des Katastrophenschutzstabes. Hier befindet sich das Informationsnadelöhr sowohl für die Medien als auch für die Bürger des Emslandkreises so-



Niederländische Kontaktgruppe.

Sprühregen der Samstag lageangepasst Tag wurde, sahen es die Experten des KKE, des niedersächsischen Umweltministeriums sowie des NLÖ als unausweichlich an, über eine kontrollierte Abgabe von ra-

ten Vertreter der Polizei, der Bundeswehr, der verschiedenen Hilfsorganisationen ebenso zum Team wie auch Berater des Kraftwerksbetreibers, des Wetterdienstes, von Bezirks- und Landesebene und aus an-

wie der benachbarten Regionen. Bis zum Mittag gehen mehr als ein Dutzend Verlautbarungen in den Verteiler. Bis zu 30 Empfänger sind ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Presseagenturen ebenso wie um Fernseh-, Rundfunk- und lokale Zeitschriftenredaktionen. Ferner werden die benachbarten Landkreise in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden sowie die am Einsatz beteiligten Organisationen parallel über den aktuellen Stand auf dem Laufenden gehalten.

Bereits rund 40 Minuten nach der ungünstigen Information aus dem Kraftwerk lagen die vermutlich betroffenen Bereiche fest und der Landrat informierte über seine Pressestelle des KatS-Stabes die Bevölkerung über die Abholung und die Einnahme der Jodtabletten. Gleichzeitig wurden diese Hinweise auf den angekündigten Videotextseiten des Dritten Fernsehprogramms eingeblendet.

Nahezu parallel erfolgte die Aufforderung zur Vorbereitung der Evakuierung. Nach der Festlegung der Sektoren wurden in enger Anlehnung an den Katastrophenschutzplan die Einzelpunkte abgearbeitet. Noch einmal ergehen neben den spezifischen Hinweisen auch spezielle Verhaltensanweisungen. Erinnert wurde an wichtige mitzunehmende Dokumente, an die persönlich benötigten Medikamente und ähnliches. Direkt über die zuständigen Ämter der Behörden wurden die Schulen und Einrichtungen der Kinderbetreuung angesprochen.

Bei dem angenommenen Ereignis muss angesichts einer Vorwarnzeit von circa drei Tagen natürlich auch mit einem beachtlichen Aufkommen von Reportern und Übertragungseinrichtungen aus vielen Staaten gerechnet werden. Auch sie sind bei der Medienarbeit berücksichtigt worden und konnten auf speziellen Pressekonferenzen an der Arbeit der Katastrophenschutzbehörde teilhaben.

Das Gästeprogramm

Da es sich glücklicherweise nur um eine Übung handelte, waren in Meppen zahlreiche Gäste vertreten, um sich über die Abläufe zu informieren. Ihnen wurde in kurzen Referaten seitens der Bezirksregierung Weser-Ems, des Landkreises, des Kernkraftwerks und des niederländischen Ministeriums für Wohnungswesen, Raum-

den beiden Staaten die Größen der zu beplanenden Gebiete voneinander ab. Im Gegensatz zu Deutschland sind die Radien der einzelnen Zonen abhängig von der Leistung des Reaktors. Ebenso gibt es Unterschiede bei den Eingreifrichtwerten.

Da man sich nicht auf einen Datenaustausch per Telefon oder Fax verlassen will, steht dem Stab im Emsland eine



Blick in den Sachbearbeiterbereich.

ordnung und Umwelt die jeweilige Beurteilung der Lage und der Zusammenarbeit dargestellt. So betonte der Vertreter der Bezirksregierung den Referenzcharakter des Führungszentrums für den Katastrophenschutz im Lande. Rudi Winkler, in Meppen zuständiger Abteilungsleiter, schilderte die Abläufe in den neuen Räumlichkeiten, die mit Beratung durch die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz geplant und ausgestattet wurden.

Schließlich erläuterte Wim Molhoek aus den Niederlanden die Sicht seiner Behörde. Die Niederländisch-Deutsche Kommission für grenznahe kerntechnische Anlagen tagt regelmäßig und versucht, die Differenzen in den jeweiligen Planungen möglichst gering zu halten. Allerdings wird dies durch unterschiedliche Vorgehen erschwert. So weichen in

Kontaktgruppe der Niederlande unmittelbar zur Seite. Diese ist satellitengestützt mit dem Heimatland verbunden. Für den Austausch grafischer Daten ist die Eindeutigkeit der Symbole Voraussetzung. Molhoek nannte als Beispiel den unterschiedlichen Gebrauch des Buchstabens „H“ als Kennzeichnung einerseits für eine Haltestelle, andererseits für ein Hospital. Bevor solche Differenzen beseitigt werden können, müssen sie erst einmal auffallen. Daher misst man seitens der niederländischen Kollegen den Übungen große Bedeutung bei.

Ferner sagte Molhoek: „Eine lokale Übung in der Regio Twente kommt für uns erst in Betracht, wenn eine internationale Harmonisierung seitens der EU erreicht ist!“ Man wolle keine Verfahren einüben, die dann möglichst wieder geändert werden müssen.

Das neue Führungszentrum

Die Katastrophenschutzübung diente auch zur Erprobung des neuen Führungs- und Lagezentrums des Landkreises Emsland. Im Bewusstsein für ihre Verantwortung im Katastrophenschutz hatte die Kreisverwaltung im Sommer 2000 einen Anbau an das Verwaltungsgebäude beschlossen, der u.a. auch die Räumlichkeiten für ein modernes Krisenmanagement mit umfassen sollte. Bei der Einweihung eine Woche vor der Übung betonte der Niedersächsische Innenminister Heiner Bartling die Notwendigkeit, sich auch auf Undenkbares vorzubereiten. „Der Katastrophenschutz hat heute ein erhebliches Gewicht in der Diskussion über unser Gefahrenabwehrsystem erlangt“, stellte Bartling fest. So stelle das Kraftwerk Emsland eine besondere Verantwortung dar. Die Auslegung gegen den Absturz einer Passagiermaschine sei zurzeit noch unklar. Daher komme der neuen Einrichtung im Kreishaus Meppen eine hohe Bedeutung zu. Im Weiteren wurde der Modellcharakter der Räumlichkeiten für Niedersachsen hervorgehoben.

Die Leitstelle für Brandschutz und Rettungsdienst des Landkreises Emsland war Ausgangspunkt für die Planungen. Sie befindet sich in der ersten Etage der Verwaltung, unmittelbar neben den zum Brand- und Katastrophenschutzamt gehörenden Büros. Der Anbau wurde daher so angelegt, dass das Führungs- und Lagezentrum in Verlängerung der Leitstelle eingerichtet werden konnte. Gleichzeitig wurde im Verbindungsbereich ein weiterer Abfrageplatz eingerichtet, der entweder als Verstärkungsplatz bei außergewöhnlichen Lagen zur Verfügung steht, oder als separater Fernmeldplatz mit Nachweisung für den Stab agieren kann. Das Herzstück, das eigentliche Zentrum, verfügt über einen um circa 30 Zentimeter abgesenkten Führungsraum und einen

durch eine im Wesentlichen verglaste Wand abgetrennten Sachbearbeiterbereich. Ausgestattet sind die Arbeitsplätze mit moderner Kommunikationstechnik, die den unmittelbaren Zugriff auf die DV-Technik der Verwaltung erlaubt. Modern auch präsentiert sich

kehrslenkenden Maßnahmen. Schließlich dient das dritte Besprechungszimmer zur Realisierung des Bürgertelefons. Es ist groß genug, um allen ggf. erforderlichen Fachleuten Arbeitsplätze zu geben. Nicht vergessen werden darf in der Aufzählung die Messzentrale,

Arbeitsgruppe Verkehrsplanung.

(Fotos: Franke)



die Übersichtswand, die mit dem Begriff Lagekarte nur unzureichend beschrieben wäre. Sie ist Einsatzübersicht, Maßnahmindarstellung und Planung in einem. So können zum Beispiel die Prognosen der Messzentrale via Datenprojektor unmittelbar in den Führungsraum visualisiert werden. Trotz aller Technik wird im Stab konsequent mit dem von der AKNZ her bekannten 4-fach-Vordruck gearbeitet. Winkler betonte bei seiner Vorstellung der Räumlichkeiten die unbedingte Notwendigkeit einer Dokumentation der Entscheidungen und der Maßnahmen. Neben der Sicherheit, dass das Beschlossene auch umgesetzt wird, kommt die durch den Nachrichtenvordruck zu erzielende Gerichtsfestigkeit hinzu.

Drei Besprechungsräume schließen sich unmittelbar an. In allen können auf einem Monitor und über regelbare Lautsprecher die Geschehnisse des Stabes verfolgt werden. Ein Raum steht für Verbindungspersonal zum Beispiel aus anderen Landkreisen oder anderen Behörden zur Verfügung. Ein weiterer Raum bietet Platz für separate Planungen, so wie bei dieser Übung für die ver-

die über fest installierte Technik für die hier Tätigen verfügt.

Doppelter Nutzen

Die Beschreibung macht deutlich, dass die Planer konsequent den Doppelnutzen der Räumlichkeiten im Auge hatten. Die Nebenräume nehmen im Alltagsgeschäft der Verwaltung kleinere Besprechungen und Konferenzen auf. Die Darstellungstechnik trägt das ihrige dazu bei, um diese effektiv durchführen zu können. Der große Stabsraum schließlich wird als PC-Schulungsraum schon rege genutzt.

Man kann dem Landkreis Emsland zu dieser Einrichtung nur gratulieren, wie es auch der Innenminister des Landes schon getan hat. Wenn es im Jahre 2000 vielleicht etwas überzogen schien, zwei Millionen Euro in einen Erweiterungsbau zu investieren, der in hohem Maße dem Katastrophenschutz dient, so kann man doch jetzt mit den Worten Bartlings bestätigen, dass das Führungs- und Lagezentrum in Meppen „sich an der neuen Bedrohungslage ausrichten“.

Sturmtief „Anita“ in Berlin

Sieben Menschen starben bei Unwetter

Von Irene Kölbl, Berlin

Quer durch Deutschland wütete ein schweres Unwetter. Der Orkan zeitigte in Berlin und Brandenburg seine schlimmsten Auswirkungen und kostete sieben Menschen das Leben. In einem Zeltlager der Berliner Feuerwehr auf der Halbinsel Schwanenwerder erlitten zwei Jugendfeuerwehrleute tödliche Verletzungen.

Freundschaftliche Begegnung

Im Rahmen der „Feuerwehrbrücke Berlin-New York“ veranstaltete die Berliner Feuerwehr ein Zeltlager der Jugendfeuerwehr, der THW-Jugend und des Jugend-Rotkreuz. Neun Jugendgruppen aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen campierten auf Schwanenwerder. Insgesamt 107 Jugendliche erfreuten sich gemeinsam mit ihren Betreuern an gemeinsamen Aktivitäten. Einer der Höhepunkte war das Städte-Turnier, das am Mittwoch, 10. Juli 2002, zu Ehren der amerikanischen Gäste stattfand.

Tragische Ereignisse

Im Laufe des besagten Tages hatte der Deutsche Wetterdienst (DWD) verschiedene Meldungen über eine zu erwartende Schlechtwetterfront herausgegeben. Am Nachmittag kam eine Unwetterwarnung für starke Gewitter, zum Teil mit Starkregen und Sturmböen der Windstärke 10.

Vorsorglich wurde die Zeltstadt gesichert. Am frühen Abend wertete die Berliner Feuerwehr aufgrund der Ankündigungen das Wetterbild

über das Internet aus. Das herankommende Sommergewitter machte keine Evakuierung des Camps erforderlich, die Amerikaner waren bereits aufgebrochen. Ab 20 Uhr zeigte die Wolkenbildung ein stärkeres Unwetter an. Landesbranddirektor (LBD) Albrecht Broemme ordnete die Räumung des

Berliner Bezirk Treptow-Köpenick kam jede Hilfe zu spät. LBD Broemme, der via Handy über die Geschehnisse informiert war, kehrte nach Schwanenwerder zurück und übernahm die Einsatzleitung.

Zwölf Jugendliche und zwei Betreuer erlitten leichte bis mittelschwere Verletzungen.



Ein Bild der Verwüstung: das Zeltlager Schwanenwerder.

unteren Zeltlagerbereiches an, bevor er sich verabschiedete. Unter Aufsicht der Betreuer machten sich die Jugendlichen auf den Weg zur geschützten Inselstraße.

Der Orkan tobte auf Schwanenwerder plötzlich mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 150 km/h. Acht große, alte Bäume, deren Stammdurchmesser etwa je einen Meter betrug, stürzten um. Äste prasselten herab, der starke Regen unterhöhlte den Boden. Die Mehrzahl der Jungen und Mädchen hatte den Aufstieg zur Straße erreicht. Zwei Jugendliche, die sich noch im Uferbereich befanden, wurden von Baumteilen getroffen. Bei dem 15-Jährigen aus Frankfurt/Main führte ein Notarzt Wiederbelebungsmaßnahmen durch, die er nach einiger Zeit ohne Erfolg beenden musste. Für den 14-Jährigen aus dem

Zwei vor Ort befindliche Rettungswagenbesatzungen – ein umstürzender Baum hatte den RTW vollständig zertrümmert – versorgten die Verletzten. Riesige Bäume, die die einzige Zufahrtsstraße zur Insel blockierten, erschwerten sämtliche Rettungsmaßnahmen. Die Annäherung mit Fahrzeugen war nahezu unmöglich. Die etwa 80 Einsatzkräfte der Feuerwehr, des THW und der Hilfsorganisationen mussten Bergungs- und Beleuchtungsgerätschaften über lange Wegstrecken zu Fuß zur Unglücksstelle tragen. Boote der DLRG, der DRK-Wasserwacht und der Wasserschutzpolizei brachten vier Verletzte zur Feuerwache Wannsee. Von dort transportierten Rettungswagen die Patienten in umliegende Krankenhäuser.

Die Jugendlichen fanden zunächst im Aspen-Institut

Unterkunft, das gegenüber dem Zeltplatz gelegen ist. Anwohner hatten Decken und warme Getränke angeboten. Um die unter Schock stehenden jungen Menschen kümmerten sich Notfallseelsorger, psychologisch geschultes Personal der Feuerwehr und Polizei sowie Jugendpsychologen des Bezirksamtes. Der Verwaltungsleiter einer Kaufhausfiliale lieferte Trainingsanzüge. Nachdem die Straße geräumt war, konnten die übrigen Verletzten auf dem Landwege Krankenhäusern zugeführt werden. Die Jugendlichen verbrachten die Nacht in der Jugendherberge auf Schwanenwerder, bevor sie in ihre Heimorte zurückfuhren.

Großeinsatzstelle Berlin

Um 20:15 Uhr hatte die Berliner Feuerwehr den Ausnahmezustand ausgerufen. Nach

weder zu befestigen oder abzunehmen. In den Bezirken Pankow und Reinickendorf forderte der Sturm zwei weitere Todesopfer.

Bis zum 14. Juli, 16.42 Uhr, dem Ende des Ausnahmezustandes, hatte die Berliner Feuerwehr 3.522 wetterbedingte Einsätze zu bearbeiten.

Aus meteorologischer Sicht

Der Weg, auf dem sich die Gewitterfront der Stadt genähert hat, ist nachvollziehbar. In Wolkenformationen, die bis zu zwölf Kilometer hoch waren, traten Turbulenzen auf. Diese bewegten sich mit Geschwindigkeiten von 100 km/h und mehr. Durch aufsteigende warme Luft entwickelte sich ein „Schornstein-Effekt“: Als das Gasgemisch die Höhe erreicht hatte, kühlte es sich ab, verdichtete sich und raste außen an dem Schornstein

strömungen kanalisiert. In den langen Straßenschluchten nahm die „Kraft“ des Windes um ein Vielfaches zu. Örtliche Wirbel, die Gebäude und Kreuzungen verursachten, verstärkten seine destruktive Wirkung.

Ein Orkan, der selbst erfahrene Meteorologen überrascht hatte. Statt eines eher sanften Anlaufes tobte das Unwetter aus dem Stand. Die Schäden entsprechen teilweise sogar Zerstörungen, die in der Regel die in unseren Breiten eher unbekannteren Tornados anrichten.

Konsequenzen

Aufgrund der Vorhersagen hatte LBD Broemme die Auswirkungen des Sturms als nicht absehbar bezeichnet. Jörg Kachelmann, Meteomedia, erbrachte jedoch in einem Gespräch den Nachweis, dass er kurzfristiger Informationen übermitteln kann. Die Berliner Feuerwehr einigte sich mit dem privaten Wetterdienst auf eine Zusammenarbeit im laufenden Jahr. Gemeinsames Ziel ist ein mehrstufiges Wetterinformations- und Warnsystem nach dem Beispiel der USA, in das die Bevölkerung einzubinden ist. Nach einer Pilotphase mit Entwicklung der für die Feuerwehr erforderlichen Wetterdaten (Juli bis August 2002) liefert Meteomedia bis zum Jahresende die Auskünfte gezielt rund um die Uhr. Anschließend wird diese Implementierungsphase ausgewertet, die auch einen Vergleich mit den Informationen des DWD vorsieht. Abhängig vom Ergebnis kann im Januar 2003 der kostenpflichtige Regelbetrieb anlaufen.

Die bestehende Kooperation mit dem DWD erhält die Berliner Feuerwehr weiterhin aufrecht. Unter anderem ist geplant, sie an dem Radarprojekt „Konrad“ teilnehmen zu lassen. Mit diesem Radar gesteuerten Wetterdiagnose- und -prognosesystem sind vor allem Gewitterlagen zu überwachen.

Ein RTW der Berliner Feuerwehr wurde durch einen entwurzelten Baum vollständig zerstört.

(Fotos: DFV)



Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren waren insgesamt 1.200 Einsatzkräfte tätig; regulär sind 600 Feuerwehrleute im Dienst. Darüber hinaus unterstützte das THW mit ungefähr 300 Helfern und 60 Fahrzeugen. Im gesamten Stadtgebiet waren umgestürzte Bäume und abgerissene Äste zu beseitigen. Lose Bauteile waren ent-

wieder nach unten. Am Boden schoben sich regelrechte Luftwalzen voran, die auch ein Gewitter kennzeichnen.

Die in und um Berlin deutlich voneinander abweichenden Windgeschwindigkeiten, waren auf Temperaturunterschiede je nach Windrichtung zurückzuführen. Zudem wurden im Stadtgebiet die Luft-

Flugzeugabsturz am Bodensee

Erfahrungsbericht des THW-Ortsbeauftragten für Überlingen

von Markus Wuermeling, Überlingen

**Montag 01.07.2002,
23:40 Uhr.**

Ein sekundenlanges Donnern rollen in nie da gewesener Lautstärke schreckt die Anwohner am nördlichen Bodenseeufer auf. In gleißendem

und Besatzungsmitglieder der Tupolew, darunter überwiegend Kinder und Jugendliche auf dem Flug von Moskau nach Barcelona, und die beiden Piloten eines DHL-Frachtfliegers verlieren bei diesem Unglück ihr Leben.

genden THW-Ortsverbände Radolfzell, Stockach, Konstanz, Pfullendorf, Weingarten, Friedrichshafen und Biberach werden ebenso in Kenntnis gesetzt wie der THW-Geschäftsführer in Biberach. Unmittelbar darauf fordert die im Feuerwehrhaus in Überlingen im Aufbau befindliche Technische Einsatzleitung den Fachberater des THW an.

In dieser Nacht hilft das THW mit insgesamt 95 Helfern bei der Suche nach Opfern und Trümmerteilen bis zum Abbruch des Großeinsatzes durch die Technische Einsatzleitung auf Veranlassung der Polizei-Direktion Friedrichshafen gegen 06:20 Uhr am Morgen.

**Dienstag 02.07.2002,
18:20 Uhr.**

Nach Rücksprache mit dem Kreisbrandmeister stellen die Feuerwehren im Bodenseekreis dem THW vier Polyma-Lichtmastanhänger zur Verfügung. Hiermit werden in der kommenden Nacht verschiedene, von großen Einheiten der Bereitschaftspolizei bewachte und weiträumig abgesperrte Trümmergebiete ausgeleuchtet.

**Dienstag 02.07.2002,
19:50 Uhr.**

Anfrage der Polizeidirektion Friedrichshafen: Kann der Technische Zug des Ortsverbandes Überlingen den Rumpf mit den eingeklemmten Opfern öffnen sowie in dem größeren Trümmerfeld der Tu-



Ein Teil der Trümmer stürzte in eine Apfelplantage.

(Foto: Falk Schlipphak)

Licht fallen aus großer Höhe Teile vom Himmel: Beim Zusammenstoß eines Passagierflugzeuges vom Typ Tupolew und einer Boeing 757-200 werden durch herabfallende Trümmerteile wie durch ein Wunder keine Menschen in den Gemeinden Überlingen und Owingen am Bodensee verletzt oder gar getötet. Die sofort anlaufenden Rettungsmaßnahmen und die eintreffenden Nachrichten über die Herkunft und die Passagierzahlen der Flugzeuge versetzen eine ganze Region in Entsetzen: Alle Passagiere, Piloten

**Dienstag 02.07.2002,
00:05 Uhr.**

Da bislang über die Rettungsleitstelle keine Alarmierung des örtlichen Technischen Zuges im THW Ortsverband Überlingen erfolgte, nimmt der Ortsbeauftragte Markus Wuermeling selbst telefonisch Kontakt mit der Rettungsleitstelle im Landratsamt Friedrichshafen auf und bietet Hilfe bei der Ausleuchtung der Einsatzstellen sowie Suchmannschaften an. Gleichzeitig läuft die Vollalarmierung der eigenen Helfer an. Die umlie-

polew den Zugang zum Cockpit ermöglichen?

In einer ersten gemeinsamen Besprechung mit dem Zugführer Robert Johannsen und den Gruppenführern Oliver Frassmann, Heinz Beck und Alexander Schreiner, dem Zugtruppführer Thomas Schrettinger, dem Schirrmeister Sigfried Schwägler und den Kraftfahrern Michael Kuthada und Karl-Berthold Lohr zu den in dieser Dimension erstmalig an den Ortsverband Überlingen gestellten Anforderungen wird die Frage in der Unterkunft ausführlich und verantwortungsvoll erörtert. Danach findet unter Ausleuchtung der Trümmerstelle durch den Ortsverband Münsingen mit dem Helimax-Leuchtballon eine Lageerkundung vor Ort statt.

Daneben liegt der durch den Sturz aus 12.000 Metern Höhe am Boden völlig zerschellte Rumpf mit dem Cockpit und dem Bugrad der Tupolew in einer Apfelplantage.

Bereits außerhalb der Trümmer befinden sich verstümmelte Leichen und Leichenteile am Boden; für das Innere der Trümmer ist das Schlimmste zu erwarten.

Schnell wird klar, dass zur Ausführung der angefragten Aufgaben zusätzlich zu dem Gerät des Technischen Zuges ein großer 70 Tonnen Mobilkran erforderlich sein wird. Rücksprache mit dem Energieversorger wird gehalten, die Besitzer von Nachbargrundstücken werden wegen der Durchfahrt durch ihre Grundstücke informiert. Im Einvernehmen mit der Kriminalpoli-

nahmen für die Arbeiten am kommenden Tage zu treffen.

**Mittwoch 03.07.2002,
10:30 Uhr.**

Nachdem am Vormittag die weiteren Vorbereitungen für die Öffnung des Tupolew-Rumpfes getroffen, Versorgungsfahrten durchgeführt und darüber hinaus weitere mögliche Einsatzstellen für das THW besichtigt wurden, beginnt im Auftrag der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchungen (BFU) die Öffnung des Rumpfes. Stück für Stück arbeiten sich die besonders ausgewählten freiwilligen Helfer des THW durch die linke Außenhaut des zerschellten Düsenflugzeuges. In Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern Erkennungsdienst des Bundeskriminalamtes (BKA), Gerichtsmedizinern und den Mitarbeitern der BFU werden unter dem Schutz eines Löschtrupps der Freiwilligen Feuerwehr Überlingen die Trümmer mit Rettungsscheren, Trennschleifern, Hebegegeräten und dem Mobilkran zerlegt und abgetragen. Bis gegen 18:00 Uhr werden aus dem Wrack die beiden Piloten sowie 22 Opfer, meist Kinder und Jugendliche, die durch das Unglück grausam entsetzt wurden, geborgen.

Gegen 17:00 Uhr löst der Technische Zug des Ortsverbandes Stockach die Helfer aus Überlingen ab. Bis zum anderen Morgen um 04:00 Uhr dauern die Bergungsarbeiten an. Am Ende zeugt nur noch eine Schneise in der Apfelplantage von dem Unglück, alle anderen Spuren sind penibel beseitigt.

In den kommenden Tagen werden weitere Anforderungen an die Helfer des THW gestellt: Die Bergung der Triebwerke der Boeing und der Fahrwerke, die an verschiedenen Stellen im ca. 25 km² großen Einsatzgebiet zu Boden gingen, wurde ebenso bewerkstelligt wie die Vorbereitung der abgebrochenen Tragflächen für den Transport an den Flug-



Mit vereinten Kräften und schwerem Gerät: die Situation stellte große Anforderungen an die Helfer. (Foto: Thomas Schrettinger)

Wenige Meter von der Unfallstelle verläuft eine 120 KV Freileitung des Energieversorgers EnBW.

zei kann ein Kranunternehmen noch in der Nacht zum Ortstermin gerufen werden, um die erforderlichen Maß-

hafen in Friedrichshafen. Das Heck der dreistrahligen Tupolew muss in stundenlanger, mühsamer Kleinarbeit unter größten Sicherheitsvorkehrungen und wiederum unter dem Schutz eines Löschtrupps der Freiwilligen Feuerwehr Überlingen zerlegt werden. Genau so muss mit dem dazugehörigen Leitwerk verfahren werden.



Beim Zerlegen der Trümmerteile waren Gerätschaften und Know How des THW gefragt.
(Foto: Thomas Schrettinger)

Schwertransporte von bis zu 6,50 m Breite, 20 Meter Länge und weit über vier Meter Höhe werden von einem Transportunternehmen mit großen Tiefladern unter Polizeibegleitung von der Absturzstelle zum Flughafen in Friedrichshafen durchgeführt. Einmal begonnene Einsatzabschnitte werden bis in die frühen Morgenstunden zu Ende geführt.

**Samstag 06.07.2002,
07:00 Uhr.**

Eintreffen des Technischen Zuges und der Fachgruppe Räumen des Ortsverbandes Friedrichshafen in der Unterkunft des Ortsverbandes Überlingen, kurz danach Eintreffen des Technischen Zuges des Ortsverbandes Weingarten.

In einem zweitägigen Einsatz jeweils bis gegen 23:00 Uhr werden die Trümmer der Boing, die in einem abschüssigen Waldgelände im Ortsteil Taisersdorf nieder gingen, sowie eine noch mit Kerosin beladene, bis zu vier Meter in der Erde steckende Tragfläche der Tupolew geborgen und auf Tieflader bzw. in Mulden und Container geladen. Der Treib-

rungsstelle „Suchen“ bei der Polizei in Owingen für den Abtransport weiterer Fundstücke, die mit dem Helikopter geortet werden, zur Verfügung. Dieser Einsatz endet nach Rückkehr von der Abgabe der Fundstücke am Flughafen in Friedrichshafen spät in der Nacht.

Mit der Überarbeitung der Einsatztagebücher sowie der Erstellung eines Einsatzberichtes geht dieser Einsatz am Montag für die Mitglieder des Ortsverbandes Überlingen gegen 23:00 Uhr zu Ende.

Während des gesamten Einsatzes haben 158 THW-Helfer aus 13 Ortsverbänden in 4.468 Einsatzstunden bis an die Grenzen sowohl der physischen als auch der psychischen Belastbarkeit ihr Möglichstes geleistet.

8 MTW, 5 GWK I, 5 GWK II, 2 LKW MAN 6x6 GL mit Kran, 1 LKW MAN 6x6 GL Kipper, 1 LKW DB 1113 Kipper, 3 Unimog, 2 ItrKW, 1 Radlader Zettelmeier, 1 Tieflader, 1 PKW DB 230, 1 Feldkochherd sowie ein 2-Achs-Hänger 7to der verschiedenen Ortsverbände kamen zum Einsatz. Darüber hinaus haben 1 Mobilkran 70 to, 1 Mobilkran 40 to, 1 Planierdrape und 3 große Kettenbagger, 4 Tieflader mit Schwerlastzugmaschinen sowie verschiedene Absetzmuldenkipper und Abroller mit zahlreichen Mulden und 40 m³ Containern eines Privatunternehmens unsere Arbeit in unzähligen Stunden unterstützt.

Die Zusammenarbeit mit den anderen Fachdiensten in einer Gesamthelferstärke von weiteren 750 Frauen und Männern, den Mitarbeitern der BFU, des BKA sowie den über 6.000 eingesetzten Kräften der Polizei des Landes Baden-Württemberg und den weiteren zuständigen Behörden war ausgesprochen gut. Die erbrachte Leistung verdient angesichts des größten Einsatzes in der Geschichte des Bundeslandes höchste Anerkennung und Dank an alle Kräfte.

stoff wird zuvor durch die Freiwilligen Feuerwehr Überlingen abgepumpt. Zur gleichen Zeit hebt die Fachgruppe Räumen den Boden in der Apfelplantage aus und verlädt diesen in Absetzmulden.

Die Versorgung der Helfer an diesem Tag erfolgt durch den Verpflegungstrupp des Ortsverbandes Wangen.

Auf Anforderung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) Radolfzell lässt die Fachgruppe Wassergefahren des Ortsverbandes Überlingen am Sonntag deren Boot auf dem Andelshofer Weiher zur Leichensuche mit drei Spezial-Suchhunden zu Wasser.

Ebenfalls am Sonntag sowie am Montag stellt der Ortsverband Überlingen zwei Fahrer mit dem Unimog des Ortsverbandes Biberach der Füh-

Trinkwasserversorgung ist sicher

von Hans-Walter Roth, BMI

Hiervon überzeugte sich beim Besuch einer Talsperre des Aggerverbandes Ministerialdirektor Klaus Henning Rosen aus dem Bundesinnenministerium. Seit dem 11. September 2001 hat der Bundesminister des Innern in Gesprächen mit Wirtschaftsvertretern die Krisensicherheit der Versorgung der Bevölkerung in wichtigen Bereichen erörtert. Im Anschluß daran läßt sich das Ministerium vor Ort die jeweiligen Vorkehrungen für Krisenmanagement zeigen. Ein erster Termin, an dem das Vorstandsmitglied des Aggerverbandes, Herr Richter, dessen Zentralbereichleiter Technik, Lothar Scheuer, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Trinkwassertalsperren, Wolfram Such, und Dr. Ulrich Oehmichen vom Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft teilnahmen, galt der Wasserversorgung.

Bei einer Begehung der wichtigsten baulichen Teile der Talsperre, des Wasserwerkes und eines nahegelegenen Hochbehälters wurden Gefährdungsszenarien besprochen. Dabei ist insbesondere zu denken an

- Sprengung der Sperrmauer
- Unterbrechung von Hauptversorgungsleitungen
- Vergiftung oder chemische Verunreinigungen des Wassers
- Verunreinigung durch biologisch wirksame Agenzien
- Verunreinigung durch Materialien, die Kernstrahlung ausstrahlen
- Herbeiführung von Scheingefahren, z.B. durch Verfärbungen.

Eine Anzahl grundsätzlicher Maßnahmen zur Vorbeugung und Abwehr von Gefahren ist

hier wie an den anderen Anlagen im deutschen Bereich vorbereitet:

- das Personal ist auf Zuverlässigkeit überprüft,
- die Anlagen sind für Unbefugte abgesperrt,
- es gibt Zugangskontrollen,
- die Anlagen werden kontinuierlich überwacht, Bürgerinnen und Bürger – etwa Angler – sind gehalten, den Verband über Auffälligkeiten zu informieren,
- Verunreinigungen können auf Grund technischer Vorkehrungen schnell detektiert werden,
- Alarmpläne sind aufgestellt,
- Warnmöglichkeiten für die Bevölkerung sind vorgesehen
- die Zusammenarbeit mit Organisationen und Betrieben zur Behebung von Beeinträchtigungen ist geregelt.

Neben einer Überwachung durch Kameras finden Streifenfahrten von Sicherheitspersonal statt und bei Bedarf stehen die Polizei und auch der Bundesgrenzschutz zur Verfügung.

Die Betreiber wiesen darauf hin, dass bei neuen Staudämmen eine Sprengung der Talsperrenmauer physikalisch äußerst erschwert ist, weil die Art des Maueraufbaus im Falle einer Explosion zu einer Verdichtung des Materials, aber kaum zum Bruch der Mauer führt. Hinzu kommt, dass der Mauerbereich aufgrund der Überwachung kaum erreicht werden kann.

Eine Einbringung von Gift oder anderen schädlichen Mitteln scheidet aufgrund der notwendigen Mengen und des schwierigen Zugangs zu dem

überwachten Bereich ebenfalls so gut wie aus. Außerdem würden solche Verunreinigungen im Zweifel sehr rasch festgestellt, da ständig Wasser-Analysen erstellt werden. Sollte es dennoch dazu kommen, so ließen sich evtl. Wirkungen dadurch begrenzen oder ausschließen, dass Wasser aus anderen Schichten und Seegebieten bezogen werden könnte.

Schließlich würde auch eine Unterbrechung von Hauptversorgungsleitungen in der Zentrale des Wasserwerkes sofort auffallen. Dort ist nämlich ein lückenloses System zur technischen Überwachung aufgebaut. Die Zentrale ist auch rund um die Uhr besetzt.

Sollte es trotz aller Sicherungsmaßnahmen in einem einzelnen Bereich zu einer nachhaltigen Versorgungsstörung kommen, so kann der Bereich durch ein System sich ergänzender Verbundleitungen ebenfalls von anderer Stelle her versorgt werden.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass 70 % der Trinkwasserversorgung in Deutschland aus dem Grundwasser erfolgen, so dass die Talsperren nicht die Hauptstütze der Versorgungssicherheit sind.

Würde auch dieses Versorgungssystem gestört werden, so kann man in Deutschland auf ein vom Bundesinnenministerium finanziertes Notbrunnensystem zurückgreifen. Hierfür stehen 3.955 Trinkwassernotbrunnen in der gesamten Bundesrepublik sowie zusätzlich 1.426 Straßenbrunnen für Trinkwasser in Berlin zur Verfügung und überdies hat der Bund vorsorglich noch 122 Verbundleitungen beschafft.

Aus der Industrie + Aus der Industrie + Aus

Sicherheit für Atemschutzgeräteträger

Das Telemetriesystem **DrägerMan PSS Merlin** der Dräger Safety, Lübeck ermöglicht die parallele Online-Übertragung der Gerätedaten von bis zu zwölf Atemschutzgeräteträgern zu einer Überwachungstafel außerhalb des Einsatzgeschehens. Das weltweit erste Überwachungs- und Kommunikationssystem dieser Art bietet jederzeit Einblick in die aktuelle Situation der Atemschutzgeräteträger, so dass die Einsatzleitung im Notfall unverzüglich reagieren kann.



Das System basiert auf modernster Funktechnologie und besteht aus einer Datenschnittstelle, die problemlos an alle Modelle der elektronischen Signal- und Warneinheit „DrägerMan Bodyguard“ adaptiert werden kann. Die so gewonnenen Daten werden in ein spezielles, fest mit dem Pressluftatmer verbundenes Datenfunkgerät gespeist und an eine außerhalb der Gefahrenzone

stehende Überwachungstafel übertragen. Das System erlaubt die bidirektionale Datenverbindung zwischen Atemschutzgeräteträger und Überwachungstafel.

Von der Überwachungstafel kann entweder ein selektiver Evakuierungsbefehl an einen Geräteträger oder ein allgemeiner Evakuierungsbefehl an alle überwachten Atemschutzgeräteträger gegeben werden. Alle Alarmsignale und Befehle müssen von der jeweiligen Empfängerseite quittiert werden. Außerdem überträgt Merlin Angaben zu Flaschendruck, Restgebrauchszeit und

Temperatur kontinuierlich vom Geräteträger zur Überwachungstafel.

Bei Druckbeaufschlagung des Pressluftatmers wird DrägerMan Bodyguard II und damit das Funkgerät des Merlin automatisch aktiviert. Die Überwachungstafel schaltet sich bei Einstecken eines Kennungsschlüssels automatisch ein und liest die auf diesem gespeicherte Kennung des jewei-

ligen Datenfunkgerätes aus. Auf diese Weise wird eine eindeutige Verbindung zwischen Datenfunkgerät und Überwachungstafel hergestellt.

Die Online-Überwachung zeigt sowohl dem Bediener der Überwachungstafel als auch dem Geräteträger zu jeder Zeit das Bestehen der Datenfunkverbindung an.

Der DrägerMan Bodyguard II ist die zweite Generation der elektronischen Signal- und Warneinheit für Pressluftatmer. Er kombiniert verschiedenste lebenswichtige Funktionen in einem Gerät, z.B. Anzeige des Flaschendrucks und der Temperatur, Bewegungsmelder, manueller Notalarm und Restdruckwarnung. Alle Generationen des Bodyguard sind mit Merlin kompatibel.

*Dräger Safety AG
& Co. KGaA,
(Teilkonzern der
Drägerwerk AG, Lübeck)*

Heimrauchmelder

Bei einem durch das Institut für Technische Sicherheit in Zusammenarbeit mit der steiermärkischen Landesstelle für Brandverhütung durchgeführten Test von Heimrauchmeldern ging der FlammEX als Sieger hervor.

Immerhin vier der 22 getesteten Geräte wurden mit „sehr gut“ bewertet, dem Testsieger wurde dabei allerdings das beste Preis-Leistungs-Verhältnis bescheinigt. Das Gerät besitzt die Prüfsiegel VdS, CE sowie N-ERG/GS und entspricht der DIN 14676.

Im Gegensatz zu Deutschland sind Rauchmelder in den USA, Kanada, Australien, Großbritannien und Norwegen Pflicht, was in diesen Ländern zu einem teilweise drastischen Rückgang der Zahl der Brandtoten geführt hat.



Neue Aufsätze und Vorschriften

Bundesverwaltungsamt
Zentralstelle für Zivilschutz

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

*Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-358-5808*

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name _____ Vorname _____
Straße _____
PLZ _____ Ort _____
Dienststelle/Firma _____ Funktion im ZS/KatS _____
Tel.nr. für Rückfragen _____

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

Zivilverteidigungs-, Zivilschutz- und Katastrophenschutzrecht

Bestellnummer 3/02/21

Gesetz zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 25. April 2002

In: GVBl. Sachsen-Anhalt 27 vom 30.4.2002, S. 244 - 246

Bestellnummer 3/02/75

Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfG) vom 18. Juni 2002

In: Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 25 vom 21.6.2002, S. 189 - 208

Bestellnummer 3/02/55

Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 19. Sep-

tember 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen.

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drucksache 14/7096)

In: Verhandlungen des Deutschen Bundestages; Drucksache 14/8868 vom 24.4.2002, 4 Seiten

Bestellnummer 2/02/132

Erstattung der von privaten Arbeitgebern an ehrenamtliche Angehörige der Feuerwehr oder Helferinnen und Helfer fortgewährten Leistungen; Feuerschutz und Hilfeleistung;
RdErl. d. Innenministeriums v. 22.02.2002

In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 19 vom 12.4.2002, S. 342 - 347

Bestellnummer 3/02/44

Post- und telekommunikationsrechtliches Bereinigungsgesetz vom 7. Mai 2002

In: Bundesgesetzblatt, Teil I, 29 v. 10.5.2002, S. 1529 - 1538

Bestellnummer 3/02/77

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Feuerschutz und Hilfeleistung (Zuwendungsrichtlinien Feuerschutz und Hilfeleistung - ZRFeuHi);
RdErl. des Innenministeriums vom 30.4.2002

In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 32 vom 21.6.2002, S. 565 - 566

☐ Bestellnummer 3/02/52

Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Wasserversorgungsgesetz vom 23. April 2002

In: GVBl. Bayern 9 vom 30.4.2002, S. 134

Zivilschutz

☐ Bestellnummer 3/02/69

Tagung der NATO Expertengruppe für Warn- und Erfassungssysteme an der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AK-NZ)

In: BVA-Pressemitteilung vom 14.6.2002, 2 S.

☐ Bestellnummer 3/02/82

Zivil- und Katastrophenschutz: Daten und Fakten

In: Themen der Innenpolitik, Homepage des Bundesministeriums des Innern vom 25.6.02, 9 S.

Katastrophenschutz

☐ Bestellnummer 2/02/129

Anzahl der DRK-Einsätze rapide zugenommen; beim Katastrophenschutz fehlen Bundes- und Landesgelder

In: Idee und Tat (2002), 2, S. 3

☐ Bestellnummer 3/02/70

Bundesinnenminister Schily übergab 12 neue Einsatzfahrzeuge an das Land Niedersachsen und den Länderverband Bremen, Niedersachsen

In: BVA-Pressemitteilung vom 11.6.2002, 2 S.

☐ Bestellnummer 3/02/54

Bekanntgabe der Zuweisung an Gemeinden (GV) nach Maßgabe des Landshaushalts 2002 [Auszug] v. 2.4.2002 / Gem. RdErl. d. Innenministeriums u.d. Finanzministeriums

In: Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 25 vom 16.5.2002, S. 424 ff.

☐ Bestellnummer 3/02/57

DRK: Katastrophenschutzausstattung kann nun doch beschafft werden; Haushaltssperre für vom Land zu stellende Technik-Anhänger aufgehoben / Christoph Brodessa; Franz Josef Haarmann
In: Presseinformation / Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Westfalen-Lippe e.V. 13 vom 23.5.2002, 1 S.

☐ Bestellnummer 3/02/40

Die große Flut: erster Masseinsatz von Rettungs-Hubschraubern / Hajo Langer
In: Rotorblatt, das deutsche Hubschrauber Magazin 9 (2002), 1, S. 46 - 48

☐ Bestellnummer 3/02/36

Katastrophenschutz-Übung unter „scharfen“ Bedingungen: Krankenhaus-Evakuierung in Leipzig / Ralf Machtenberg

In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 2, S. 12 - 14

☐ Bestellnummer 3/02/37

Die Variante Einsatzleitwagen II: Führungsmittel für die Einsatzleitung / Udo B. Crespin ; Markus Neuburg
In: Im Einsatz : Zeitschrift für Helfer und Führungskräfte 9 (2002), 2, S. 29 - 32

☐ Bestellnummer 3/02/24

Landkreis Mainz-Bingen: gut vorbereitet für den Katastrophenfall

In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2002), 5, S. 307 - 308

☐ Bestellnummer 2/02/135

Das neue THW wird effektiver: Effizienz auch im Ausland / über die Aufgaben und die neue Struktur des THW sprach der Behörden Spiegel mit dem neuen Präsidenten, Dr. Georg Thiel. Das Gespräch führte R. Uwe Proll
In: Effizienter Staat : Beilage zum Behörden Spiegel (2002), 4 vom 1.4.2002, S. 50

☐ Bestellnummer 3/02/26

Reine Übungssache: Crash 2002 / Adolf Sturzbecher

In: Rotes Kreuz : das Fachmagazin des DRK (2002), 3, S. 16 - 17

☐ Bestellnummer 3/02/79

Schneekatastrophe auf der BAB A9 / Peter Herzing
In: Leben retten 28 (2002), 2, S. 76 - 79

Medizin, Rettungsdienst

☐ Bestellnummer 3/02/53

Allgemeine Verwaltungsvorschrift für ein Bundesländer-Informationsverfahren in epidemisch bedeutsamen Fällen nach § 5 Infektionsschutzgesetz (Verwaltungsvorschrift IfSG-Informationsverfahren - IfSGInfo-VwV) : vom 25. April 2002 / Bundesministerium für Gesundheit und Bundesministerium des Innern

In: Bundesanzeiger (2002), 89 vom 16.5.2002, S. 10551-10552

☐ Bestellnummer 3/02/87

Defizite der Katastrophenbewältigung aus medizinischer Sicht: alte Strukturen durchbrechen / Peter Seifrin

In: Notfallmedizin 28 (2002), 6, S. 320 - 322

☐ Bestellnummer 3/02/41

Luftrettung 2001

In: Rotorblatt, das deutsche Hubschrauber Magazin 9 (2002), 1, S. 49

☐ Bestellnummer 2/02/130

Moderne Katastrophen - Herausforderung für die Notfallmedizin: Kongressbericht / Karl Wilhelm [u.a.]

In: Notfallmedizin 28 (2002), 3, S. 150 - 153

☐ Bestellnummer 3/02/86

Neuer Eurocopter EC 145: Spezialist für Luftrettungs- und Sicherheitsaufgaben / Holger Scholl

In: Rettungsdienst : Zeitschrift für präklinische Notfallmedizin 25 (2002), 7, S. 83

☐ Bestellnummer 3/02/27

Schauunlust schaffen: Gaffen – ein natürliches Phänomen / Dieter Dieter

In: Rotes Kreuz. Das Fachmagazin des DRK (2002), 3, S. 18 - 19

☐ Bestellnummer 2/02/131

Sicherheitstechnische Anforderungen bei der Milz-

branddiagnostik: Beschluss 604 des Ausschusses für Biologische Arbeitsstoffe (ABAS) ; Ausgabe: April 2002

Bek. des BMA vom 1. März 2002

In: Bundesarbeitsblatt (2002), 4, S. 139 - 140

☐ Bestellnummer 3/02/104

Zusammenarbeit der Luft- und Bodenrettung aus medizinischer Sicht / H. Kuhnigk

In: Der Notarzt 18 (2002), 3, S. 89 - 92

Technik, Feuerwehrwesen

☐ Bestellnummer 3/02/2

Achtung BIO-Einsatz! Das Einsatzkonzept der Feuerwehr Planegg / Christian Hugo ; Walter Probst

In: Brandschutz 56 (2002), 4, S. 362 - 367, 369

☐ Bestellnummer 3/02/102

Zukunftssicher: BOS-Digitalfunk / Herbert Saupp

In: Rotes Kreuz : das Fachmagazin des DRK (2002), 4, S. 32 - 35

☐ Bestellnummer 3/02/108

Hubschraubereinsatz bei der Feuerwehr: Anforderungen am Beispiel Hamburg / Feuerwehr Hamburg

In: Rotorblatt : das deutsche Hubschrauber Magazin 9 (2002), 2, S. 44 - 45

☐ Bestellnummer 3/02/35

Ist eine ISO-Normung der Atemschutzgeräte sinn-

voll? Richtlinien und Gesetze / Adalbert Pasternack

In: Drägerhefte. Hausmitteilungen des Dräger-Werkes (2002), 373, S. 34 - 36

☐ Bestellnummer 3/02/34

Polytron ToxLine: Gasmesstechnologie / Tobias Winkler

In: Drägerhefte. Hausmitteilungen des Dräger-Werkes (2002), 373, S. 18 - 22

☐ Bestellnummer 3/02/61

Stressbewältigung für Notfallhelfer: belastende Einsätze nicht einfach „wegstecken“ / Barbara Weisgerber

In: Brandschutz 56 (2002), 5, S. 447 - 452

☐ Bestellnummer 3/02/33

Die vfdb-Richtlinie 0804 und ihre Bedeutung: Atemschutz / Adalbert Pasternack
In: Drägerhefte : Hausmitteilungen des Dräger-Werkes (2002), 373, S. 6 - 11

Achtung!

Die neue E-Mail-Adresse der Fachinformationsstelle für Zivil- und Katastrophenschutz lautet:

FachinfoZS@bva.bund.de

AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-
SAMARITER-BUND



DEUTSCHE
LEBENS-
RETTUNGS-
GESELLSCHAFT



DEUTSCHER
FEUERWEHR-
VERBAND



DEUTSCHES
ROTES KREUZ



JOHANNITER-
UNFALL-HILFE



MALTESER-
HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITS-
GEMEINSCHAFTEN DER
HELFER IN DEN REGIE-
EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN
DES KATASTROPHENSCHUTZES
IN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND E.V.
(ARKAT)



TECHNISCHES
HILFSWERK



Zeichen setzen – Handeln statt Reden

Der Amoklauf am Erfurter Gutenberg-Gymnasium und seine Folgen

Als Reaktion auf die Ereignisse vom 26. April 2002, als ein jugendlicher Amokläufer am Erfurter Gutenberg-Gymnasium 16 Menschen erschoss, beschloss der ASB Erfurt, mit dem Projekt „Zeichen setzen – Handeln statt Reden“, jeden Klassenraum in Erfurter Schulen mit einem so genannten „Erste-Hilfe-Set“ auszustatten, das es ermöglicht, die wichtigsten lebensrettenden Maßnah-

lichen Betroffenen auf eine solche Krisensituation besser vorzubereiten. Zudem gibt es auch alltägliche Notfall- und Verletzungssituationen, die sich während des normalen Schulbetriebes ereignen. In der Regel sind die Schulen mit Sanitätsmaterial in den Sekretariaten ausgestattet. Eine unmittelbare und schnelle Hilfe vor Ort ist damit nicht gewährleistet, und den Verletzten

le wichtigen Materialien zur Wundversorgung und Ersthilfe, entspricht der DIN-Norm für Verbandskästen und wurde darüber hinaus mit weiteren sinnvollen Ergänzungen ausgestattet.

Es handelt sich dabei um eine leicht zu transportierende Umhängetasche, die mit einer Gürtelschleufe sowohl am Hosengürtel als auch über die Schulter getragen werden kann. Damit ist gewährleistet, dass die Tasche auch bei Schulausflügen, Klassenfahrten oder anderen Veranstaltungen mitgenommen werden kann. Sie wird im Klassenraum gut sichtbar an der Wand befestigt, was jederzeit einen leichten Zugriff ermöglicht. Von diesen Taschen werden etwa 1.200 Stück an die Erfurter Schulen ausgeliefert.

Marion Wellmann,
Vorsitzende des
ASB Erfurt,
präsentiert
den Inhalt der
Schulsanitätä-
taschen.

(Foto: ASB)



Erste-Hilfe-Ausbildung ist unverzichtbar

Auch das beste Material vor Ort macht aber ohne fundierte Kenntnisse der ersten Hilfe wenig Sinn. Deswegen entschloss sich der ASB zur Ausbildung von so genannten Schulsanitätätern. Ansprechpartner sind hierzu alle Schulklassen ab der Klassenstufe 8 in den vierzig weiterführenden Schulen Erfurts.

Beim ASB Erfurt rechnet man damit, dass je Klasse zwei Schulsanitätäer ausgebildet werden, sodass in den nächsten Wochen und Monaten mindestens 1000 Schüler in Erster Hilfe unterrichtet werden.

Der Kreisverband verfügt zur Zeit allerdings nur über 15 ehrenamtliche Ausbilder für die Breitenausbildung und fünf Übungspuppen. Damit

men bei Verletzungen einzuleiten und eine geordnete Wundversorgung durchzuführen.

Amokläufe oder ähnliche Irrsinnstaten kann niemand im Vorfeld verhindern, aber man kann versuchen, die Infrastruktur zur Hilfeleistung zu verbessern und die mög-

wird ein oft langer und quälender Weg zugemutet.

Ausstattung mit Schulsanitätäertaschen

In Kooperation mit der Firma Söhngen wurde die Schulsanitätäertasche „Modell Erfurt“ konzipiert. Sie enthält al-

ist das selbstgesteckte Ziel nur schwer zu erreichen. Deshalb müssen weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Ausbildung qualifiziert und zusätzliche Übungspuppen beschafft werden.

Große Resonanz auf die Ausbildungsangebote

Bereits kurz nach dem 26. April trat der Kreisverband mit seiner Idee an die Öffentlichkeit und informierte die Schulämter und die Schulen über das Projekt. Insbesondere die Schulsprecher und die Schulleitungen wurden angesprochen und um Mithilfe gebeten. Die Resonanz war überwältigend: Innerhalb kurzer Zeit erfolgte eine Vielzahl positiver Rückmeldungen.

Ganze Klassen meldeten sich und waren bereit, die Ausbildung zum Schulsanitäter zu absolvieren. Allein an einem Gymnasium meldeten sich über 100 Schülerinnen und Schüler aus den Klassenstufen 8 bis 12 zum Besuch eines Erste-Hilfe-Kurses an. Bei dieser Resonanz geht der ASB davon aus, dass die Anzahl der zur Ausbildung anstehenden Schülerinnen und Schüler die eigentlich geplanten 1.000 weit überschreiten wird.

Die Ausbildung findet seit Schuljahresbeginn im August statt. Vertrauenslehrer, Schulleitung und Schülersprecher koordinieren hierbei gemeinsam mit dem ASB die Ausbildungstermine und die Zusammensetzung der Kurse.

Eine Aktion mit vielfältigem Nutzen

Der ASB erhofft sich mit dieser Aktion vielfältige Nutzen:

Zum einen wird damit der Gedanke der ersten Hilfe an breite Bevölkerungsschichten, insbesondere an Jugendliche, herangetragen, die damit auch eine Erhöhung der Sozialkompetenz erlangen sollen. Schließlich ist die Vermittlung von Hilfeleistungskompetenz

aktive Gewaltprävention: Wer anderen helfen will und kann, wird selbst kaum zu Gewalttaten neigen.

Da der ASB alle Schulsanitäter auch in Zukunft regelmäßig fort- und weiterbildend wird und die Schulsanitätsgruppen in den ehrenamtlichen Dienst des Kreisverbandes integrieren will, erhofft er sich darüber hinaus einen Zuwachs der freiwilligen Mitarbeiter im Sanitäts- und Rettungsdienst sowie im Katastrophenschutz. Die frühzeitige Heranführung an die Ziele einer Hilfsorganisation und die Bereitschaft zur freiwilligen Übernahme sozialer Verantwortung sind ein Kernstück der Konzeption.

Zum anderen hat die Aktion auch enorme logistische Vorteile für die Zukunft: Wenn in allen Schulklassen Erste-Hilfe-Sets vorhanden sind und ausgebildete Ersthelfer Zugriff darauf haben, kann auch bei einem größeren Schadensereignis über die vorhandenen Mittel des Rettungsdienstes, der Schnelleinsatzgruppen und des Katastrophenschutzes hinaus qualifiziert Hilfe geleistet werden.

Da die Ausstattung der beteiligten Schulen vom ASB durch einen Notfallkoffer und ein Rettungstuch ergänzt wird, verfügt jede Schule über eine fundierte Grundausrüstung zur Ersthilfe. Im Notfall verfügt Erfurt damit allein in Schulen über 1.200 Erste-Hilfe-Sets, 40 Notfalltaschen sowie Rettungstücher und ca. 2.500 ausgebildete Ersthelfer, die eine wirksame und hilfreiche Ergänzung der vorhandenen Einsatzmittel des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes darstellen können.

Als abschließenden dritten, jedoch durchaus wichtigen, Nutzen sieht der ASB die Heranführung der Jugendlichen, Eltern und der Lehrkräfte an den großen Komplex der ersten Hilfe, sowie der Schaffung von sozialer Kompetenz gegenseitiger Hilfeleistung. Es soll selbstverständlich werden,

dass Schüler sich in erster Hilfe ausbilden lassen und gegenseitig bei möglichen Notfällen auch Hilfe leisten.

Ein Projekt als Gesamtmodell?

Dieses Modell soll über Erfurt hinaus wirken. Es wurde allen Schulämtern in Thüringen vorgestellt und wird durch die in Thüringen vorhandenen ASB-Kreisverbände



Logo der Schulsanitätertasche „Modell Erfurt“.

auch vor Ort weiter betrieben. Der ASB hofft, dass diese Aktion in Thüringen flächendeckend greifen wird. Es könnte sogar ein Modell für die ganze Bundesrepublik werden.

Das Projekt wird zunächst aus Vereinsmitteln des ASB finanziert. Allerdings haben sich nach einem Aufruf inzwischen viele Firmen und Organisationen dazu bereit erklärt, die Aktion zu unterstützen.

Für die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrkräfte an den Schulen war und ist es wichtig, dass konkrete Maßnahmen – auch wenn sie nur einen scheinbar kleinen Schritt darstellen – verwirklicht werden. In vielen Reaktionen haben besonders die Erfurter Schülerinnen und Schüler darauf hingewiesen, dass sie dem ASB für diese Initiative dankbar sind.

Helmut Roth





Flugzeugkatastrophe

DLRG mit 47 Rettern und elf Rettungsbooten im nächtlichen Einsatz

„Wir waren zunächst alle geschockt, als wir um 00:42 Uhr alarmiert wurden“, war die erste Reaktion von Dietmar Buck (28), Einsatzleiter der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), auf die nächtliche Flugzeugkatastrophe am Bodensee.

„Unser Auftrag lautete, den Überlinger See zwischen Ludwigshafen und Unteruhldingen nach Gegenständen abzusuchen, die ins Wasser gefallen

werfer erhellten den See. Die Helfer aller an der Suche auf dem Wasser beteiligten Organisationen konnten bis zum Einsatzende um 12 Uhr mittags der Polizei aber nur einige kleinere Teile zur weiteren Untersuchung übergeben. Die Suche nach möglichen Opfern im Bodensee verlief bisher ergebnislos. Mit drei kleineren für den Einsatz in Flachwassergebieten geeigneten Schlauchbooten hatte die DLRG auch die Uferzonen abgesucht. Für besondere Aufgaben waren zudem zwei Rettungstauchtrupps der DLRG aus dem Bodenseekreis mit 16 Kräften einsatzbereit.

DLRG-Einsatzleiter Dietmar Buck, hauptberuflich im Landratsamt Bodenseekreis in der Rechtsaufsicht für das Ret-

tenbedingungen des Schwimmens hat die DLRG im Jahr 2001 ein Symposium mit dem Titel „Schwimmen im Spannungsfeld von Bewegung und Sicherheit“ durchgeführt. Von 373 Teilnehmern waren 117 externe Fachleute und Interessenten, darunter 48 Lehrer aller Schultypen.

In einer gemeinsamen Abschlusserklärung forderten die Kongressteilnehmer deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Schwimmbildung, um mittel- bis langfristig die Zahl der Ertrinkungsfälle deutlich senken zu können.



Systematisch abgesucht wurde der See durch DLRG, Feuerwehr und Wasserwacht.

(Foto: DLRG)

sein könnten. Natürlich haben wir alle gewusst, dass wir auch Opfer aus dem See, der in diesem Gebiet bis zu 100 Metern tief ist, hätten bergen können,“ beschreibt Buck die Aufgabe der Retter.

Insgesamt waren 23 Boote, darunter elf Motorrettungsboote der DLRG mit 47 Einsatzkräften aus den Landesverbänden Baden und Württemberg, mehrere Boote der Wasserschutzpolizei, der Feuerwehr und der Wasserwacht im Einsatz. Sie erkundeten in der Nacht mit einer Suchkette im Abstand von 100 Metern den Überlinger See nach Opfern und Wrackteilen. Suchschein-

tungswesen tätig, bewertete die Zusammenarbeit aller Organisationen der Wasserrettung auf dem Bodensee bei diesem Großschadensereignis als mustergültig.

Bessere Bedingungen gefordert

Vor dem Hintergrund der Ertrinkungsfälle und den sich negativ verändernden Rah-

Aufwärtstrend

Steigende Ausbildungszahlen

Nach einer deutlichen Abnahme der Schwimm- und Rettungsschwimmprüfungen im Jahr 2000 verzeichneten die Ausbilder der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft im vergangenen Jahr einen leichten Aufwärtstrend.

Allein die Schwimmprüfungen stiegen um 5,9% auf 218.592 an. Die frühzeitige Ausbildung der Kleinsten zu Schwimmern ist ein zentrales Anliegen im Prophylaxe-Programm der DLRG. 33.870 Kinder (+6,6%) erwarben im vergangenen Jahr das Anfängerschwimmabzeichen, das beliebte Seepferdchen. Mit einem Plus von 3,9% erhöhten sich auch die Rettungsschwimmprüfungen leicht. 44.394 Personen legten erfolgreich eine neue Prüfung in den Stufen Bronze, Silber und Gold ab, 7.087 wiederholten eine Prüfung und bestätigten damit ihre Fähigkeiten. Mit insgesamt 51.481 Zertifikaten wurden die meisten Rettungsschwimmabzeichen seit 1997 ausgegeben.

Insgesamt stieg die Zahl der Schwimm- und Rettungsschwimmprüfungen um 5,5 % auf 270073. Die DLRG bestätigte damit ihre führende Position bei den privaten Anbietern von Schwimmbildung in Deutschland. Angesichts der schwankenden Entwicklung in den vergangenen Jahren kann aber nicht von einer stabilen Aufwärtsentwicklung gesprochen werden.

Die anhaltend geburten-schwachen Jahrgänge, Bäderschließungen sowie die Umwandlung von Sportbädern in für die Ausbildung ungeeignete Spaßbäder haben wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung. Zudem geht die Konkurrenz mit neuen und sogenannten Trendsportarten nicht spurlos an der klassischen Sportart Schwimmen vorbei.

6,5 Mio Stunden zum Wohl der Menschen geleistet

83.000 ehrenamtliche Helfer der DLRG in 2.200 örtlichen und regionalen Gliederungen haben 2001 insgesamt 6,5 Millionen Stunden freiwillig und unentgeltlich zum Wohl der Menschen in Deutschland geleistet. Gegenüber dem Vorjahr stieg das Stundenvolumen um 740.000 (+12,9%) an. Der größte Anteil am Wachstum entfällt auf den Wasserrettungsdienst.

In der Ausbildungsarbeit leisteten 23.348 Frauen und Männer 20.89097 Stunden am Beckenrand, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene das Schwimmen und Rettungsschwimmen zu lehren. Mit einem Anteil von 32,3% ist die Ausbildungsarbeit neben dem Wasserrettungsdienst (37%) und der Aufklärungsarbeit gleichwertige Hauptaufgabe der Organisation.

Die Verwaltungsarbeit rangiert mit 1,4 Millionen Stunden auf Rang drei, das entspricht 21,6 Prozent. 12.860 Mitglieder sorgten für eine ordnungsgemäße Vereinsführung. Zwar verringerte sich ihr Anteil am Gesamtaufkommen der ehrenamtlichen Arbeit leicht, absolut stieg aber der Verwaltungsaufwand um 78.695 Stunden (+6%) gegenüber dem Vorjahreswert.

Die Gründe liegen nicht zuletzt in einer Vielzahl neuer Verordnungen und Vorgaben der Politik sowie der Steuer- und Finanzgesetzgebung. Die DLRG sieht in diesem unverhältnismäßig hohen Aufwand eine Behinderung ihrer Kernaufgaben. Wertvolle Personal- und Zeitressourcen werden hier gebunden und stehen für den Wasserrettungsdienst, die Ausbildung und Aufklärung nicht mehr zur Verfügung.

Die DLRG fordert deshalb vom Gesetzgeber eine wirksame und nachhaltige Vereinfachung der Gesetze und Verordnungen. Das sei ein erster notwendiger Schritt, um ehrenamtliche Arbeit wieder attraktiver zu gestalten.

Schnelle Hilfe

DLRG bewahrte 559 Menschen vor dem Ertrinken

Der schöne Sommer des vergangenen Jahres bescherte den Rettungsschwimmerinnen und -schwimmern der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) in den Wachstationen an Küsten und Binnengewässern jede Menge Arbeit. 46.525 überwiegend junge Frauen und Männer leisteten im Jahr 2001 im Sommer- und Winterrettungsdienst 24 Millionen unentgeltliche Wachstunden auf freiwilliger

Basis. Im Vergleich mit dem Vorjahr stieg die Zahl der Wachstunden um 414.000 an. Das ist ein Plus von 21,8 Prozent.

Sie retteten 559 Menschen vor dem Ertrinken, das sind 214 Lebensrettungen (+62%) mehr als im Jahr 2000. Bei 29 Rettungsaktionen mussten sie sogar ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen.

Auch bei anderen Einsätzen verzeichnete die DLRG deutliche Wachstumsraten. So erhöhte sich die Zahl der vorbeugenden Hilfeleistungen für Wassersportler um 1.797 (+25%) auf 9.120 und auch die Erste-Hilfe-Leistungen stiegen um 27,8 Prozent auf 45.376.

Trotz des großen Einsatzes der ehrenamtlichen Retter ertranken im vergangenen Jahr immer noch 520 Menschen. Die detaillierte Auswertung der Ertrinkungsstatistik zeigt: Die meisten Menschen ertranken an unbewachten Gewässern im Binnenland. Überall dort, wo Rettungsschwimmer der DLRG im Einsatz sind, wie an den Küsten von Nord- und Ostsee, ist die Freizeit sicherer. Der Vergleich von Lebensrettungen und Ertrunkenen lässt den Schluss zu, dass die Anzahl der Opfer ohne den ehrenamtlichen Wasserrettungsdienst der DLRG erheblich höher wäre.



Kampagne für Euro-Notruf

Erstmals hat der DFV mit dem Bundesministerium des Innern eine gemeinsame Aufklärungskampagne gestartet: „112 - Notruf europaweit“ soll in den Sommerferien für die in 16 europäischen Ländern geltende Nummer für Feuerwehr und Rettungsdienst werben. Innenminister Otto Schily,



DFV-Präsident Gerald Schäuble und DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme starteten die Kampagne mit einer Plakataktion in Berlin.

Schily: „Das rasche Anwählen der richtigen Notrufnummer ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Hilfe. Daher weist das Bundesinnenministerium in einer Plakataktion gemeinsam mit dem DFV auf den in Europa einheitlichen Notruf 112 hin. Es ist ein großer Fortschritt, dass man – wo man sich auch in Europa aufhält – eine Nummer wählen kann und nicht erst nachblättern oder nachfragen muss.“

Bei einer Präsentation vor Journalisten in der Leitstelle der Berliner Feuerwehr unterstrich Schily außerdem die hohe Qualität der deutschen Gefahrenabwehr: „Die internationale Spitzenstellung der deutschen Feuerwehren ver-

danken wir der guten Zusammenarbeit von Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren. In Deutschland gibt es traditionell eine große Beteiligung freiwilliger Helferinnen und Helfer.“ Arbeitgeber müssten daher sicherstellen, dass die verbrieft Freistellung für den Feuerwehrdienst auch wahrgenommen werden darf.

„Die Hilfsfristen in Deutschland sind traditionell vorbildlich gut. Der Notruf ist das entscheidende Glied in der Rettungskette. Schnelle Information der Feuerwehr und Rettungsdienste sowie eine möglichst präzise Schilderung des Geschehenen sind Voraussetzung für bestmögliche Hilfe“, sagte DFV-Präsident Gerald Schäuble. Schäuble erinnerte Helfende daran, dass sie mit der Abgabe des Notrufes nicht aus der Pflicht entlassen seien, anschließend auch erste Hilfe zu leisten.

Das Plakat zur Kampagne wurde von der Berliner Agentur eon Marketing Design entwickelt, die auch die Aktion „Rauchmelder retten Leben“ begleitet. Kreativdirektor Daniel Tratter entwarf das Plakat, auf dem ein Berliner Feuerwehrmann posiert.

Ausbildung für komplexe Lagen

Eschede, Überlingen, New York – drei Katastrophen, drei Synonyme für Einsätze mit besonderen Herausforderungen und Risiken für die beteiligten Kräfte. Wie muss die Ausbildung auf die Zusammenarbeit in komplexen Schadenslagen künftig ausgerichtet werden? Der DFV und die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) haben diese Fragestellung zum Thema eines Expertenworkshops mit mehr als 40 Teilnehmern aus der DFV-Facharbeit, den Landesfeuer-

weherschulen, der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) und des Bundesinnenministeriums in der AKNZ gemacht.

DFV-Vizepräsident Hans-Peter Kröger sagte den Teilnehmern zu: „Wir stehen als Verband zur Verfügung, um Ihre Anregungen auf politischer Ebene zu vertreten und in die Öffentlichkeit zu transportieren.“

An den Ergebnissen des Workshops solle die inhaltliche Arbeit der kommenden Jahre ausgerichtet werden. In der Führungsausbildung könne dies unter anderem die Teilung in Einsatzmanagement und internes Management der Feuerwehr selbst sein, wie dies beim Workshop angeregt wurde. Beide Tätigkeiten erforderten eine hohe Qualifikation. Kröger: „Dies sind zwei Bereiche, die gleichberechtigt nebeneinander stehen.“

Dietrich Löpke, Leiter der AKNZ, skizzierte die Probleme bei komplexen Großschadenslagen: „Es gibt einen Mangel an Planung, Strukturen, einheitlichem Verständnis und auch einheitlichem Sprachgebrauch.“ Grundlage für die Ausbildung in der AKNZ sei die FwDV 100 als Basis für die operativ taktische Ausbildung. Löpke: „Wir lehren, dass bei Großschadenslagen die Führung immer bei der Feuerwehr liegt. Der Einsatzleiter ist für uns immer ein Feuerwehrmann.“ Wichtig seien aber gemeinsame Führungsstrukturen, in die auch die anderen beteiligten Behörden und Organisationen einbezogen sind. Hier gebe es Probleme beim Führungsverständnis in den Feuerwehren.

In drei Arbeitsgruppen diskutierten die Teilnehmer zwei Tage verschiedene Schwerpunkte:

Was soll Feuerwehrausbildung erreichen?

- Die Ausbildung der Feuerwehr muss auf der Grundla-

ge bundeseinheitlicher Anforderungsprofile erfolgen.

- Die Ausbildung der Einsatzleiter für großflächige, national bedeutende Schadenslagen muss organisationsübergreifend erfolgen.
- Die zentralen Ausbildungseinrichtungen der Länder sollen strategische Einsatzreserve sein. Dazu müssen von den Ländern die Voraussetzungen geschaffen werden.

Wie wirkungsvoll ist Feuerwehrausbildung?

- Die Ausbildungskonzepte aller drei Ebenen Standort, Land, Bund müssen aufeinander abgestimmt werden.
- Überprüfung der Aufgaben/Zuständigkeiten im föderalen System
- Intensiveres Führungstraining, z.B. mittels Taktiksimulatoren
- Übungsunterstützung durch Landesfeuerweherschulen/AKNZ
- Groß-/Langzeitübungen gemeinsam mit Hilfsorganisationen, THW, Verwaltung, etc.
- Ständige Fortbildung

Welche Hilfsmittel können Feuerwehrausbildung optimieren?

- Ausbildung ist auf Grund der politisch gewollten, föderalen Strukturen auf lokale Ereignisse ausgerichtet und funktioniert dort.
- Für überregionale und nationale Aufgaben müssen entsprechende fachdienstübergreifende Strukturen politisch gewollt und geschaffen werden.
- Die in den Strukturen vorgesehenen Führungskräfte müssen ausgebildet und mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden.
- Für Ausbildungsfragen ist auf Bundesebene ein Fachgremium mit Entscheidungskompetenz einzurichten.
- Das Führungssystem nach Fw DV 100 ist auch auf

überregionale Schadenseignisse konsequent auszubilden und anzuwenden.

- Hierbei gilt es, von anderen zu lernen, die sich mit überregionalen Krisensituationen auskennen.
- Landesfeuerweherschulen als strategische Reserve: Ja, differenziert nach den jeweiligen Möglichkeiten muss die Art der Reserve definiert werden (Beratung oder Einsatz).

wären“, sagt Friedrich-Ernst Martin, Vorsitzender des DFV-Fachausschusses Ausbildung.

Bei einer nächsten Tagung in der AKNZ in Ahrweiler im September werden Ergebnisse und Schlussfolgerungen auch mit dem Fachausschuss Katastrophenschutz des DFV abgestimmt. Martin: „Der Fachausschuss Ausbildung tagt parallel. Beide Ausschüsse haben eine in Teilen gemeinsame Tagesordnung, weil sich hier ge-



Geballter Sachverstand: Ausbildungsexperten des DFV, der AGBF und der Landesfeuerweherschulen trafen sich in Ahrweiler. (Fotos: sö)

- Hierfür sind die politischen Voraussetzungen zu schaffen.
- Personalrotation zwischen Schule und Berufsfeuerwehr – Laufbahnvoraussetzungen

„Wir prüfen jetzt, welche konkreten Aufgabenstellungen im Fachausschuss Ausbildung des DFV angeschoben werden, welche Aufgaben vom Arbeitskreis Ausbildung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren bearbeitet werden, wo die Projektgruppe Feuerwehr-Dienstvorschriften der Schulleiter Anregungen umsetzen kann und wo Lösungsansätze durch die Länder im Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung der Innenministerkonferenz zu erarbeiten

meinsame Themenfelder ergeben, die unter anderem die Aus- und Fortbildung im Zivil- und Katastrophenschutz betreffen.“ sö





10. DRK-Rettungskongress in Rostock

Das eine Leben retten

„Guter Wille allein zählt nicht, um Leben zu retten“ sagte der Journalist eines bekannten deutschen Hörfunksenders, der eine Reportage zum Rettungskongress machen wollte, „ohne Technik läuft heutzutage gar nichts mehr und die wird immer perfektionierter“. Stimmt, und bestens sehen konnte man das auf dem 10. DRK-Rettungskongress in Rostock vom 8. bis 10. Mai. Das war die Veranstaltung, bei der sich alles traf, was mit „Leben retten“ zu tun hat. Mit den Fachausstellern angefangen von A wie Ambulanz-Mobile Schönebeck und aufgehört bei W wie Wero-medical (Z war nicht vertreten). Bei den Persönlichkeiten begann die Reihe mit Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich-Wilhelm Ahnefeld an und hörte mit Dipl. med. Andreas Zeuner auf. Rund 2000 Teilnehmer waren aus ganz Deutschland gekommen – auch von ganz weit her, wie der aus Bühl bei Baden angereiste Kongressleiter Dr. Josef Großmann.

Zum ersten Vorgespräch trafen sich rund 100 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, um Kongressorganisationsleiter Stephan Topp genau zuzuhören, was wann, wo und wie gemacht werden musste.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von DRK-Präsident Prof. Dr. Knut Ipsen, gefolgt von der Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Martina Bunge, und der Präsidentin des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Bärbel Nehring-Kleedehn. Vor der Eröffnung des Kongresses spielte das Landespolizeiorchester unter der Leitung von Dr. Stefan Schwalgin.

Nach der Eröffnung dann nahtloser Übergang zu den Workshops. Aktuelle Themen standen zur Diskussion wie „Rettungsdienst in Deutschland und Europa“, moderiert von Dr. Andreas von Block-Schlesier, „Qualitätsanforderungen an das Personal“, Moderator Wolfgang Dick, oder „Strukturveränderungen bleiben weiterhin aktuell“, moderiert von DRK-Bundesarzt Dr. Volker Grabarek. Rund 100 Referenten hatten sich für die drei Tage auf den Weg nach Rostock gemacht, um heiße

portieren), das Sekundenzelt – wer schafft es schon, ein Zelt in 70 Sekunden aufzublasen? – oder die Ausstellung „Senioren ins Netz“, denn über Rettung lässt sich auch im Internet Einiges finden. Besondere Gäste der Fachausstellung waren der DRK-Präsident, der im Schnelldurchgang zu (fast) allen Ausstellern kam, Vizepräsident Prof. Dr. Christoph Brückner, Bundesarzt Dr. Volker Grabarek, Kongressleiter Dr. Josef Großmann, Landesverbandspräsidentin Bärbel Nehring-Kleedehn, aber auch



DRK-Präsident Prof. Dr. Knut Ipsen (2. v. links) am Stand der Zentralstelle für Zivilschutz.

Themen zu diskutieren und Lösungen zu finden.

Besonders beeindruckend auch der gesamte Bereich der Fachausstellung. Von treppensteigenden Rollstühlen, der Spezialunterlage für Brand-schwerstverletzte (gerade im Einsatz in Tunesien gewesen, um die Brandopfer von dort nach Deutschland zu trans-

TV-Moderator und Rotkreuz-Botschafter Uwe Hübner, der sich besonders lange am Stand der DRK-Service GmbH aufhielt, um sich nach der neuesten Dienstbekleidung zu erkundigen. Viel Interesse wurde für die historische Ausstellung im Foyer gezeigt. Man konnte alte Fahrräder, Motorräder oder Hand-

wagen, je nachdem, was zur jeweiligen Zeit gerade so gängig war, bewundern. Alles mitgebracht von den Rotkreuz-Museen Berlin und Nürnberg und dem DRK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

Für den Fahrdienst hatte die Firma Audi aus Ingolstadt sechs riesige und sehr komfortable Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Da gilt natürlich der besondere Dank des DRK-Generalsekretariats der Bereitschaft Rostock und da ganz besonders dem Sanitäts- und Betreuungszug, dessen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer als Chauffeure Tag und Nacht zur Verfügung standen.

Donnerstag gegen 18.00 Uhr dann „Panik“ im Rostocker Stadthafen. Eine Fähre ist in Brand geraten. Am Ufer hört man die Schreie der Passagiere. Einige sind über Bord gesprungen und treiben im eiskalten Ostseewasser. Aber die betroffenen Menschen sind nicht lange allein, es nahen die Boote der DRK-Wasserwacht, und auch der Rettungshub-

findet, dann werden die Geretteten weiter zur Beobachtung ins nächste Krankenhaus transportiert. Die Übung läuft hervorragend und alle Beteiligten haben ihre Sache mehr als gut gemacht.

Zum Abschluss des Kongresses „Leben retten durch Qualität“ fordert das Rote Kreuz: Erste-Hilfe-Ausbildung gehört schon in die Schule und appelliert an die Kultusminister der Bundesländer, die Erste-Hilfe-Ausbildung in die Schulen aufzunehmen. Kongressleiter Dr. Josef Großmann: „Es sollte zur Pflicht werden, Erste Hilfe bereits im Kindergarten und in der Schule zu erlernen. Damit wird Kindern und Jugendlichen bereits in frühen Jahren die Grundkenntnisse des Helfens in Notfällen vermittelt“. Die Wichtigkeit dieser Forderung zeigt ein Blick in die Statistik: mehr als 25 Prozent aller im Straßenverkehr Verletzten und Getöteten sind junge Verkehrsteilnehmer zwischen 15 und 25 Jahren. Gerade deswegen

nischen Berufen der Fall ist. Gefordert wurde auch, die Hilfsfrist für den Einsatz des Rettungsdienstes bundeseinheitlich auf zehn Minuten festzulegen. Bisher variiert diese Hilfsfrist in den einzelnen Bundesländern zwischen acht und 15 Minuten.

In drei Tagen kamen über 2000 Fachbesucher, rund 200 Referenten wurden registriert und in zwölf wissenschaftlichen Foren wurde über die Zukunft des Rettungsdienstes in Deutschland heftig diskutiert.

Man sieht sich wieder, vielleicht in vier Jahren in Berlin.

Margitta Zimmermann

Rettungsdienst in Zahlen

Das DRK ist mit rund 54 Prozent Marktanteil der größte Rettungsdienstanbieter in der Bundesrepublik. Historisch bedingt sind die Marktanteile in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Dabei reicht die Spanne von 93 Prozent in Rheinland-Pfalz über 80 Prozent in Baden-Württemberg, 28 Prozent in Nordrhein-Westfalen bis hin zu 14 Prozent in Berlin. Der erzielte Umsatz des DRK-Rettungsdienstes beträgt bundesweit mehr als 700 Millionen Euro.

31.142 Beschäftigte arbeiten im Rettungsdienst; darunter 8.727 Ehrenamtliche, die etwa 8 Prozent der Gesamtstundenleistung erbringen.

5,3 Millionen Einsätze wurden im Jahr 2000 gefahren.

Dabei wurden 154 Millionen Kilometer zurückgelegt.

4.626 Einsatzfahrzeuge (Rettungswagen etc.) standen dem Roten Kreuz im Jahr 2000 zur Verfügung.

Insgesamt führt der Rettungsdienst in Deutschland jährlich ca. neun Millionen Einsätze durch, d.h. jeder zehnte Bundesbürger nimmt den Rettungsdienst einmal jährlich in Anspruch.



DRK-Wasserwacht-Übung mit brennender Fähre im Rostocker Hafen. (Fotos: DRK)

schrauber SAR der Bundeswehr ist in geradezu unglaublicher Schnelligkeit am Ort des Geschehens und fischt die im Wasser Treibenden schnell und sicher auf und bringt sie an Land. Weitere Opfer werden mit den Booten der Wasserwacht gerettet und ebenfalls zur ersten Versorgung an Land gebracht, wo natürlich auch eine Registrierung statt-

hat das DRK auf dem Kongress eine neue Kampagne, die von der EU gefördert wird, unter dem Motto „Du hast nur ein Leben“ vorgestellt.

Weitere Forderung des Kongresses ist die Novellierung des Rettungsassistenten-Gesetzes. Das DRK erwartet eine bundeseinheitliche dreijährige Ausbildung, wie sie bereits in allen anderen medizi-





Ostfrieslands Höhenretter

Trainingslager im Piratenturm

Eigentlich wollten sie den Berliner Dom besteigen, um am 10. Mai auf der Leistungsschau der Johanniter-Unfall-Hilfe in Berlin ihr Können zu demonstrieren, die Höhenretter aus Marienhaf in Ostfriesland. Doch die Domkuratorin hatte Bedenken, und so wurde in einer halben Stunde ein Ersatzobjekt in unmittelbarer Nähe gefunden: Das ehemalige DDR-Staatsratsgebäude und zwischenzeitliche Bundeskanzleramt auf der Südseite des Schlossplatzes. Um sich vom

Ruhe, Besonnenheit und den Mut, auch Schwächen einzugestehen, braucht ein Höhenretter, erklärt Jörg Pfennig, Höhenretter der ersten Stunde und Bereichsleiter der Johanniter im Ortsverband Norden in Ostfriesland.

Höhenrettung in Ostfriesland? Das klingt wie ein Witz. Doch wenn man genauer hinsieht, ist es nur vernünftig: Nirgendwo gibt es so viele Windräder wie in der grünen Küstenregion, fast jeder Landwirt betreibt eine eigene Wind-

Sollte hier oben mal was passieren, jemand auf der Plattform ohnmächtig werden oder sich verletzen, ist die Feuerwehr machtlos: Ihre Leitern reichen gerade 23 Meter hoch. Auch Leuchttürme, Schlauchtürme der Feuerwehr, der 93 Meter hohe Kran der Thyssen-Nordsee-Werke oder der Fernmeldeturm in Emden werden von der zehnköpfigen Truppe erklommen.

Ihr „Heimatrevier“ aber ist der 37 Meter hohe Backsteinturm Störtebeckers in Marienhaf. Einst versteckte der berühmteste deutsche Pirat hier seine Beute, heute ist er eine Touristenattraktion. Allerdings eine gefährliche: eine einzige Wendeltreppe führt nach ganz oben, für Abtransporte von Verletzten ist sie viel zu steil und eng. Deshalb übt die ehrenamtliche Gruppe hier regelmäßig das schonende Abseilen von Verletzten an der Steilkante.

Doch nur mit dem Abseilen ist es nicht getan. Die 14tägige Grundausbildung befähigt sie auch, aus Tiefen zu retten und Steilkanten wie Freeclimber zu erklimmen. Alle ehrenamtlichen Höhenretter sind mindestens Sanitätshelfer und können direkt vor Ort erste Hilfe leisten.

Die Ostfriesen sind nicht die einzigen in der JUH mit dieser außergewöhnlichen Qualifikation. Auch die Johanniter in Gießen haben Höhenretter. Sie wurden erst jüngst beim Landeswettbewerb „Frischer Wind fürs Ehrenamt“ ausgezeichnet – als hätten Sie davon, dem frischen Wind, nicht schon immer genug. *Oliver Numrich*



Höhenangst gibt's nicht!

(Foto: JUH)

Dach abseilen zu können, mussten die ostfriesischen Höhenretter allerdings erst eine polizeiliche Untersuchung über sich ergehen lassen, denn ein Teil des Gebäudes ist eine Dependence des Bundesnachrichtendienstes.

Alles andere war dann reine Routine: Über den Speicher, vorbei an alten DDR-Fahnen, durch die schmale Dachluke nach draußen, dort die Halteseile an Eisenträger gebunden und abgeseilt. Mehrmals täglich zur Freude der Schaulustigen auf der Straße und in den Touristenbussen.

kraftanlage in der Umgebung seines Hofes. Die meisten sind bei drei Metern Durchmesser um die 50 Meter hoch und werden von ihren Eigentümern selbst gewartet. Zur Zeit werden gigantische, 100 Meter hohe Windenergieanlagen im Wattenmeer vor der ostfriesischen Küste gebaut. Die sogenannten Off-Shore-Anlagen sind im Notfall ebenfalls auf die Hilfe der Johanniter Höhenretter angewiesen. Eine große Herausforderung. Deshalb stellen Windräder zur Zeit das wichtigste Übungsobjekt dar.

Betreuung und Einsatznachsorge

Eschede, Brühl, World Trade Center, Erfurt – vier Namen und Ereignisse, bei denen die Alarmglocken bei Rettungskräften läuten. Nicht nur weil sie selbst in die Ereignisse eingebunden waren, sondern weil deutlich wird, dass die außerordentliche psychische Belastung jeden Helfer treffen kann, ob bei einem solchen extremen Ereignis oder bei den vielen alltäglichen Einsätzen, die in der Summe die gleiche Wirkung haben können.

Dabei stellen gerade die Ereignisse in Erfurt, wie übrigens auch die Anschläge auf das WTC, eine besondere Herausforderung dar, weil viele Einsatzkräfte als Angehörige direkt betroffen waren.

Und noch etwas haben all diese Ereignisse deutlich gezeigt: Neben der notwendigen Unterstützung bei der Bewältigung von besonders belastenden Ereignissen im alltäglichen Einsatzgeschehen fehlt bei solchen Großschadenergebnissen eine institutionalisierte Koordinierungsstelle zur psychosozialen Betreuung.

Ihre Aufgabe ist, die Qualität der angebotenen Hilfen zu sichern, die Führungskräfte im Einsatz zu beraten und zu unterstützen sowie die unterschiedlichen sozialpsychologischen Angebote für Angehörige und Einsatzkräfte der verschiedenen Dienste – von den Hilfsorganisationen über die Feuerwehr bis hin zur Polizei – zu koordinieren und mit der Einsatzleitung abzustimmen.

Die Malteser hatten ihren Kollegen in Erfurt unmittelbar nach Bekanntwerden der Bluttat ihre Unterstützung angeboten und von der Einsatzleitstelle des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes den Auftrag bekommen, die sozialpsychologische Betreuung für die Rettungskräfte und die Feuerwehr sicherzustellen. Dieser Bereich wurde von Sö-

ren Petry als Koordinator für das Generalsekretariat geleitet. Die Unterstützung durch Erfurter Malteser und die örtliche Berufsfeuerwehr war umfassend. Die Nachsorge als Ganzes wurde in Erfurt von der Polizei geleitet, die schnell auch um Unterstützung für ihre Einsatzkräfte und bei der Betreuung von Betroffenen gebeten hatte.

Insgesamt wurden durch die Malteser in den Tagen nach dem Amoklauf von Erfurt 370 Personen von 82 speziell geschulten Psychologen, Seelsorgern, Pädagogen und Rettungsdienstlern betreut. Diese ehrenamtlichen Mitarbeiter kamen im Wesentlichen aus den Regionalteams der Malteser (Team NRW/Bonn, Team Niedersachsen/Vechta, Team Bayern/Regensburg, Team Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland/Mainz), wurden aber durch lokale Initiativen, der Berufsfeuerwehr und der Polizei sowie Mitarbeiter der Bundesvereinigung „Stressbewältigung nach belastenden Ereignissen (SbE)“ unterstützt.

Dies war möglich, da alle eingesetzten Kräfte nach der weltweit bewährten Methode des Critical Incident Stress Managements (CISM) arbeiten und damit auch in gemischten Teams eingesetzt werden konnten (s. hierzu auch den Beitrag in **Bevölkerungsschutz 4/2001** [Anm. d. Redaktion]).

Die Einsatznachsorge gehört mit der Notfallseelsorge und der Betreuung von Betroffenen und Angehörigen zum neuen Malteser Dienst „Mensch im Mittelpunkt“ (Projekttitel), der als eigenständige Dienstleistung des Malteser Hilfsdienst e.V. kürzlich vom Vorstand beschlossen und vom Präsidium bestätigt wurde.

Müller/Vogelmann

„Ein Freund bei Dir zu Hause“

Ein ehrenamtliches Projekt für die häusliche Versorgung von kranken, einsamen und verarmten älteren Menschen in der Region um Novi Sad (Serbien)

Die Abteilungen Auslandsdienst und Ausbildung führen in Serbien ein gemeinsames Projekt zur Etablierung der „Häuslichen Pflege“ durch.

Ausgangspunkt war die Erfahrung, dass das staatliche Sozialsystem in Serbien derzeit wohl nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse alter, kranker und bedürftiger Menschen zu decken. Die soziale Not im Land ist noch groß, und vor allem alte Personen ohne ausreichendes Einkommen, die pflegebedürftig sind und allein nicht mehr zurecht kommen, haben kaum Möglichkeiten, Hilfe bei der Körperpflege, alltäglichen Verrichtungen und der Versorgung des Haushalts zu bekommen. Vor diesem Hintergrund entstand ein Projekt des Malteser Auslandsdienstes, das die lokale Organisation „Humanitäres Zentrum Novi Sad“ (NSHC) in ihrem Bestreben unterstützt, für alte und bedürftige Menschen einen Besuchs- und Pflegedienst einzurichten.

Das Projekt „Häusliche Pflege“ wird mit finanzieller Unterstützung durch das Hilfswerk „Renovabis“ und durch Spenden getragen. Es begann im Februar 2002 und wird vorerst bis Ende des Jahres von den Maltesern begleitet, die mit einem Projektbüro vor Ort präsent sind. NSHC stellt 50 ehrenamtliche Helfer und 15 Fachkräfte zur Verfügung (Ärzte, Krankenschwestern, Psychologen und Sozialarbeiter), die insgesamt rund



Malteser Hilfsdienst



600 Bedürftige in der Region Novi Sad betreuen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Hilfe für Menschen im ländlichen Teil der Region, da hier der Zugang zur öffentlichen Versorgung noch schwieriger ist. Die Helfer teilen sich Aufgaben bei der (auch medizinischen) Grundpflege, der sozialen Betreuung und der Hilfe bei häuslichen Tätigkeiten.

Werner Müller und Annette Wille, Referentin für Bosnien und Serbien im Auslandsdienst, besuchten Novi Sad im

teil der Pflegeausbildung in Serbien war und die Weiterqualifizierung von der Partnerorganisation dringend nachgefragt wurde, sollte diese Lücke mit einem einführenden Grundkurs „Häusliche Pflege“ geschlossen werden.

Im Mai reiste der Leiter der Malteser Fachschule für Altenpflege, Stefan Nolte, nach Novi Sad, um insgesamt 35 Teilnehmerinnen (Ärztinnen, Krankenschwestern und Laien) in einem Intensivkurs „Häusliche Pflege“ auszubil-

bildungskonzept für die Ausbildung von „Schwesternhelferinnen für die ambulante Pflege“ entwickeln und zu Dozentinnen weiterqualifiziert.

3. Stufe: Ausbildung von Schwesternhelferinnen durch die serbischen Dozentinnen

Nach ihrer Rückkehr werden die frisch ausgebildeten Krankenschwestern die in der Pflege mitarbeitenden Ehrenamtlichen des Projektes zu Schwesternhelferinnen in der ambulanten Pflege ausbilden. Dabei dient die vorausgegangene Schulung als Grundlage.

Um den Qualitätsstandard des erworbenen Wissens zu sichern, soll die Schlussphase des ersten SH-Kurses nochmals von deutscher Seite begleitet werden.

Hauptziel des Gesamtprojektes ist die nachhaltige Sicherung einer möglichst hohen Qualität bei der Betreuung bedürftiger alter Menschen unter Einbindung eines angepassten Wissenstransfers. Daher stehen die Malteser vor Ort in ständigem Kontakt mit staatlichen Stellen und relevanten Institutionen, die bereits an dem Konzept Interesse gezeigt haben.

*Wiltrud Gutmiedl,
Projektkoordinatorin der
Malteser für Serbien*



Besonders in ländlichen Gebieten ist der Zugang zu öffentlichen Versorgungsleistungen schwierig. (Foto: MHD)

April, um gemeinsam mit dem NSHC ein Konzept zur Qualifizierung des beteiligten ehrenamtlichen Personals zu entwickeln. Damit soll die Nachhaltigkeit des Projektes und die Etablierung eines Ausbildungsangebots für Ehrenamtliche und pflegende Angehörige sichergestellt werden.

Das Konzept sieht drei Stufen der Ausbildung vor:

1. Stufe: Qualifizierung des Personals vor Ort in Häuslicher Pflege

Auf Grund der Erfahrung, dass die Qualifikation examinierten Personals in Themen der Häuslichen Pflege seit fast 20 Jahren nicht mehr Bestand-

den. Im Vordergrund standen die theoretische und praktische Wissensvermittlung, aber auch die Anpassung der Pflegestandards und -ideale an die lokal vorhandenen Gegebenheiten.

2. Stufe: Ausbildung von Fachpersonal zu Dozentinnen

Im Juli 2002 werden zwei Krankenschwestern, die innerhalb des Projektes eine leitende Funktion haben, in die Fachschule für Altenpflege nach Duderstadt kommen. Dort werden sie gemeinsam mit den Lehrkräften der Schule ein auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenes Aus-

Regieeinheiten und THW übten Hochwasserabwehr in Raddusch



Wenn in Senftenberg im Landkreis Oberspreewald-Lausitz die Schwarze Elster steigt kann sich schon in wenigen Stunden eine Hochwasserlage entwickeln. Grund genug für die Kommunale Regieeinheit des Landkreises gemeinsam mit dem Ortsverband Senftenberg des THW das Zusammenwirken in der Hochwasserabwehr und -bekämpfung praktisch zu erproben.

Der Regieeinheit des Landkreises gehören derzeit etwa 50 Helfer an. Die meisten von ihnen entschieden sich für den 6-jährigen Dienst im Zivil- und Katastrophenschutz als Alternative zum Wehrdienst.

An der Radduscher Kahnfahrt wurde zunächst der Bau eines Behelfssteges geübt. Hier würde sich zwar wegen des niedrigeren Wasserstandes ein drohendes Hochwasser über eine etwas längere Zeit ankündigen. Dennoch gehört dieser Abschnitt zum hochwassergefährdeten Gebiet. Der zwölf Meter lange Steg sollte über eine Tragkraft von mindestens 1 t verfügen. Verantwortlich für diesen Übungsteil war der 26-jährige Zugführer des THW, Maik Mattner. Als Fachkraft für Mess- und Regelungstechni-

nik fühlt er sich seit drei Jahren beim THW gut aufgehoben; kann er doch hier sein vielfältiges technisches Wissen in das Ehrenamt einbringen.

Carmen Klein vom Rettungsdienst des Landkreises schaute den Helfern während der Übung kritisch über die Schulter, als diese Sandsäcke befüllten und mit Schlauchbooten 800 m entlang der Radduscher Kahnfahrt transportierten, um einen gefährdeten Deich zu befestigen.

Doch was in der Theorie so einfach klingt, erwies sich dann in der Praxis manchmal schon als Problem. Waren die Sandsäcke zu voll, ließen sie sich nicht mehr richtig stapeln; legte man sie falsch, entstand keine stabile Sandsackmauer.

Mit der Beseitigung von Windbruch im Uferbereich machte sich die Instandsetzungsgruppe im Rahmen dieser Übung nützlich. Ein morscher Baum war gekippt und in der Krone eines anderen hängen geblieben. Mit viel Fingerspitzengefühl mußten die Helfer der Regieeinheit den Stamm vorsichtig mit Hilfe einer Seilwinde an Land ziehen, damit dieser nicht ins Wasser

stürzte und dort zum Hindernis wurde.

Jörg Welkisch, Gruppenleiter Zivil- und Katastrophenschutz beim Landkreis Oberspreewald-Lausitz erinnerte daran, daß sich die über 200 Ausbildungsstunden pro Jahr für die Regiehelfer bereits 1997 beim Hochwassereinsatz an der Oder als gute Grundlage bewährt hatten. Bei der Gestaltung der Ausbildungs- und Übungsmodule am Standort würde man seitdem verstärkt die örtlichen Gefährdungs- und Schadensszenarien einbeziehen. Wichtig sei das Funktionieren und die Pflege der örtlichen Kooperations- und Kommunikationsstrukturen. Welkisch begrüßte das „Neue Denken“ im Bevölkerungsschutz, das die von allen Aufgabenträgern getragene und gelebte Verantwortungspartnerschaft in den Mittelpunkt stellt und Konkurrenzdenken in der Wahrnehmung dieser elementaren Staats- und Bürgeraufgabe erst gar nicht entstehen läßt.

Auch der Radduscher Bürgermeister Dieter Weißhahn ließ es sich nicht nehmen, aktiv an der Übung teilzunehmen. Ohne viel Aufhebens bot er ein Beispiel für bürgerschaftliche Selbsthilfe, in dem er mit seinem privaten Multicar den benötigten Sand zum Hafen fuhr, wo die Helfer die Säcke befüllten. Helfer, Gäste und Beobachter der Übung wurden von der Versorgungsgruppe gepflegt. Unter den Köchen war auch ein Mann der ersten Stunde: Werner Köhler (72), einer der treuesten Begleiter der ersten und mittlerweile über 10 Jahre bestehenden Regieeinheit in den ostdeutschen Bundesländern.



Auch das Befüllen und Stapeln der Sandsäcke will geübt werden.

(Foto: LK OSL)



Harte Einsätze nach Flugzeugkatastrophe am Bodensee

Eine knappe Woche lang war das THW nach dem Flugzeugabsturz am Bodensee im Einsatz, um nach Trümmer- und Leichenteilen zu suchen, einzelne Absturzstellen zu räumen und die Einsatzstellen auszuleuchten. Selbst am fünften Tag nach dem Absturz konnten zwei der Opfer nicht gefunden werden. Die Wrackteile mussten zum Flughafen Friedrichshafen gefahren werden, wo sie durch die zuständigen Behörden weiter untersucht wurden.

Beim Zusammenstoß des Passagierflugzeuges mit einer Frachtmaschine in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli sind 71 Menschen ums Leben gekommen. Der Unfall ereignete sich gegen Mitternacht in der Nähe von Überlingen im Bodensee-Kreis. Unter den Opfern befanden sich 52 russische Jugendliche, die in Spanien Urlaub machen wollten. In der Nacht des Absturzes waren zahlreiche Rettungskräfte im Einsatz, um nach Überlebenden zu suchen. Es wurden jedoch nur Leichen- und Trümmerteile in weitem Umkreis verstreut gefunden.

Auch das THW war am 02.07. von 0:30 Uhr bis um 8:40 Uhr mit rund 60 Helfern aus Baden-Württemberg im Bereich Bamberg im Einsatz, um nach Überlebenden des Unglücks zu suchen. Weitere zwanzig Helfer des THW-Ortsverbandes Lindau in Bayern suchten mit einem Boot den Bodensee im Uferbereich ab. Das THW leuchtete mehrere Einsatzstellen aus. Ein Fachberater des THW wurde in die Einsatzleitung entsandt.

Abends leuchtete das THW mit zwanzig Helfern erneut

mehrere Einsatzstellen aus und unterstützte die Rettungskräfte bei der Bergung der Toten.

Am Tag darauf öffnete das THW den Rumpf der Passagiermaschine, um die Bergung der Leichen zu ermöglichen. Das Wrack war so gestaut,

und wurden von THW und Feuerwehr gemeinsam eingesetzt.

Am Donnerstag hatten THW-Helfer eine Suchkette gebildet, um weitere Trümmerteile zu finden. Auch an diesem Tag wurden schon mehre-



THW-Helfer trennen den Rumpf der Passagiermaschine auf. (Foto: Falk Schlipphak)

dass die Helfer mit Trennschleifer, Rettungsschere, Spreizer und Kettensäge die Hülle in drei Teilabschnitten auftrennen mussten. Mit Fahrzeugkran und Ketten wurden die einzelnen Trümmerteile auseinandergezogen. Als die Teilabschnitte freigelegt waren, übernahm die Polizei die Beweissicherung und anschließend die Bergung der Toten. Die Arbeiten dauerten bis 4 Uhr in der Nacht. Ein Leuchtbalken und zwei Lichtmasten sind eingesetzt worden, um die Einsatzstelle auszuleuchten. Vier weitere Lichtmasten waren von der Feuerwehr zur Verfügung gestellt worden

re Absturzstellen beräumt und einzelne Flugzeugteile abtransportiert. Während des Einsatzes, der bis 22 Uhr dauerte, übernahm das THW erneut die Ausleuchtung der Einsatzstellen.

Die Arbeiten am Einsatzort stellten für die Helfer eine erhebliche psychische Belastung dar. Entsprechend wurde nach dem Einsatz eine intensive professionelle Betreuung für alle bisher eingesetzten Helfer angeboten.

Markus Wuermeling

Kongress zum 11. September

Den „1. Internationalen Kongress zum 11. September 2001“ veranstalten die Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr, das Institut für Notfallmedizin des LBK Hamburg und die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ). Unter der Schirmherrschaft der US-Konsulin Susan M. Elbow berichten und diskutieren am 27. und 28. September 2002 im CCH Hamburg Experten aus Europa und Amerika über Strategien für Feuerwehr, Rettungsdienst und Gesundheitswesen im Katastrophenfall.

„Wherever needed, we go“ – das Zitat von Peter J. Ganci, Jr., dem Chef der New Yorker Feuerwehr, ist das weltweite Motto der Retter. Ganci kam wie viele andere Menschen während der Terroranschläge des 11. September in New York und Washington in den Trümmern des World Trade Centers ums Leben. Gingen Experten bislang davon aus, dass bei Großschadensfällen mit nicht mehr als hundert Verletzten und Toten zu rechnen sei, wurde in den USA Realität, was auch anderswo passieren kann: Eine Katastrophe, ausgelöst durch einen Terroranschlag.

Um Feuerwehr, Rettungsdienst und dem Gesundheitswesen die Konzepte für den Ernstfalleinsatz näher zu bringen – dazu wird der Kongress beitragen: „Unsere Referenten sind Verantwortungsträger aus Washington DC, der New Yorker Feuerwehr und weitere nationale und internationale Experten, die über Erfahrungen berichten und Konsequenzen darstellen“, sagt Veranstalter Jörg Schallhorn von der Akademie für Rettungsdienst und Gefahrenabwehr, Hamburg. Dr. Heinzpeter Moecke vom Institut für Notfallmedizin des LBK Hamburg ergänzt: „Die Themenschwerpunkte liegen in Entwicklungen für technische und medizinische Rettung, Krankenhäuser sowie das

öffentliche Gesundheitswesen. Zielgruppen sind Retter, Mediziner, Katastrophen- und Zivilschützer, Technische Helfer, Behördenmitarbeiter.“

Der Kongress wird von einer Industrieausstellung begleitet. Die Teilnahmegebühr beträgt 290 Euro. Kongresssprachen sind Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung. Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.feuerwehr-hamburg.org/kongress

Ab geht die Post

Millionenfach geht diese Werbebotschaft bald kreuz und quer durch die Republik: Mit einer Sonderbriefmarke würdigt die Deutsche Post ab 8. August das ehrenamtliche



Briefmarke „Freiwillige Feuerwehr“.

Engagement der fast 1,1 Millionen Männer und Frauen in Deutschlands Freiwilligen Feuerwehren. Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesfinanzminister, Dr. Barbara Hendricks, wird das 56-Cent-Sonderpostwertzeichen gemeinsam mit dem Deutschen Feuerwehrverband (DFV) und dem Kreisfeuerwehrverband Kleve am Sonnabend, 7. September, um 14 Uhr auf dem Kreisfeuerwehrverbandstag in Kevelaer-Winnekendonk (NRW) offiziell vorstellen.

„Ein griffiges Motiv, das bald überall präsent ist – dies ist ein hervorragendes Werbemittel, um das bürgerschaftliche Engagement in unseren 24700 Freiwilligen Feuerwehren einer breiten Öffentlichkeit vor Augen zu führen!“ sagt Ralf Ackermann, Vizeprä-

sident des Deutschen Feuerwehrverbandes.

Ackermann: „Wir freuen uns, dass dieses Engagement, das hohe Einsatzbereitschaft rund um die Uhr erfordert und oftmals Risiken für die eigene Gesundheit birgt, erstmals in Deutschland mit einer Sonderbriefmarke gewürdigt wird. Deshalb danken wir dem Bundesminister der Finanzen und dem Programmbeirat für die Entscheidung, unter den 58 Neuerscheinungen in diesem Jahr die Freiwillige Feuerwehr in der Serie ‚Dienst am Nächsten‘ hervor zu heben. Der DFV hat an Entstehung und Präsentation dieser Marke eng mitgewirkt.“

Das Motiv von Fotograf Ralf Hettler (34), Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehr Aschaffenburg, ist inzwischen ein wahrer „Dauerbrenner“: Aufgenommen beim Brand einer Plexiglashalde einer Recyclingfirma im September 1997, zierte das Einsatzfoto der Freiwilligen Feuerwehr Elsenfeld (Bayern) nicht nur die gemeinsame CD-ROM des DFV und der Deutschen Jugendfeuerwehr, sondern seit kurzem auch die Wanderausstellung des Bundesfamilienministeriums zum Ehrenamt – und jetzt auch die Sonderbriefmarke „Freiwillige Feuerwehr“. Grafiker Paul Effert (72) aus Kaarst, der bereits verschiedene deutsche Briefmarken entwarf, setzte mit dem Motiv das Ehrenamt in der Feuerwehr aktionsgeladen in Szene.

DFV-Vizepräsident Ackermann: „Durch den vielfältigen Einsatz dieses Motivs wird ein hoher Wiedererkennungseffekt erreicht – und der Öffentlichkeit plastisch vor Augen geführt, welche großen Leistungen unsere Feuerwehr-Angehörigen für die Gesellschaft erbringen.“

Diese Leistung werde auch durch die Bereitschaft der Parlamentarischen Staatssekretärin gewürdigt, die Briefmarke im feierlichen Rahmen und unter Beteiligung des DFV und seiner Mitgliedsorganisa-

tionen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ackermann: „Durch diese Veranstaltung können wir einmal mehr die



Sonderstempel zur Erstausgabe.

Aufmerksamkeit der Medien auf das bürgerschaftliche Engagement in der Feuerwehr lenken.“

NATO Group of Experts an der AKNZ

Die Expertengruppe der NATO für Warn- und Erfassungssysteme, in typischer NATO-Abkürzung als GOEWDS bezeichnet, traf sich zur halbjährlichen Tagung vom 12. bis 16. Juni 2002 an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Ahrweiler.

Dieser 1967 gegründeten Expertengruppe gehören inzwischen im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates über 30 Mitglieder aus 25 Staaten an. Sie ist eine technisch-taktische Untergruppe des Civil Protection Committee (CPC) der NATO.

Der 11. September 2001 beeinflusst die aktuelle Arbeit auch dieser Gruppe. So war ein Schwerpunktthema die Erörterung von Gefahren aus terroristischen Angriffen. Hierbei galt der Blick insbesondere der gegenseitigen Hilfe, dem Informationsaustausch und der Beschleunigung von Erkundung und Warnung.

Ministerialrat Bernd Zander, zuständiger Referatsleiter im Bundesministerium des Innern, stellte im Rahmen seiner Eröffnungsrede die Konsequenzen dar, die die Bundesrepublik gezogen hat. Ergänzt

wurden seine Ausführungen durch die Darstellung des neuen Satelliten gestützten Warnsystems. Unverändert hat dabei die Information über den Rundfunk die zentrale Bedeutung. Allerdings verkürzt sich die Laufzeit der Information von der Bundeseite über die Lagezentren der Länder zu den Sendeanstalten drastisch auf ggf. nur wenige Sekunden. Im Jahr 2000, also schon vor den Attentaten von New York, wurde mit dem Aufbau des Systems begonnen. Die erste Ausbaustufe konnte im Oktober des letzten Jahres mit dem Anschluss der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten abgeschlossen werden. Derzeit steht die Erweiterung in Bezug auf die privaten Sender sowie die Presseagenturen und sonstigen Medienbetreiber an.

Mit großem Interesse nahmen die Experten den von Dr. Dorothee Friedrich, Fachbereichsleiterin an der AKNZ, vorgestellten ABC-Erkundungskraftwagen zur Kenntnis. Hier galten naturgemäß viele Fragen den technischen Details zur Messwerterhebung und -verarbeitung. Circa 380 Fahrzeuge stellt der Bund aufgrund seiner Aufgaben aus dem Zivilschutzgesetz den Bundesländern zur Verfügung. Diese verteilen die Fahrzeuge ihrem Gefahrenabwehrkonzept entsprechend an die Feuerwehren. Da die technische Ausstattung auch den alltäglichen Anforderungen im Rahmen der Gefahrguteinsätze voll und ganz genügt, findet der ABC-ErkKW in der Regel einen festen Platz in der Alarm- und Ausrückordnung der Leitstellen.

Schließlich galt eine Informationsstunde der Darstellung der zivilen Sicherheitsvorsorge in Deutschland. Neben der Differenzierung der Zuständigkeitsverteilung wurden die derzeitigen Aktivitäten in wesentlichen Aufgabenfeldern erläutert. Konsequenzen wurden seitens des Bundes nicht nur durch die beschleunigte Auslieferung der Fahrzeuge gezogen. Der Ausbau der AKNZ zu

einem Kompetenzzentrum mit verstärkten internationalen Verpflichtungen, die forcierten und von der Zentralstelle für Zivilschutz betreuten Forschungsprojekte oder auch der Auf- und Ausbau der Koordinierungsstelle sowie der interministeriellen Koordinierungsgruppe verdeutlichten den Teilnehmern das Bekenntnis des Bundes zum Bevölkerungsschutz. Da war es fast schon Symbolik, dass die zum Rahmenprogramm gehörende Weinprobe in einem tief unter der Erde liegenden Weinkeller im Ahrtal stattfand.

Bund will Schulung fördern

Bundesinnenminister Otto Schily hat am 24. Juni 2002 in einem Gespräch mit den Vertretern der Hilfsorganisationen, des deutschen Feuerwehrverbandes, des Technischen Hilfswerkes und des Deutschen Städtetages angekündigt, Schulungsmaßnahmen zur Selbsthilfe in Katastrophen- und Unglücksfällen verstärkt zu fördern. Dafür wird das Bundesinnenministerium in Kürze eine Kampagne mit den Hilfsorganisationen und der Feuerwehr starten.

Ziel der Kampagne ist die Hilfe zur Selbsthilfe in Gefahrensituationen. Die Menschen sollen über Informationen und Verhaltensregeln verstärkt an Selbsthilfemaßnahmen herangeführt werden. Außerdem wird in der Kampagne auf die unterschiedlichen Schulungsangebote der Hilfsorganisationen (insbesondere in der Ersthilfe-Ausbildung) und der Feuerwehr (Brandschutz) hingewiesen.

Für die Stärkung der Selbsthilfe stellt der Bund in 2002 – einschließlich der Mittel aus dem Anti-Terror-Programm – 5 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Gesprächsteilnehmer einigten sich auf die Einrichtung eines Sachverständigenbeirats

für die konzeptionelle und strategische Arbeit im Zivil- und Katastrophenschutz, in dem alle Hilfsorganisationen vertreten sein werden.

Schily und die Vertreter des ASB, der DLRG, des DRK, der JUH, des MHD, des DFV und des THW erörterten die neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland, die die Innenminister des Bundes und der Länder am 5./6. Juni 2002 verabschiedet haben. (s. S. 3 dieses Magazins)

Schily dankte im Gespräch für das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in Hilfsorganisationen und Feuerwehr und betonte deren wichtige Rolle auch bei der Umsetzung des neuen Zivil- und Katastrophenschutzkonzeptes.

Vorgesehen ist eine flächen-deckende Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung mit Selbsthilfefinhalten, wie ABC-Schutz, Brandschutz, Rettung, Bergung oder Verhalten in Gefahrensituationen, sowie die Wiederaufnahme des Behörden- und Betriebsschutzes. Die Ausbildungsschwerpunkte im Katastrophenschutz werden beispielsweise um die Komponente des ABC-Schutzes erweitert und die Ausbildungskapazitäten bei der Helferausbildung erhöht.

Generell basiert das neue Rahmenkonzept auf einem verstärkten gemeinsamen Gefahrenmanagement durch Bund, Länder und Kommunen bei Großschadensfällen.

Bereits 1998 hat das Bundesinnenministerium eine Koordinierungsstelle für großflächige Gefahrenlagen eingerichtet. Sie wurde bei den Vorbereitungen für einen möglichen Ausfall von IT-Strukturen zum Jahrtausendwechsel und zuletzt beim MIR-Deorbiting im Februar 2001 erfolgreich eingesetzt. Die Koordinierungsstelle wird nun im Rahmen der Neuorganisation der ZfZ im Zentrum für Krisenmanagement (s. S. 6 dieses Magazins) an aktuelle Entwicklungen und neue Gefahrenlagen angepasst.

Handlungsempfehlungen für die unterschiedlichen Einsatzszenarien werden erstellt und entsprechende Übungen vorbereitet.

Mit dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem deNIS (www.denis.bund.de) steht zum ersten Mal ein Angebot zur Verfügung, das die vielfältigen Offerten im Netz zu diesem Thema kompetent und benutzerfreundlich zusammenfasst sowie Erfahrungsberichte über Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zur Verfügung stellt. deNIS informiert schnell und gezielt über Themen des Bevölkerungsschutzes. Im Internet stehen zahlreiche wichtige Informationen zu Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen bei Gefahren und Katastrophen zur Verfügung. Der Aufbau des Notfallvorsorge-Informationssystems deNIS gehört zu den Leistungen des Bundes im Zivil- und Katastrophenschutz. deNIS unterstützt bei großflächigen Gefahrenlagen das Management der Katastrophen- und Zivilschützer.

Überregionale Aufklärungs-, Koordinierungs- und Einsatzteams (Task Forces) sollen je nach Schadensfall speziell zusammengestellt und angefordert werden.

FLORIAN 2002

Auf ein besonderes Ereignis bereitet sich Halle an der Saale vor. Unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministers wird nun **vom 14. bis 16. November 2002** die FLORIAN 2002 in der Saalestadt durchgeführt. Zunächst war der Messetermin auf die Zeit vom 24. bis 26. Oktober festgelegt, dieser musste jedoch nach Schwierigkeiten mit der Fertigstellung des neuen Messegeländes auf Mitte November verschoben werden.

Die einzige Fachmesse für Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz in Ost- und Mitteldeutschland präsentiert sich in diesem Jahr

im nagelneuen Messegelände in Halle/Bruckdorf. In den vergangenen Jahren lief die Messe mit steigendem Erfolg in Dresden, Erfurt und Cottbus.

In der Erkenntnis, dass die Fachmesse FLORIAN für den Aufbau des Katastrophenschutzes in Ost- und Mitteldeutschland einen hohen Stellenwert einnimmt, war die Zivilschutzbehörde des Bundes von Anfang an als Aussteller beteiligt. Zunächst das Bundesamt für Zivilschutz und nun zum zweiten Mal die Zentralstelle für Zivilschutz des Bundesverwaltungsamtes.

In diesem Jahr hat das Bundesverwaltungsamt mit seiner Zentralstelle für Zivilschutz (ZfZ) die ideelle Trägerschaft der Messe übernommen. Na-



Termin verlegt: FLORIAN.

heliegend ist daher, dass die ZfZ an einem besonderen Erfolg der Florian 2002 interessiert ist.

Aus diesem Grunde wird die ZfZ den fachkundigen Messebesuchern unter anderem, den zur Zeit in der Auslieferung befindlichen ABC-Erkundungskraftwagen präsentieren. Im Rahmen der Beschaffungsmaßnahmen von Zivilschutzfahrzeugen durch den Bund wird dieses hochtechnisierte Messfahrzeug an eine Reihe von Feuerwehren im Bundesgebiet ausgeliefert werden. rs

Für Sie gelesen

BOS-Funk

Von Michael Marten
Siebel-Verlag
53340 Meckenheim

Band 2 des Handbuchs für BOS-Funk in Deutschland liegt nun in der 9., auf Grund der zahlreichen Neuorganisationen gründlich überarbeiteten Auflage vor. Funkrufnamen, Kanäle und Karten wurden auf den neuesten Stand gebracht und vervollständigt.

Der Tabellenteil des Handbuchs ist somit eines der aktuellsten und ausführlichsten Nachschlagwerke für jeden, der sich aus beruflichen oder privaten Gründen mit der Materie befasst. (nps)

Alles über den neuen digitalen BOS-Funk

Von Christof Linde
Franzis' Verlag GmbH
85586 Poing

Eine Einführung in die Technik bietet das 144-seitige Buch von Christof Linde. Die physikalischen und technischen Grundlagen der digita-



len Funktechnik werden auch für den Laien nachvollziehbar erklärt und durch Beschreibungen der Systeme TETRA 25 und TETRAPOL sowie der zugehörigen mobilen Endgeräte ergänzt. (nps)

Waldbrandschutz

CD-ROM-Lernprogramm
aid e.V.
53177 Bonn

Das vorliegende Lernprogramm hat auf drei CD-ROM sicher so ziemlich alles, was zum Thema wichtig ist, zusammengefasst. Dies reicht von einer einführenden Darstellung der Ursachen und Ri-



siken über Fragestellungen der Waldbrandbekämpfung, hier insbesondere der Steuerung der unterschiedlichen Einsatzkräfte und der Kommunikation, bis hin zur Darstellung technischer Möglichkeiten und der Vorstellung technischer Neuerungen.

Die Beiträge sind optisch ansprechend durch Bilder, Grafiken und kurze Filme aufbereitet.

Besonders interessant dürfte ein 28-minütiger Film des NDR aus dem Jahr 1975 sein, der wesentliche Aspekte der damaligen Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen beleuchtet.

Einen eher vergnüglichen Abschluss bildet ein aid-Lehrfilm von 1960, der heute stilistisch eher etwas kurios wirkt, in seinen wesentlichen Aussagen jedoch nach wie vor Gültigkeit besitzt.

Das umfangreiche Hintergrundmaterial (Statistiken, Gesetze, Folienvorlagen,...) liegt im PDF-Format vor und kann so bei Bedarf leicht ausgedruckt werden.

Das Programm ist bestens geeignet sowohl zum Selbststudium als auch zur Vorbereitung und Unterstützung von Schulungsmaßnahmen. (nps)

KOPF- NUSS

So wird's gemacht:

Das Lösungswort ergibt sich - in richtiger Reihenfolge - aus den Buchstaben in den farbigen Feldern. Schreiben Sie die Lösung auf eine Postkarte und senden Sie diese bis zum 30.09.2002 (Poststempel) an:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivilschutz
- Preisrätsel -
Deutschherrenstraße 93-95
53177 Bonn

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, das Lösungswort per Fax: 01888-3585824 oder E-mail: redaktion.zfz@bva.bund.de zuzusenden

Unter allen richtigen Lösungen werden folgende Preise ausgelost:

1. ein Autofeuerlöscher
2. eine Löschdecke
3. ein Rauchmelder
- 4.-10. je ein Infopaket

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Mitarbeiter des BVA und deren Angehörige dürfen nicht teilnehmen.

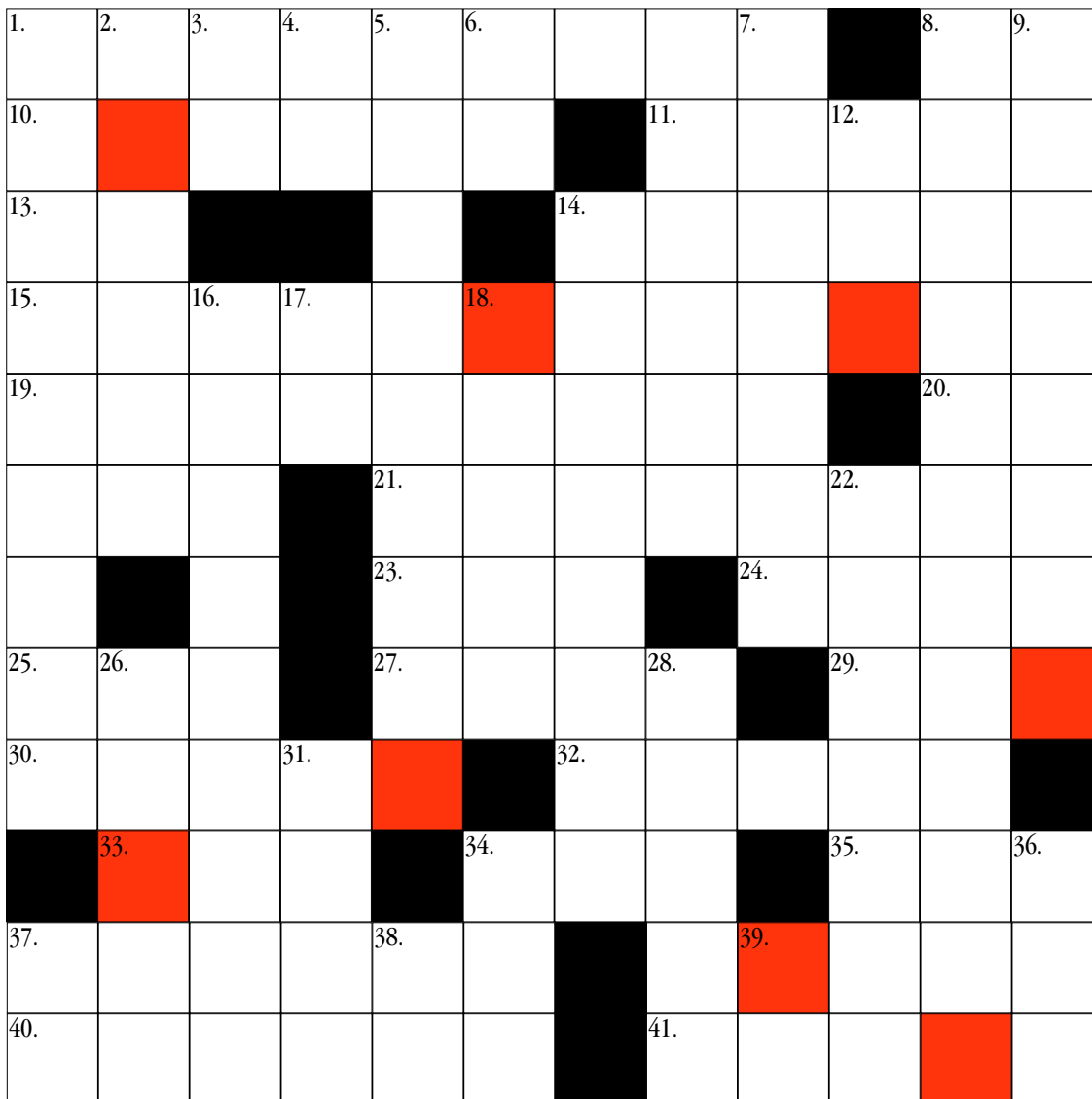
Die Lösung des Rätsels aus Heft 2/2002 lautete:

GESETZ

Die Gewinner werden per Post benachrichtigt.

FÜR SIE GELESEN

Kopfnuss



KOPFNUSS

WAAGERECHT:

- 1 Das ist des Pudels, und zwar mit Power
- 8 Doppelt genommen ist die Kopfbedeckung eigentlich vierfach
- 10 Hier saß das Komitee, damit Polen Polen wurde
- 11 Armee der besonders friedlichen Art
- 13 So ist der letzte Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz
- 14 Begeistert klingender Ausruf eines Brandmelders
- 15 ABC-ErkkW, wenn der Messcontainer abgesetzt ist
- 19 Er meint: „Drogen? Na klar!“
- 20 Kommt für den Italiener vor re und mi
- 21 Ermanarichs Leute
- 23 Häuptling der uniformierten Medizinmänner
- 24 Wenn der Mandarin Zeit hat, bläst er vielleicht dieses
- 25 Nicht unsere, wenn der Franzose dies sagt, obwohl er es sagt
- 27 Westlich von England oder rückwärts in Nordamerika
- 29 Lkr. in S-A
- 30 Die Kinder sind es und tun es
- 32 So ist das Leben nur zu oft
- 33 Personalienabfrage, die nicht mit ja beantwortet werden sollte
- 34 War früher ein guter Rat
- 35 Darauf hat man in Korea und Japan gewartet
- 37 Dieser Bund ist gar nicht bunt sondern gescheckt
- 40 Wäre das O ein E, wär's nicht in Afrika sondern in der CDU
- 41 Am Schiff rot

SENKRECHT:

- 1 Witterung, regional eingeteilt
- 2 Hiesiges Gegengewicht zu den USA
- 3 Sendet im Norden
- 4 Ohne sie waren wir bei der WM
- 5 Heranführen einer Landeshauptstadt
- 6 Problematisches Edelgas
- 7 Telamons Nachkomme
- 8 Weißes Orientierungsmittel
- 9 Sie stehen immer zueinander, so wie sie zueinander stehen
- 12 Notnak reztiewhcs
- 14 Gehandelt im Wandel der Zeit
- 16 Heimat der ZfZ
- 17 Und sagt der Lateiner
- 18 Gibt's mit Mist und Mismus
- 22 Dabei wird's dem Weißbrot sehr heiß
- 26 Jeder hat einige, manche ein lautes
- 28 Männliches Städtchen am Rhein
- 31 Bewegtes spanisches Wasser
- 34 Feuerlöscher, der oft am Trecker hängt
- 36 Hat zwar Ruh', drum sollte der EL sollte immer welche haben
- 37 Gibt's metastabil mit Association zum Cs
- 38 Das war mal Bauxit
- 39 Ludolfs Nummer macht alles rund

Terminkalender

Termine 2002

30. August bis

7. September 2002:

Sicherheitstour Paris- Berlin. Verkehrssicherheitsaktion des ADAC und des DFJW für junge Fahrer
www.parisberlin2002.org

*

3. bis 5. September: Fire 2002.

Ausstellung und Kongress
Ort: London

*

14. September 2002: 3. Augsbu-

ger Wasserrettungssymposium
Ort: Universität Augsburg

*

27. bis 28. September 2002:

1. Internationaler Kongress zum 11. September
Ort: CCH Hamburg
(s.a. S. 51)

*

7. bis 9. Oktober 2002: 3. Forum

Katastrophenvorsorge
Ort: Potsdam
info: DKKV; gfz
www.gfz-potsdam.de/forum 2002

*

8. Oktober 2002: DKKV-Mitglieder-

versammlung
Ort: Potsdam

*

8. bis 11. Oktober 2002: Security.

Fachmesse
Ort: Messe Essen

*

22. bis 24. Oktober 2002:

Forum Feuerwehr
Ort: Forum Niederberg, Velbert
Info: verlag moderne industrie Tel.: (08191) 125 433

*

25. bis 27. Oktober 2002:

5. Mainzer Symposium „Notfälle im Kindesalter“

Info: Klinik für Anästhesiologie, Klinikum der Johannes Gutenberg-Universität, Langenbeckstraße 1, 55131 Mainz, Dr. A. Brambrink

*

30. Oktober bis

2. November 2002:

Denkmalschutz 2002. Fachmesse
Ort: Leipzig
Die ZfZ ist mit Informationen zum Kulturgutschutz vertreten

*

Achtung!

Termin wurde verlegt!

Neu:

14. bis 16. November 2002:

FLORIAN 2002. Fachmesse
Ort: Halle

Hinweis: Die ZfZ ist ideeller Träger dieser Messe

*

Termine 2003

31. Januar bis 2. Februar 2003:

Ausstellung und Fachkongress „rescue 2003“
Ort: Messe Stuttgart

*

12. bis 19. März 2003:

CeBIT 2003.
Ort: Hannover

*

22. März 2003: Fortbildungsver-

anstaltung für alle First Responder Einheiten und interessiertes medizinisches Fachpersonal
Ort: Unterschleißheim
Info: Kreisfeuerwehrverband München, KBM G. Absmeier
Tel.: 089/37004759

*

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Postfach 20 03 51, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivildschutz, Deutschherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:

Bundesverwaltungsamt,
Zentralstelle für Zivildschutz
Internet: <http://www.bva.bund.de>
E-Mail: redaktion.zfz@bva.bund.de

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Im Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Vormonats.

Vi.S.d.P: Alexander Krapf

Telefon 01888-358-5327

Redaktion:

Nikolaus Stein Tel.: 01888-358-5308

Rainer Schramm 01888-358-5323

Telefax 01888-358-5824

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Werbedruck GmbH

Horst Schreckhase

Postfach 1233

34283 Spangenberg

Telefon (0 56 63) 94 94

Telefax (0 56 63) 8 13

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis € 1,90

Abonnement jährlich € 7,50

zzgl. Porto und Versandkosten.

Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an den Verlag richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jendsch

Heute: Küchenwagen (KüW), Borgward B 4500

In den Betreuungs- und Versorgungszügen des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) und des Katastrophenschutzes standen spezielle Küchenfahrzeuge zur Verfügung, die, unabhängig von den mobilen Feldkochherden (siehe auch BS 1/02), zur Versorgung von Einsatzkräften und gegebenenfalls der Bevölkerung bei Großschadensfällen vorgesehen waren. Bei den KüW gab es unterschiedliche Versionen, von denen hier der Borgward B 4500 vorgestellt werden soll.

Das Modell

Die Firma Albedo hat vor Jahren das Modell eines KüW heraus gebracht, zunächst auf dem Fahrgestell eines MB 311, später dann auf Borgward B 4500. Somit entfällt nunmehr ein genereller Umbau des Fahrgestells, bei dem zuvor ein Borgward der Firma Brekina genutzt wurde. Beide Modell-Fahrgestelle sind jedoch für den Umbau geeignet. Grundsätzlich gilt es jedoch, diverse Details am Aufbau sowie am Fahrgestell dem Vorbild anzupassen: Schornsteine (Rauchabzugskamine) am vorderen Aufbaudach, Anbringen von Staukästen unter dem Aufbau vorn (Roco- oder Preiser-Zubehör); Anbringen von Peilstangen an den Stoßstangen, Zusatzscheinwerfer, Rückspiegel sowie eine Plattform mit beidseitiger Halterung auf dem Fahrerhausdach (Holzlatte-rost aus dem Preiser-Zubehör). Die Räder des Albedo-/Brekina-Modells können ausgetauscht werden gegen geeignete aus dem Preiserprogramm.



Ein Vorbild des Borgward-Küchenwagens stand einst im Kreis Meppen. Zur Beachtung die aufgesetzten Kamine, auch links am Nachbarfahrzeug sichtbar.



Das Modell im Maßstab 1:87/H0.

(Bilder: Wolfgang Jendsch)

Lackiert wird das Modell des Küchenwagens über alles in der LSHD-Version (Khakifarben RAL 7008; Humbrol, Roco). Mit einbezogen werden dabei auch die Stoßstangen und die Radkappen sowie sämtliche Anbauteile. Lediglich die Leuchten werden entsprechend farblich abgesetzt. Scheibenwischer und Türgriffe werden in Alu abgesetzt, das

Rückspiegelglas in Silber, die Köpfe der Peilstangen in Weiß. Die Schmutzfänger an den hinteren Rädern erhalten eine matt-schwarze Farbgebung, die Fahrerhausstufen und die Ablufteinrichtungen werden leicht mit Matt-Schwarz „verschmutzt“. Entsprechende Organisationselemente stehen im Preiser- bzw. im Müller-Programm zur Verfügung.



Am Rande der Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung (ILA) übergab Bundesinnenminister Otto Schily 18 Einsatzfahrzeuge für Feuerwehr und Technisches Hilfswerk. Im einzelnen handelte es sich dabei um zehn ABC-Erkundungsfahrzeuge (ABC-ErkKw) und acht Mannschaftstransportwagen (MTW). Während vier Erkundungsfahrzeuge für die Berliner Feuerwehr bestimmt waren, gingen sechs Fahrzeuge an die Feuerwehren in Brandenburg. Der THW-Länderverband Berlin/Brandenburg/Sachsen-Anhalt kann sich über acht neue Mannschaftstransportwagen freuen.

Mit der Ausstattung des von der Zentralstelle für Zivilschutz gemeinsam mit der Industrie entwickelten ABC-Erkundungsfahrzeugs lassen sich chemische und radioaktive Kontaminationen erfassen und kontaminierte Gebiete kennzeichnen. Außerdem können feste, flüssige und gasförmige Proben genommen werden. Auch Chemikalienschutzanzüge (Bild oben) gehören zur umfangreichen Ausstattung der ABC-Erkundungsfahrzeuge.

Unser Titelbild zeigt Bundesinnenminister Otto Schily, den Berliner Landesbranddirektor Albrecht Broemme (Mitte) und den Präsidenten des Bundesverwaltungsamts, Dr. Jürgen Hensen, bei der Übergabe der Fahrzeuge.

(Fotos: Claes)